E 2814

MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 11/09 Jahrgang 58

ver.di

Digitalradio

Solo oder huckepack?

inhalt

titelthema digitalradio

8 **Solo oder huckepack?**
Von Vera Linß

10 **Plädoyer für eigenen Verbreitungsweg**
Gespräch mit Willi Steul, Intendant des Deutschlandradios

aktuell

4 **10 Jahre: connexx.av feiert Geburtstag**

4 **Termine und Personalien**

4 **ver.di-Fernsehpreis**

5 **Neue dju-Hochschulgruppe an der Uni Münster**

5 **Journalistentag zum 23. Mal**

28 **Berufsunfähig?**
Fotograf klagt gegen die Deutsche Rentenversicherung

28 **Buchrezension: Die Online-Redaktion**

kolumne

6 **Staatsferne?**
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk Spielball von Parteiinteressen

M Archiv im Web
http://mmm.verdi.de/archiv

porträt

7 **Kritischer Geist**
Detlef Weiand ist Cutter im SWR und engagierter Personalrat

20 jahre danach

12 **Thüringen**
Land der Kindermedien Zeitungslandschaft von wenigen Medienkonzernen planiert – WAZ dominiert

medienpolitik

14 **Medienpolitik schwarz-gelb**
Ein großer medienpolitischer Wurf ist nicht erkennbar

15 **Sichtwechsel**
Kontroversen im Ringen um gewaltfreie Medien kaum zugelassen

16 **Kosten der Nähe**
Schweriner Landtag diskutiert ersten Medienbericht

journalismus

17 **Fallstricke**
„Grenzüberschreitungen" – dritter dju-Fotografentag in Hannover

Gemeinsamer Aktionstag: Proteste gegen Stellenabbau bei der SWMH in München, Stuttgart und Suhl

18 **Sinkende Perspektiven**
Trotz Hilfsmittel weniger Arbeitsmöglichkeiten für blinde Kollegen

19 **Qualität auch in der Krise**
Fünftes IQ-Herbstforum diskutierte über journalistische Perspektiven

print

20 **Zeitung oder Weichkäse?**
Koste es, was es wolle – SWMH will mit Brachialgewalt Kosten drücken

21 **Gegen Stellenabbau in Mecklenburg-Vorpommern**

22 **Mobiles Lesen**
Ermutigende Zeichen für den deutschen E-Book-Markt

rundfunk

24 **Die Vierjährigen im Blick**
Kulturradios setzen auf regelmäßige Hörer und kulturelle Grundbildung

25 **Verhandlungsauftakt für privaten Rundfunk**

25 **Tarifeinigung Krankengeld für Freie beim MDR**

26 **Programmeinbußen**
Weitere Warnstreiks im RBB für ARD-Entgelte

kommentiert &

PR im Mäntelchen

Von Karin Wenk | Die Bundesagentur für Arbeit bietet den Medien einen neuen „Themendienst" an. Der Begriff suggeriert, hier wird auf News, Schwerpunkte, Probleme, … hingewiesen, nun ja, eben auf Themen die von Journalisten durchaus aufgegriffen werden könnten – nach Ansicht der Behörde sogar sollten. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Der Journalist findet jedoch „kostenfreie druckfertige Artikel zur redaktionellen Nutzung" vor. Allerdings erst wenn er sich registriert, die AGBs akzeptiert und eine geplante Veröffentlichung angibt: Letzteres übrigens bevor er den ganzen Text lesen kann. Journalistische Themenfindung sieht anders aus.

Die AGBs sind, freundlich ausgedrückt, bemerkenswert. Genau wird festgelegt wie die Veröffentlichungen auszusehen haben. „Die Artikel sind in der vorgegebenen Länge zu nutzen." 20 Prozent Zeilenkürzung werden großzügig aus redaktionellen Gründen eingeräumt. Zusammengestellte Texte mit Foto dürfen nicht voreinander getrennt erscheinen, „sind zusammen auf einer Seite abzubilden". Noch interessanter die Anweisung: „Die Artikel und ihre Bestandteile dürfen nicht bearbeitet werden, insbesondere dürfen keine eigenen Texte, Fotos oder sonstige Ergänzungen hinzugefügt werden." Auch Interviews müssen unangetastet bleiben. Die Arbeitsagentur macht also keine Informationsangebote, sondern sie bestimmt die Inhalte bis hin zur Platzierung. Die Artikel seien von „erfahrenen Journalisten aufbereitet", heißt es in einer Pressemitteilung. Dass gute Journalisten in der Lage sind, für einen Auftraggeber Texte zu formulieren, will man wohl glauben. Aber auch dann kommen „nur", wenn auch gute, PR-Texte heraus. Kritisches Hinterfragen ist nicht möglich, die andere Seite der Medaille so mancher Probleme um Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung bleibt im Dunkeln. Aber eben das zu erhellen, ist die Aufgabe von Journalismus. PR-Texte dienen der Information der Öffentlichkeit, jedoch nur im Sinne einer Seite. Sie werden in der Regel als Anregung oder auszugsweise in Teilen verwendet, zitiert bzw. ergänzt. Daran können wohl auch diese fragwürdigen AGBs nichts ändern. Pragmatiker sagen, das sei nur ein unverbindliches Angebot, „im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit", die Medien müssen es nicht annehmen. Doch die Versuchung, kostenlosen Content zu nutzen, ist angesichts von Personalabbau und schrumpfender Redaktionsbudgets groß. So leistet die Arbeitsagentur der Vermischung von PR und Journalismus weiter Vorschub. Dass für derartige Medienindoktrination auch noch Beiträge bzw. Steuergelder missbraucht werden, hinterlässt einen fahlen Beigeschmack.

editorial

film

26 **Filmrezension: „Resiste" – Aufstand der Praktikanten**
27 **Bis an die Grenze**
Erstmals Tageshöchstarbeitszeit in Filmproduktionen vereinbart

internationales

29 **Aktion für Nguyen Hoang Hai, Vietnam**
29 **Sorge um Europa**
„Reporter ohne Grenzen" veröffentlicht Rangliste der Pressefreiheit
30 **Nichts geht ohne Clarin?**
Heftige Kontroversen um neues Mediengesetz in Argentinien
31 **Schon entdeckt? amerika21.de**
32 **Radio stillgelegt**
Wenige Konsortien beherrschen chilenischen Radiomarkt
32 **Zweitägiger Streik**
32 **Journalisten vermisst**
32 **Beihilfeverfahren gegen ORF eingestellt**

rubriken

33 **Service**
36 **Impressum**
36 **Leute / Preise**

Foto: Joachim E. Roettgers/ GRAFFITI

Noch kein großer Wurf

Das Radio erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Der jüngsten Reichweitenergebnisse der Media Analyse zufolge schalten 54,97 Mio. Deutsche täglich ihr Radio ein. Das entspricht einer Tagesreichweite von 78,8 Prozent bei Bürgern ab einem Alter von zehn Jahren. In Großbritannien gibt es Zuwächse bei den Radiohörern im dritten Quartal 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum. 89 Prozent der erwachsenen Bevölkerung hören mindestens einmal die Woche Radio. Als treibende Kraft der Radionutzung werden bei den Briten die digitalen Angebote gesehen.
Von 14 auf 21,1 Prozent ist hier die Nutzungsrate angestiegen. Zugpferde seien neben den Webradios die DAB-Dienste (Digital Audio Broadcasting), heißt es in einem Bericht von pressetext.de. Steigend ist auch die Nutzung von Radio auf Mobiltelefonen, besonders bei den jungen Hörern zwischen 19 und 35 Jahren.
In Deutschland haben die Radiomacher mit dem Digitalkurs so ihre Probleme. Das Ziel scheint klar – man will Digitalradio – allein der Weg dorthin ist die heiße Frage. Braucht das Digitalradio einen eigenen Übertragungsweg oder kann es quasi huckepack über andere digitale Wege ins Ohr der Menschen gelangen. Die Verbraucher, also jene interessierten Hörer, die man ja erreichen will, können der vor allem technisch geführten Debatte kaum folgen. Beim Kauf eines Digitalradios werden sie meist im Regen stehen gelassen: Die Gebrauchsdauer der Geräte ist ungewiss, weil die Standards wechseln. Und was nützt letztlich die beste Technik mit durchaus hoher Klangqualität, wenn die Programme wenig Neues bieten? (Titelthema S. 8 – 11) Realismus und koordinierte Gemeinschaftsaktionen sind gefragt, damit Deutschland beim Digitalradio der europäischen Entwicklung nicht weiter hinterher hinkt.
Medienpolitischer Handlungsbedarf besteht gleichfalls mit Blick auf die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Hier wäre es an der Zeit, den Einfluss der Politik in Anbetracht des Verfassungsgebotes der Staatsferne zurückzudrängen. Nicht nur die Debatten um ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender zeigen, wie unverhohlen Parteien ihre Interessen bei der Postenbesetzung durchzusetzen versuchen – ganz auf dem Boden der geltenden Rundfunkstaatsverträge! (Kolumne S. 6) Auch der schwarz-gelben Regierung ist zumindest mit ihrem Koalitionsvertrag noch kein großer Wurf gelungen. Offenbar ohne es genau zu hinterfragen, wurde die Forderung der Verlage nach einem Leistungsschutzrecht im Internet aufgenommen.
In Aussicht gestellt wird die Erleichterung von Pressefusionen. ver.di warnt vor einer weiteren Monopolisierung auf dem Pressemarkt und weniger Pressevielfalt (S. 14).
Ins „Land der Kindermedien" entführt der dritte Teil unserer Serie „20 Jahre danach" (S. 12 – 13).
Bis auf dieses erfolgreiche Alleinstellungsmerkmal sucht man blühende Landschaften in Thüringen eher vergebens. Wenige Medienkonzerne haben nach der Wende vor allem den Zeitungsmarkt schnell unter sich aufgeteilt.

Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin

aufgespießt

Aushilfsjob Fotograf

Von Bettina Erdmann | Ist, wer in besten Jahren große Umsätze mit seinen Fotos erzielte, sich als Theaterfotograf einen Namen machte und Ausstellungen in Köln, Karlsruhe, Paris und Berlin hatte, ein „ungelernter Arbeiter"? Absurde Anmutung? Mitnichten! Denn diese Definition musste als eine von mehreren fragwürdigen Begründungen für die Deutsche Rentenversicherung herhalten, um den Antrag eines freien Fotografen auf Erwerbsminderungsrente abzuschmettern. Dieser hatte nach 30jähriger Arbeit als Fotoreporter durch berufsbedingte Belastungen sich solch gravierende Verschleißerscheinungen der Wirbelsäule eingehandelt, dass er mit seinem Beruf seine Brötchen nicht mehr verdienen kann.
Wie belieben? Welcher Beruf? zog sich die Rentenversicherung auf das Vier-Stufen-Schema des Bundessozialgerichts als „Prüfungsmaßstab" für die „Berufsunfähigkeit im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung" zurück. Danach heißt das Leitbild der vierten – unteren – Gruppe „ungelernter Arbeiter". Pech für den Kollegen, der zwar einen Facharbeiterabschluss in einem technischen Beruf hat, sich „von diesem qualifizierten Beruf jedoch gelöst und sich anderen Tätigkeiten zugewandt" hatte, wie die Rentenversicherung im Ablehnungsbescheid mit leicht maliziösem Unterton festhielt. Die Anerkennung der fachlichen Qualifikation über Festanstellungen als Foto-Redakteur und jahrzehntelang erfolgreiche Arbeit als freier Fotograf werden hier behördlich formal unter ungelernt abgestempelt. Demzufolge fallen auch die Ratschläge, wie dem Leiden beizukommen sei, eher simpel aus: Fototasche abstellen, Rucksack auf den Rücken nehmen … Den Experten der Rentenversicherung sei der vertiefende Blick auf moderne Berufsbilder im Umbruch empfohlen. Beispielsweise auf die ver.di Homepage: Fotografen – so charakterisiert ver.di im dju-Infoflyer „Journalismus konkret" die Berufsgruppe – „verfügen in der Regel über umfangreiche Ausrüstungen und Spezialkenntnisse und haben eigene Bildarchive angelegt". Durch Vielfalt der Arbeitsformen und unterschiedliche Arbeitsverhältnisse lasse sich die Berufsgruppe schwer eingrenzen. Wie dem Kollegen mag es anderen in freien, kreativen, in einer sich wandelnden Medienlandschaft nicht starr festzuzurrenden Berufen gehen. Deshalb sollten die Entscheider in der Rentenversicherung ihr offensichtlich rudimentäres Wissen um diese Umbrüche und Unwägbarkeiten auf die Höhe der modernen Arbeitswelt bringen. So würden sie erkennen, dass ein durch die Praxis qualifizierter Job nicht mehr unter allen Umständen ausgeübt werden kann und die Anerkennung der Erwerbsminderung kein unbilliges Ansinnen ist (s. S. 21).

10 Jahre: connexx.av feiert Geburtstag

Die Idee ist noch älter als 10 Jahre, sagen jene die dem Projekt connexx.av mit auf die Beine halfen. Schon zwischen 1995 und 1998, erinnert sich der heutige Vorsitzende der Fachgruppe Medien Werner Ach, wurde in der IG Medien diskutiert, wie die gewerkschaftliche Betreuungsarbeit in audiovisuellen Privat-Medien, in neuen IT-Firmen und beim Film laufen soll. Trotz vieler Unterschiede nahmen IG Medien und DAG das Heft dann vor zehn Jahren in die Hand und hoben connexx.av allen Finanzierungsproblemen zum Trotz aus der Taufe. Sie sahen, „dass vor allem mit den privaten Rundfunkanbietern eine Arbeitswelt entstanden war, die der Idee einer gemeinschaftlichen Interessenvertretung, Kollektivität und Solidarität so gar nicht zugänglich war“, sagte ver.di-Vize Frank Werneke auf der kleinen Festveranstaltung am 6. November im Berliner ver.di-Haus. Mit einem hohen Maß an Autonomie und mitunter erfrischenden Methoden, sei connexx.av der Zugang zu vielen Beschäftigten in dieser Branche gelungen, so Werneke. In den Anfängen war das zum Beispiel Pixelpark und in jüngster Zeit die Auseinandersetzung bei Bavaria, die Streikaktionen bei Sat.1 und die Aktion „5 statt 12“ für die Filmschaffenden. „In Anbetracht der rasanten Veränderungen in der Medienbranche gibt es für connexx.av weiter jede Menge zu tun“, sieht Projektleiter Wille Bartz in die Zukunft. (siehe auch M 10 / 2009)

wen ■

Foto: Christian von Polentz / transit

Wille Bartz, Projektleiter connexx.av, Frank Werneke, ver.di-Vize und Peter Schmidt, Chef der Vermögensgesellschaft von ver.di (v.l.n.r.)

Foto: Christiane Eisler

ver.di-Fernsehpreis 2009 verliehen

Mit dem ver.di-Fernsehpreis 2009 wurden Eva Zahn (4.v.l.) und Volker A. Zahn für das Drehbuch zum Film »Ihr könnt euch niemals sicher sein« ausgezeichnet. Hermine Huntgeburth (3.v.l.) erhielt den Preis für ihre Regie des Films »Teufelsbraten«. Prämiert wurden damit zwei Fernsehspiele, die nach Auffassung der sieben-köpfigen Jury »unter Wahrung künstlerischer Gesichtspunkte zeit- und gesellschaftspolitische Stoffe behandeln, die geeignet sind, die politische Bildung zu vertiefen«. Und sie „regen die Urteilsfähigkeit in gesellschaftspolitischen Fragen und die Bereitschaft zum politischen Engagement für Freiheit und Demokratie an“. Gewerkschaftsratsvorsitzende Monika Brandl (2.v.l.) überreichte die mit je 7.500 Euro dotierten Preise am 24. Oktober beim MDR in Leipzig. ■

Termine und Personalien

ver.di-Pressesprecher | Christoph Schmitz ist neuer ver.di-Pressesprecher. Der 44jährige war zuletzt Leiter der Pressestelle der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Er volontierte bei der Rheinischen Post und war anschließend von 1993 bis 2001 Redakteur des Blattes sowohl im Lokalen als auch in der Politik. Zuletzt war Schmitz Parlamentskorrespondent in Berlin bevor er 2001 in die Hauptstadtredaktion der Bild-Zeitung wechselte. 2006 ging der Bild-Chefreporter dann zur grünen Bundestagsfraktion.

Schwarzbuch-Film | „Aldi – Mutter aller Discounter“ bietet einen Blick hinter die Verkaufsregale eines der größten deutschen Handelsunternehmen, spiegelt kritisch die Situation der Aldi-Belegschaft. Der für den NDR von Rasmus Gerlach gedrehte Film begleitet die Recherchen eines Teams von Journalisten und Gewerkschaftern für ein „Schwarzbuch Aldi“. Thematisiert werden die Behinderung von Betriebsratswahlen ebenso wie zweifelhafte Methoden gegen umbequeme Mitarbeiter. Der Film wurde im NDR bereits ausgestrahlt. Phoenix sendet ihn am 12. Dezember um 22.30 Uhr.

Deutscher Presserat | Der Deutsche Presserat hat einen „Leitfaden zum Trennungsgebot“ von Journalismus und Werbung (Ziffer 7 des Pressekodex) zusammengestellt. In einzelnen Fallgruppen dokumentiert der Leitfaden, wie die Beschwerdeausschüsse entschieden haben und nach welchen Kriterien. Journalisten finden Beispiele aus lokalen und überregionalen Medien für zulässige und unzulässige Berichterstattung. Mehr dazu und zur Arbeit des Presserates 2008 / 2009 unter www.presserat.info

Presseausweis | Die Presseausweise 2010 können beantragt werden. In M 8 – 9 lag bereits ein Antrag bei. Die Formulare und Adressaten in den jeweiligen Ländern finden sich auch unter http://dju.verdi.de

Mediafon | Der Beratungsservice der ver.di für Solo-Selbstständige mediafon bietet neben einem umfassenden Webangebot und einem Newsletter individuelle Beratung durch berufliche Expertinnen und Experten. Mo. – Fr., 10 bis 16 Uhr per Telefon 018 05 / 75 44 44. Für ver.di-Mitglieder ist die Beratung kostenlos. Internet: www.mediafon.net

Neue dju-Hochschulgruppe an der Uni Münster

An der Universität Münster hat sich eine neue dju-Hochschulgruppe gegründet. Die jungen Leute stellen sich die relevante Frage: „Journalismus – ein Beruf für Ellenbogen?“ Anlass dafür waren nicht zuletzt die jüngsten Ereignisse in Münsters Lokalredaktionen, wo eine komplette Mannschaft über Nacht abgewickelt wurde. Die Hochschulgruppe der dju (Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union) in Münster setzt sich für eine solidarische Gestaltung des Berufsfeldes ein und bietet interessierten Studierenden ein Forum für gegenseitigen Austausch, berufliche Beratung und inhaltliche Arbeit zu Journalismus und Gewerkschaften. Die Bedingungen, unter denen Studentinnen und Studenten Praktika absolvieren können, will die Gruppe genauso dokumentieren wie die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten von Studenten als freie Mitarbeiter bei den Münsteraner Medien und der Universität. „Kommpost“, das Magazin der Fachschaft des Instituts für Kommunikationswissenschaft, und das Campusradio „Radio Q“ haben ausführlich über die Gründung der dju-Hochschulgruppe berichtet. Die dju-HSG, die eng mit dem Vorsitzenden der dju- Münsterland und Bundesvorstandsmitglied, Dr. Frank Biermann, zusammenarbeitet, trifft sich immer am letzten Montag eines Monats um 20 Uhr in der Frauenstraße 24. Interessierte sind jederzeit herzlich willkommen. Mehr Infos gibt es auf den Seiten für Junge Journalisten in der dju http://dju.verdi.de/junge_journalisten/hochschulgruppe, auch über www.dju-campus.de zu erreichen, und im Internet-Auftritt der Gewerkschaftlichen Hochschulgruppen der Uni Münster.www.ghg-muenster.de. Die Präsenz der dju-Hochschulgruppe auf der Regionalseite www.dju-muensterland.de soll ausgebaut werden. E-Mail für den direkten Kontakt mit den Organisatoren: dju-hsg.muenster@gmx.de. *sus* ■

Journalistentag zum 23. Mal

Über den „Wert unserer Arbeit“ will die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) und die Fachgruppe Medien auf ihrem 23. Journalistentag am 28. November im Haus der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin debattieren. ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender wird im Eingangsreferat für das „Überleben des Journalismus“ plädieren, bevor ein Film „Schlaglichter auf die Wirklichkeit“ wirft und weitere Referenten – unter ihnen der ehemalige IG Medien-Vorsitzende Detlef Hensche und Elke Grittmann von der Universität Hamburg / jetzt Lüneburg – zu Wort kommen. Aus der Medien-Galerie von ver.di Berlin-Brandenburg kommt die Ausstellung: „Veränderungen – 20 Jahre politische Werke. Der fotografische Blick auf den Umbruch“. (Fotografen: David Baltzer, Toni Nemes, Peter Thieme, Mathias Thurm und Tobias Seeliger).

Kurzentschlossene können sich noch unter Tel: 030 / 69 56 23 37, Fax: 030 / 69 56 23 37 oder per E-Mail unter: dju@verdi.de anmelden. ■

Staatsferne?

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk Spielball von Parteiinteressen

Von Günter Herkel | Kaum hatte schwarz-gelb eine Mehrheit im Bundestag errungen, wähnten einige Medienstrategen der neuen Koalition die Zeit reif für eine Attacke gegen den gar erschröcklichen Einfluss der SPD in den Medien. Der Angriff galt den Zeitungsbeteiligungen der SPD-eigenen Holding DDVG, mit denen die gebeutelten Sozialdemokraten ihre durch Wähler- und Mitgliederverluste abgestürzten Parteifinanzen noch notdürftig aufbessern können. Ein leicht durchschaubares Manöver, vermutlich aus Futterneid geboren. Dabei gäbe es durchaus geeignetere Kampffelder, auf denen dringender medienpolitischer Handlungsbedarf besteht.

Beim ZDF spitzt sich in diesen Tagen der Konflikt um die Vertragsverlängerung von Chefredakteur Nikolaus Brender zu. Eine Phalanx von amtierenden und ehemaligen CDU-Landesfürsten, angeführt von Hessens Ministerpräsident Roland Koch, scheint wild entschlossen, eine Weiterarbeit von Brender zu verhindern. Die angebliche Sorge des CDU-Rechtsauslegers um sinkende Einschaltquoten für das ZDF-Informationsangebot in der Ära Brender sei „scheinheilig, vordergründig und gegen Brender gezielt diffamierend“, findet Reinhard Appel, selbst zwischen 1976 und 1988 ZDF-Chefredakteur. Dass sich Parteipolitiker dennoch derart direkt und unverschämt ins Zeug legen, um diese Drohkulisse gegen Brender aufzubauen, in der durchsichtigen Absicht, einen ihnen genehmeren Kandidaten auf den Chefsessel zu hieven, ist ein Skandal. Der Vorgang belegt zudem, wie wenig Respekt selbst hochrangige Politiker vor einem der höchsten Güter haben, das im Kontext eines demokratischen Mediensystems der Bundesrepublik existiert: die verfassungsrechtlich gebotene Staatsferne des Rundfunks.

Gravierende Konsequenzen

Selbst ein übertriebener Sympathien für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unverdächtiger Mann wie Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner ist der Auffassung, noch nie sei „so unverhohlen“ versucht worden, parteipolitische Interessen in einem Sender durchzusetzen. Unter der Überschrift „Totalschaden beim ZDF“ kommentierte er unlängst in der *Bild am Sonntag*: „Wenn die CDU-Granden bei ihrer anmaßenden Haltung bleiben und den Intendanten Schächter daran hindern, den Chefredakteur seiner Wahl zu halten, riskieren sie viel“. Sollte das Manöver gelingen, hätte das gravierende Konsequenzen. „Der Ruf des ZDF wäre ramponiert, denn jeder würde verstehen: Hier wählen sich die Politiker selbst die Journalisten, die nett über sie berichten.“ Es steht zu befürchten, dass den medialen Politstrategen derartige Überlegungen einerlei sind. Parteipolitisch motivierter Postenschacher hat beim ZDF Tradition. Schon vor sieben Jahren, als Markus Schächter nach einer elend langen Wahlprozedur als kleinster gemeinsamer Nenner zum ZDF-Intendanten gekürt wurde, gab es ähnliche Scharmützel um seinen Nachfolger als Programmdirektor. Idealer Kandidat, hoch angesehen bei allen Seiten, war seinerzeit Hans Janke, der kürzlich pensionierte Leiter der ZDF-Hauptredaktion Fernsehspiel. Doch der als sozialliberal geltende Janke hätte der politischen Farbenlehre widersprochen. Am Ende fiel auch der ZDF-„Freundeskreis der SPD“ um und wählte den CDU-Kandidaten Thomas Bellut.

Wie im Fall Brender hagelte es damals Proteste von Seiten aller Parteien, stets begleitet von größter Sorge um die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems. Dabei gäbe es ein wirksames Mittel, aktiv für diese Unabhängigkeit zu streiten: mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Zusammensetzung der ZDF-Gremien. Medienrechtler Dieter Dörr attestiert einer solchen Klage hohe Erfolgsaussichten. Zwar habe das hohe Gericht in bisherigen Entscheidungen dem Staat und den Parteien das Recht eingeräumt, begrenzt Vertreter in Rundfunkgremien zu entsenden: „Aber es darf kein beherrschender, kein übermäßiger Einfluss sein.“ Gemessen an dieser Vorgabe dürfte die Zusammensetzung des ZDF-Verwaltungsrats – ihm gehören derzeit nicht weniger als sechs Ministerpräsidenten an – verfassungswidrig sein, so viel scheint klar. Ob sich aber eine Instanz findet, die eine solche Klage anstrengt? Jede Landesregierung könnte diesen Schritt tun, oder auch ein Drittel der Bundestagsabgeordneten. Dass aber die Politiker sich selbst ihre Machtspielzeuge aus der Hand schlagen, ist wohl kaum zu erwarten.

Und während der Fall Brender auf den finalen Show down zusteuert, ereignet sich im Norden der Republik bereits eine neue personalpolitische Unappetitlichkeit. Beim Norddeutschen Rundfunk wurde Mitte September Wolfgang Peiner zum Vorsitzenden des NDR-Verwaltungsrat gewählt. Peiner? Da war doch was! Richtig. Nach fünfjähriger Amtszeit als Hamburgs Finanzsenator agierte der CDU-Mann von 2007 bis April 2009 als Aufsichtsratschef der HSH Nordbank AG, die unter seiner Führung Milliardenverluste machte. Er genehmigte auch den kräftigen Schluck aus der Gehaltszuschlagspulle für Vorstand Dirk Jens Nonnenmacher. Und ein solcher Mann darf in eine bedeutende Schaltstelle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einrücken? Von einem Aufschrei der SPD oder gar der mit den Schwarzen in Hamburg regierenden GAL ist nichts bekannt. Laut NDR-Staatsvertrag überwacht Peiner nun federführend die Geschäftsführung des NDR-Intendanten, übt Finanz- und Managementkontrolle aus. Das Bild vom Bock als Gärtner drängt sich hier geradezu auf. Der Vorgang belegt einmal mehr, dass die Beutepolitik der Parteien in den Sendern mittlerweile das Ansehen und die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks massiv bedroht.

Wink mit dem Zaunpfahl

Auch vor Programmschelte und kleinen Erpressungsmanövern schrecken einige CDU-Fürsten nicht zurück. Erinnert sei an die Kritik von Bundestagspräsident Norbert Lammert an ARD und ZDF. Diese hatten es gewagt, die Übertragung der politisch wenig ergiebigen konstituierenden Sitzung des Bundestags nicht selbst zu übernehmen, sondern Phoenix zu überlassen. Lammerts Verweis auf das üppige Privileg“ von ARD und ZDF – gemeint waren die Rundfunkgebühren – kann getrost als Wink mit dem Zaunpfahl interpretiert werden. Nach dem Motto: Wenn ihr nicht spurt, drehen wir an der Gebührenschraube! Die Karlsruher Richter könnten bald einiges zu tun bekommen. ■

Günter Herkel

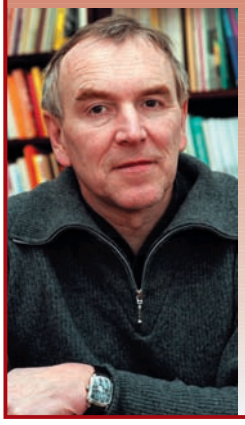


Foto: Christian v. Polentz / transit

Günter Herkel lebt in Berlin und arbeitet als freier Medienjournalist für Branchenmagazine in Print und Rundfunk

Kritischer Geist

Detlef Weiand ist Cutter im SWR und engagierter Personalrat

Foto: Jan Jacob Hofmann

Von Gitta Düperthal | „Manchmal muss man ein kritischer Geist sein, Herzblut und Leidenschaft zeigen – nicht nur immer mit Krämerseele auf die Uhr starren: Wann ist denn Feierabend?“, sagt Detlef Weiand. Andererseits gibt er zu bedenken: „Freilich müssen wir die von ehemaligen Gewerkschaftskollegen mit Schweiß und Tränen erkämpften Errungenschaften, weg von der 60-Stundenwoche und der Kinderarbeit hin zu den heutigen Arbeitsbedingungen verteidigen“. Der langjährige Cutter beim Südwestdeutschen Rundfunk (SWR) ist keiner, der nur Aktenstapel von a nach b legen will. Er sprüht nur so vor Ideen. Der gelernte Radio- und Fernsehtechniker schneidet hauptsächlich Magazinbeiträge für „Landesschau“, „Report“, „Ländersache“ und das Wissenschaftsmagazin Odysso. „Die Zuschauer zahlen Gebühren, und haben Anrecht darauf, Qualität geliefert zu bekommen“, stellt er mit Nachdruck klar.

Gegen notorische Maschinenstürmerei

Seit rund 20 Jahren ist Detlef Weiand als Techniker beim Funkhaus des SWR in Mainz beschäftigt, fast ebenso lang im Personalrat des Senders und in ver.di engagiert. Dem technischen Wandel, der im Sender im Gang ist, kann er Positives abgewinnen – notorische Maschinenstürmerei ist seine Sache nicht. Vieles werde einfacher, wenn Kollegen aus unterschiedlichen Bereichen zeitgleich auf Filmmaterial Zugriff nehmen und es mit einem Chip jederzeit auf ihre Festplatte laden können. „Während ich mich mit dem Schnitt beschäftige, kann der Kollege vom Ton schon ran, und sich über Musikunterlegung Gedanken machen“, schildert er die Vorteile. Während graphische Details vorgenommen werden, kann bereits untertitelt werden. Im Archiv kann man sich derweil überlegen, welche historischen Szenen eingespielt werden. Kolleginnen und Kollegen in den Nachrichtenredaktionen arbeiteten bereits auf diese Weise, andere Ressorts befänden sich in der Umstellung. Zudem müsse nicht ständig wieder ein neues Kamerateam an denselben Ort – womit man aber auch schon bei möglichen Nachteilen angekommen sei: So könnten aus diesem Grund auch Personaleinsparungen stattfinden – und letztendlich der Blickwinkel auch für die Zuschauer verengt werden. „Jedes Kamerateam hat doch einen ganz eigenen Blick auf die Dinge“.

Damit ist Weiand bei seinem Lieblingsthema: Die unbedingt zu erhaltende Rundfunkqualität. Der Trend gehe dahin, auf einen Überraschungseffekt zu setzen. Motto: Ich klingele an der Tür, und frage eine spontane Reaktion von Leuten ab – was dann in Zwei- oder Drei-Minütern gesendet wird. Auch das habe mitunter seine Berechtigung, genauso wie der Videojournalismus, bei dem keine Ü-Wagen und keine Kamerateams mehr benötigt würden. „Durch zunehmende Geschwindigkeit werden wir aber alle auch zu Getriebenen“. Das führe zu vermehrter Arbeitsverdichtung und Stress. Der übliche Sendebetrieb sei hingegen meist sehr kommunikativ: „Wenn ein Kamerateam oder ein Ü-Wagen sich auf den Weg macht, gibt es kaum alleinherrliche Entscheidungen.“ Zum Beispiel würden Kollegen gefragt: „Findest Du diese Aufnahme gut oder sollte man sie anders machen?“ Feste Studiozeiten seien Garant dafür, dass „die Arbeit auch mal ein Ende haben muss“. Ist das Studio von 13 bis 16 Uhr gebucht, muss alles in dieser Zeit erledigt sein. Hingegen könnten Arbeitszeiten im einsamen und entfesselten Videojournalismus ausufern. Unter Umständen werde dann selbst nachts aufgestanden und am Computer nachgebessert.

Gegen zu viele Fremdvergaben

Gegen kurze, schnelle Filmbeiträge sei generell nichts einzuwenden, der abwertende Begriff „Trash“ sei mitunter ungerecht, findet Detlef Weiand. Charly Chaplin habe darauf hingewiesen, dass viele seiner Filme sehr kurz seien, aber zusammengesetzt ein langes kunstvolles Werk ergäben. Beides habe seinen Reiz, meint er. Gefahr bestehe allerdings, dass die schnelle und meist oberflächlichere Machart zunehme, weil Sendezeit so billiger gefüllt werden könne. Er warnt davor, die langen, sorgsam inszenierten Formate alle außer Haus produzieren zu lassen – dem Sender gehe so Kompetenz verloren. Für die Kameraleute müsse weiterhin die Möglichkeit bestehen, vor dem Dreh auf Motivsuche zu gehen oder beispielsweise darüber nachzudenken: „Nehme ich die Wolken am Himmel besser mit oder ohne Filter auf?“. Hilfreich könne mitunter auch sein, ein Sendekonzept noch einmal eine Nacht zu überschlafen oder den Mut zu haben, es zu revidieren.

Die Wand des Personalratsbüros schmückt ein Brecht-Zitat über die Gewalt: „Der reißende Strom wird gewalttätig genannt, aber das Flussbett, das ihn einengt, nennt keiner gewalttätig.“ Dies sei bei Verhandlungen mit der Geschäftsleitung zu bedenken, sinniert Detlef Weiand. Manchmal müsse man sie überzeugen, einen falschen Weg eingeschlagen zu haben, indem sie immer mehr Produktions- und Redaktionsaufgaben fremd vergibt. Als langjähriges ver.di-Mitglied macht er sich Sorgen, dass es schwerer wird, Leute für die Gewerkschaft zu werben. Nur etwa ein Drittel der Belegschaft des SWR trage die Gewerkschaft, doch profitierten alle von Tariferhöhungen. Dass junge Kolleginnen und Kollegen mitunter eine Mitgliedschaft nicht in Erwägung zögen, könne jedoch darin begründet sein, dass sie nur befristete Verträge bekämen und langfristig gar nicht planen könnten. „Das war vor etwa 20 Jahren anders, als ich beim SWR anfing: Damals gründeten sich private Sender – wer sich nicht besonders dumm anstellte, konnte unterkommen: mit festem Vertrag!“ ■

Solo oder huckepack?

Das Wort „digital" treibt Radiomachern hierzulande den Schweiß auf die Stirn. Denn der langjährige Versuch, mit dem Standard DAB digitales Antennenradio – kurz: Digitalradio – zu etablieren, erwies sich als ein teurer Schildbürgerstreich: wenig neue Programme und attraktive Zusatzinhalte, keine erschwinglichen DAB-Radiogeräte. Hinzu kam: Bei der Unübersichtlichkeit der Verbreitungsgebiete und der Startzeitpunkte sah kaum ein potentieller Hörer durch. Jetzt hoffen viele Programmanbieter, dass UKW als analoge Insel im digitalen Medienmeer bleibt. Tatsächlich stellt sich die Frage: Behält das Radio in der digitalen Zukunft seinen eigenständigen Übertragungsweg?

Von Vera Linß

„Es bleibt dabei: DAB ist tot. Toter geht es nicht", stellte Jürgen Doetz, Präsident des Verbandes Privater Rundfunk und Telekommunikation (VPRT), gleich zu Beginn der Medientage München Ende Oktober die Position der Privatfunklobby klar. Und das obwohl – oder gerade weil? – die Ministerpräsidenten fast zeitgleich auf ihrer Konferenz in Mainz die Weichen in Richtung Neustart des digitalen terrestrischen Radios stellten. Die Regierungschefs entschieden einstimmig über die Zuordnung der Übertragungskapazitäten für nationalen digitalen Hörfunk, über die in Zukunft bundesweit Radio im DAB Plus-Standard übertragen werden soll. Danach erhält das öffentlich-rechtliche Deutschlandradio ein Drittel der zur Verfügung stehenden Frequenzen und die Landesmedienanstalten können Lizenzen für zwei Drittel der Übertragungskapazitäten an Veranstalter bundesweiter Digitalradios vergeben. Außerdem einigten sich die Länder im Rahmen des 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrages darauf, dass die ARD-Landesrundfunkanstalten pro Land jeweils ein weiteres ausschließlich über Digitalradio plus verbreitetes neues Hörfunkprogramm veranstalten können. Im Klartext: Der Stein wurde ins Wasser geworfen. Medienpolitisch betrachtet steht einem Neuanfang des digitalen Antennenradios, das einmal UKW ablösen könnte, nichts im Weg. Ein Schritt nach vorn – aber auch nicht mehr.

Mittel für Neustart gekürzt

„Es ist zumindest ein Zeichen der Ermunterung", bewertet denn auch der ARD-Vorsitzende Peter Boudgoust gedämpft euphorisch die aktuelle Lage. Und im Gegensatz zu VPRT-Chef Doetz lautet sein Fazit: „DAB und DAB Plus sind eben entgegen vielen Unkenrufen noch nicht tot. Und mir fällt ehrlich gesagt nicht ein, wie man stattdessen den digital-terrestrischen Hörfunk in Deutschland organisieren sollte. Umkehrt ist auch nicht vorstellbar, dass Deutschland eine analoge Insel bleibt. Also ich denke, es gibt einen neuen Schub in Richtung DAB Plus, ohne dass dies schon der Durchbruch wäre." Vom Durchbruch ist Digitalradio tatsächlich weit entfernt und offen ist, ob es sich jemals in Deutschland durchsetzen wird. Das jahrelange Scheitern der Einführung von DAB ist für die meisten Beteiligten Abschreckung genug.

Bereits 1986 wurden die technischen Voraussetzungen für die Übertragung im DAB-Standard geschaffen. Alle Bemühungen, Digitalradio seitdem als Alternative zu UKW zu etablieren, gingen jedoch weitgehend an den Hörern vorbei. Geschätzte 300 Millionen UKW-Empfänger stehen in deutschen Haushalten, maximal 500.000 DAB-Radiogeräte konnten dagegen seit ihrer Einführung verkauft werden – eine verschwindend geringe Zahl, die in keinem Verhältnis zu den Investitionen steht, die in die DAB-Technologie gesteckt wurden. Bis 2001 sollen es etwa 350 Millionen Euro gewesen sein, vor allem Gebührenmittel. Die Landesmedienanstalten griffen den privaten Veranstaltern mit einer Infrastrukturförderung unter die Arme. Nach Ablauf der Förderung zogen sich die Privaten jedoch aus der DAB-Übertragung zurück. 134 Millionen Euro haben die Öffentlich-rechtlichen im Rahmen der Rundfunkgebühr von 1997 bis 2008 zweckgebunden für ihre DAB-Aktivitäten erhalten.

Etwa 65 regional teils unterschiedliche Programme werden derzeit noch über DAB verbreitet. Wie lange noch, ist offen. Der Rundfunk Berlin-Brandenburg hat angekündigt, zum Jahresende mit seinen sechs Wellen bei DAB auszusteigen, der Norddeutsche Rundfunk will seine Angebote vorerst nur bis April 2010 weiter über DAB laufen lassen. Der Hessische Rundfunk war gar nicht erst dabei. Den Hörer wird dies kaum stören, er bekommt es ja nicht mit. Doch es geht um mehr. Um nichts weniger, als die Zukunft des Mediums Radio im digitalen Zeitalter. Und die – so sagen viele – steht und fällt mit dem „richtigen" Übertragungsweg. Für die letzten Unerschütterlichen ist es trotz allem immer noch DAB, vor allem aber der Nachfolgestandard DAB Plus. Hier können die Signale deutlich stärker komprimiert werden. Es ist möglich, mehr Radioprogramme im gleichen Frequenzband zu übertragen, daneben aber auch multimediale Anwendungen wie Grafiken, Bilder und Zusatzinformationen.

Aus Sicht der Digitalradio-Verfechter schlug die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (KEF) schließlich den letzten Sargnagel in das Projekt DAB. Sie kürzte die Mittel, die von der ARD für einen Neustart des Digitalradios angemeldet worden waren, von 140 Millionen Euro für den Zeitraum von 2009 bis 2012 um rund 90 Prozent. Genehmigt wurden 15 Millionen Euro für den Weiterbetrieb der bestehenden DAB-Sendeanlagen. Selbst die Weiterentwicklung zu DAB Plus würde die Situation nicht grundsätzlich verändern, sondern dazu führen, dass Besitzer derzeitiger DAB-Empfangsgeräte entweder nicht mehr versorgt würden oder zumindest an der Weiterentwicklung nicht teilhaben könnten, argumentierte

Foto: Photosani – Fotolia.com

die Gebührenkommission. Hörfunkempfänger für DAB Plus seien erst in Einzelexemplaren verfügbar, und es sei nicht zu erwarten, dass solche Empfänger speziell für den deutschen Markt entwickelt würden. Daneben stellte die Kommission allerdings weitere 42 Millionen Euro in Aussicht für ein neu zu beantragendes Entwicklungsprojekt. „Wenn es gelingt, dass es in absehbarer Zeit einen Neuansatz gibt für die Digitalisierung des Hörfunks, dann zwingen wir die Gebührenzahler dazu, Geld zu zahlen“, erklärte KEF-Mitglied Ulrich Reimers. „Dieses Geld kann dann genutzt werden, wenn es eine neue Projektanmeldung für eine neue Digitalisierung des Hörfunks gibt, die wir dann natürlich wieder kritisch prüfen müssen.“ Voraussetzung für eine Befürwortung sei aber, dass das Projekt auf einem deutschlandweiten Konsens auch mit privaten Programmanbietern und Herstellern von Endgeräten beruhe, hieß es weiter aus der KEF.

Der geforderte Konsens kam nie zustande. Im Juni dieses Jahres sprach sich der VPRT gegen eine für den Herbst 2009 geplante Einführung von DAB Plus aus. Die Begründung: Die im VPRT organisierten Radiounternehmen bewerten das System DAB Plus als nicht Markt getrieben. Selbst bei maßgeblicher Förderung durch öffentliche Gelder und unter regulatorischem Druck sehe man für die nächsten fünf bis zehn Jahre nur geringe Chancen auf eine Teil-Refinanzierung aus dem Markt, sprich durch Werbeeinnahmen. Im Juli kam die Antwort der KEF. Man werde die Mittel für die DAB-Projektanträge der ARD und des Deutschlandradios nicht freigeben. Wesentliche Teile der von der KEF in Abstimmung mit den Rundfunkanstalten aufgestellten Kriterien seien nicht erfüllt worden, allen voran die Bedingung, dass die Privaten mit im Boot seien. „Ein schwarzer Tag für die Digitalisierung des Hörfunks“ kommentierte der Hörfunkbeauftragte der Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten (ALM) und Direktor der Landesmedienanstalt Saarland, Gerd Bauer, die KEF-Entscheidung.

Multimediale Visionen

Für die KEF scheint das Ende der DAB-Familie definitiv zu sein. Zur diesjährigen Internationalen Funkausstellung in Berlin konstatierte Ulrich Reimers: „Man soll sich der Tatsache bewusst sein, dass eine Ablösung des UKW-Hörfunks durch einen neuen digitalen Hörfunk-Weg einfach nicht mehr stattfinden wird. Ein eigenständiger, separater Verbreitungsweg ist ein Traum.“ Allerdings räumte er ein: „Digitale terrestrische Hörfunkübertragung auf ganz vielen Wegen über Mobilfunknetz, über mobile Internetzugänge, sei es aber auch über digitale Fernsehnetze ist natürlich zu diskutieren.“

Vor allem Letzteres ist Wasser auf die Mühlen der vielen Kritiker von Digitalradio. Als man DAB auf den Weg brachte, gab es weder Internet noch Mobiltelefone. DAB war als Ersatz für UKW geplant. Inzwischen – und damit hatte die KEF bei ihren jüngsten Entscheidungen gegen DAB auch argumentiert – gibt es viele andere Wege, über die Hörfunk verbreitet werden kann: über das Internet, Satellit, DVB-T oder über Mobiltelefone. Genau darauf setzt auch der VPRT. „Unsere Vision wäre, dass wir einen multimediatauglichen Standard nutzen können, auf dem sich auch digitales Radio wieder findet“, sagt Ursula Adelt, Geschäftsführerin des VPRT. „Er muss IP-fähig sein. Das große Stichwort lautet hybrid, auf das unsere Fernsehleute jetzt auch setzen. Alle Geräte werden hybrid, das heißt sie sind für Rundfunk und Internet. Und da darf das Radio mit seinen Geräten, die es für seine Gattung anbietet, nicht zurückstehen.“

Auch Hans Hege, Chef der Medienanstalt Berlin-Brandenburg und Beauftragter für Plattformregulierung und Digitalen Zugang der ALM, geht davon aus, dass Radio keinen eigenen Übertragungsweg in der digitalen Welt haben wird. „Die Entwicklung aller digitalen Medien und aller digitalen Übertragungswege zeigt, dass die Digitalisierung nicht eine Verlängerung der analogen Welt ist, sondern grundlegende Änderungen auslöst“, so Hege. „In der digitalen Welt gibt es viele Übertragungswege, und viele Plattformen, auf denen audiovisuelle Inhalte verbreitet werden können.“ Der bisherige Ansatz eines isolierten Digitalisierungskonzepts für den Hörfunk müsse aufgegeben werden. „Der Einsatz eines auf nur eine Anwendung zugeschnittenen Systems ist immer weniger zeitgemäß“, konstatiert auch die Wirtschaftsingenieurin Kirsten Matheus, die sich auf Technologiemanagement spezialisiert hat. Und tatsächlich verschwimmen zunehmend die Grenzen zwischen den Übertragungssystemen.

Neue Player im Internet

Hörfunk empfangen heute schon viele über verschiedene Wege jenseits des klassischen UKW-Sendernetzes, zum Beispiel als Webstream. Gleichzeitig dringen im Internet neue Player auf den Markt, die sich zu einer echten Konkurrenz zu etablierten Radiosendern entwickeln könnten. Geschätzte 1.700 Webradios gibt es in Deutschland, weltweit sollen es 12.000 und mehr sein. Web- oder Internetradios, also Sender, die ihre Programme als komprimierten Datenfluss ▶

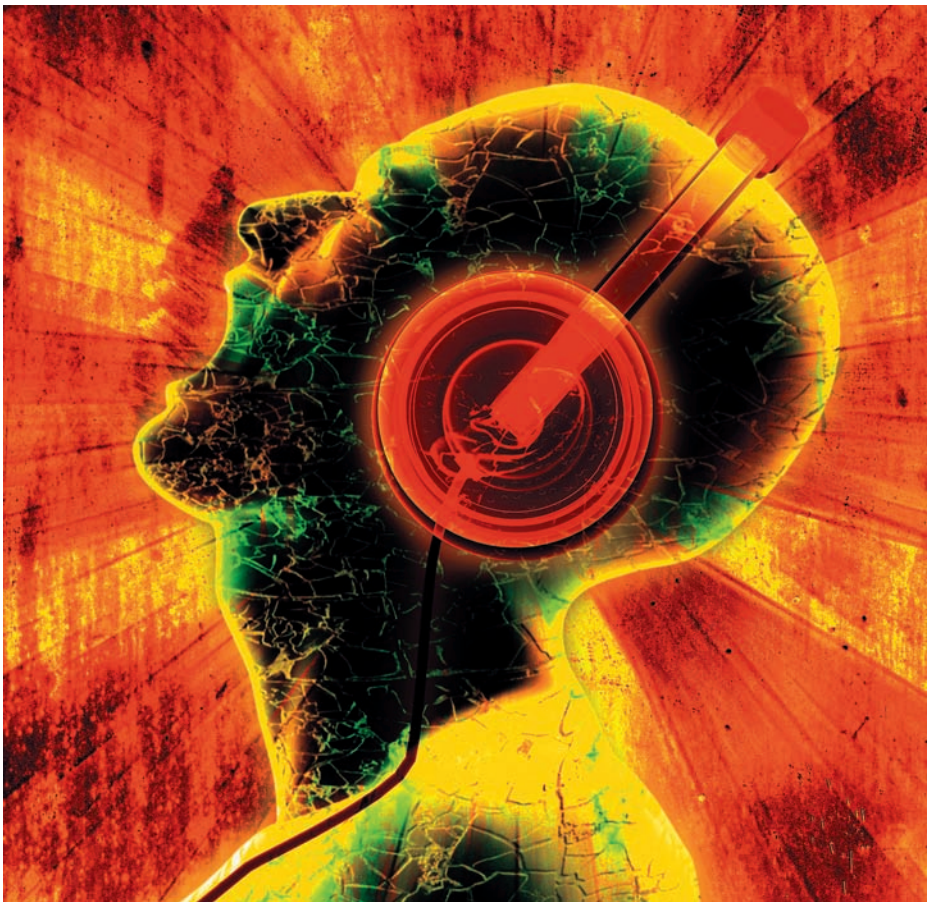


Foto: Nmedia – Fotolia.com

über das Netz verbreiten, sind oft Nischenprogramme, die privat, ehrenamtlich und nicht-kommerziell betrieben werden. Experten gehen davon aus, dass die Zahl der Nutzer von Webradios von 10 Millionen im vergangenen Jahr auf 14 Millionen Hörer im Jahre 2010 wachsen wird.

Umso wichtiger scheint es für die „klassischen“ Anbieter zu sein, Klarheit über ihre technische Zukunft zu erlangen. Denn auch die Ausstrahlung im „Huckepack“-Verfahren, quasi als Anhängsel des Internets oder von Fernsehstandards, birgt offene Fragen. „Am schwierigsten ist der Aspekt Erreichbarkeit in der Fläche“, so die Wirtschaftsingenieurin Kirsten Matheus. Sie hält zwar eine flächendeckende Versorgung in Gebäuden mit Internetradio für möglich. Auch der mobile Empfang von digitalem Radio wäre über DVB-T realisierbar. Die mobile Versorgung außerhalb von Ballungsgebieten dagegen würde Infrastruktur-Investitionen erfordern. Flächendeckende Mobilfunknetze oder ein entsprechender Ausbau der DVB-T-Infrastruktur wären vonnöten. Matheus plädiert dafür, für alle Übertragungswege portable Endgeräte anzubieten und dann zu schauen, welche Nutzungsgewohnheiten sich herauskristallisieren. Nach dem Motto: Mal abwarten, was am besten ankommt. Für Medienwächter Hans Hege hingegen ist die Politik gefragt. Für technologiepolitische Entscheidungen sei Eile geboten. Die Antwort auf die aktuellen Herausforderungen könne nicht „in der Isolation des Hörfunks liegen, sondern in der Nutzung der Zusammenhänge, die die Digitalisierung bietet.“

Schnellstens neue Radiogeräte

In den Ohren der DAB-Verfechter verhallt dies weitgehend ungehört. „Wir werden in Zukunft einen Mix von unterschiedlichen Übertragungswegen haben und das auch für Hörfunk“, räumt der Radioexperte Helmut G. Bauer zwar ein. Und fügt hinzu: „Auf einen Umstand möchte ich allerdings hinweisen: Ich glaube, dass wir unbedingt terrestrisches Digitalradio in diesem berühmten Frequenzspektrum VHF brauchen, damit jedermann jederzeit die Möglichkeit hat, Radio zu hören. Radio zeichnet sich ja dadurch aus. So haben die Leute Radio kennen gelernt, dass sie jederzeit und überall auf einen Knopf drücken und dann etwas empfangen können.“ Teile der Medienregulierung und der Rundfunkanbieter pflichten ihm bei. Die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) forderte die Bundesländer auf, einen verbindlichen Fahrplan zur Einführung der digitalen Radio-Übertragungstechnik DAB Plus zu entwickeln.

Auch Teile der privaten Hörfunkanbieter halten – anders als der VPRT – ein Gelingen von DAB Plus noch für denkbar. Zum Beispiel Erwin Linnenbach, Sprecher der Regiocast, einer Beteiligungsgesellschaft, die Anteile an vielen Radiosendern in mehreren Bundesländern hält. Linnenbach geht davon aus, dass sich etliche Programmveranstalter für die neu auszuschreibenden DAB Plus-Frequenzen bewerben werden. Allerdings fordert er öffentliche Mittel für eine neue Infrastruktur und die flächendeckende Einführung neuer Radiogeräte. Schnellstmöglich müssten UKW-Empfänger durch DAB-taugliche Geräte ersetzt werden, um relevante Hörerzahlen zu erreichen – eine wirtschaftliche Voraussetzung für den werbefinanzierten Rundfunk. Der ARD-Vorsitzende Boudgoust glaubt fest daran, dass sich neben dem Bayrischen Rundfunk auch andere Landesrundfunkanstalten der ARD wieder stärker für DAB und DAB Plus engagieren werden. „Es gibt eine Annäherung und da bin ich ganz zuversichtlich“, so Boudgoust. Und sagt entschlossen: „Radio braucht einen originären Übertragungsweg. Sonst wäre es nicht mehr das, was Radio in seiner Wirkungsmacht darstellt.“ ■

Plädoyer für eigenen Verbreitungsweg

Gespräch mit Willi Steul, Intendant des Deutschlandradios

M | *Die Ministerpräsidenten haben auf ihrer Konferenz Ende Oktober dem öffentlich-rechtlichen Deutschlandradio ein Drittel der Frequenzen, die für den bundesweiten digitalen Hörfunk zur Verfügung stehen, zugeordnet. Wie geht es nun aus Sicht des Deutschlandradios weiter?*

WILLI STEUL | Wir haben den Auftrag, DRadio Wissen zu machen. Wir verbreiten es über das Internet, den digitalen Satelliten und das digitale Kabel. Aber wir wollen es über alle digitalen Technologien verbreiten und dazu gehört auch DAB Plus. Wir haben den Auftrag von den Ministerpräsidenten bekommen. Das heißt, wir müssen davon ausgehen, auch das Geld dafür von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) zu erhalten. Der Ball liegt jetzt in deren Spielfeld.

M | *Die KEF hat die Gelder mit der Begründung eingefroren, dass die Privaten bei DAB Plus nicht mitmachen. Ist das ein Standard, der keine Zukunft hat?*

STEUL | Ich kann Ihnen darauf keine Antwort geben. Ich weiß, dass um uns herum in Europa die Tür geöffnet wird für die DAB-Familie. Wir wissen, dass in Großbritannien kommerzielle Programme erfolgreich sind und Geld verdienen mit dieser Technologie. Wir müssen in Deutschland zu einer Entscheidung kommen. Die ist aber von uns als Deutschlandradio nicht wirklich zu beeinflussen. Ich beschimpfe auch die KEF nicht. In der Logik der KEF hat sie wohl richtig gehandelt. Es ist allerdings eine Entscheidung, die politisch getroffen werden muss. Legitimiert dafür sind einzig die Ministerpräsidenten.

M | *Im Moment sind aber keine Anzeichen dafür zu sehen?*

STEUL | Ich betrachte das schon als ein Anzeichen, dass die Ministerpräsidenten gesagt haben, in der nationalen DAB-Verbreitung bekommt das Deutschlandradio drei Kanäle für seine drei Programme und für die anderen sechs werden sich private Bewerber interessieren können. Ich gehe fest davon aus, dass es auch welche sein

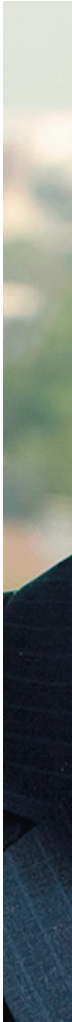


Foto: Deutschlandradio / Bettina Fürst-Fastré

werden. Dieser digital-terrestrische Verbreitungszug fährt nicht mehr sehr schnell. Aber er ist noch in Gang. Ich sage noch einmal: Das muss politisch entschieden werden.

M | *Sind die Klagen der Privaten darüber, dass es ihnen zu teuer ist, die Infrastruktur für DAB Plus zu finanzieren, nicht berechtigt? Sie fordern öffentliche Mittel.*

STEUL | Ich habe Verständnis für die kommerziellen Radios. Sie müssen in kurzen Abständen ihre Lizenzen neu beantragen. Sie müssen sich über Werbung refinanzieren. Sie müssen am Jahresende schwarze Zahlen schreiben. Die Zahlen, die da für DAB durch den Raum geistern – Milliardenbeträge – halte ich allerdings für Unsinn. Die kleine Schweiz, die wirtschaftlich gut dasteht, aber auch nicht besser als die Bundesrepublik, die schafft die Voraussetzungen für Digitalradio. Und die Topographie in der Schweiz ist deutlich problematischer. Auch in Frankreich geht es voran. Eine Entscheidung wie die des französischen Präsidenten, dass künftig nur noch Rundfunkgeräte in Frankreich verkauft werden, die UKW und die DAB-Familie empfangen können, ist eine Voraussetzung dafür, dass überhaupt die entsprechende Infrastruktur geschaffen werden kann. Eine solche Entscheidung wünsche ich mir auch in Deutschland. Es wäre auch zu eng betrachtet, wenn wir die DAB-Thematik ausschließlich als Rundfunk sehen. Dahinter steht im Grunde genommen eine industrie- und wirtschaftspolitische Weichenstellung. Es geht um Normensetzung in Europa. Deshalb sollte darüber auch in Brüssel gesprochen werden. Um uns herum hat man sich dafür entschieden, dieser Technologie die Tür zu öffnen. Ich weiß nicht, ob wir da eine analoge Insel bleiben oder nur aufs Internet setzen können. Es gibt viele Gründe, die gegen das Internet als alleinigen Verbreitungsweg sprechen. Wir brauchen die Entwicklungsmöglichkeit für das Radio in alle neuen Verbreitungswege hinein.

M | *Sollten dafür öffentliche Mittel bereitgestellt werden?*

STEUL | Im Grunde genommen bin ich dieser Meinung. Ich sehe allerdings auch die Problematik, die wir dann mit Brüssel haben: Was ist Beihilfe, was ist erlaubt und was ist nicht erlaubt. Da kommt man in schwierige Gefilde. Aber wofür haben wir eigentlich Juristen und Staatsrechtler? Sie sollten versuchen, im Rahmen der geltenden Regeln aktiv eine Lösung dafür zu finden.

M | *Es gibt Stimmen, die gehen davon aus, dass es einen eigenen Übertragungsweg für das Radio in der Zukunft nicht mehr geben wird.*

STEUL | Wir sind umgeben von Propheten. Die einen sagen dies, die anderen jenes. Wir sind umgeben von Technikern, die sagen, DAB ist nicht die Technologie, es gibt was Besseres. Wenn Sie sechs Techniker fragen, haben Sie acht Meinungen. Es wird tatsächlich immer noch etwas Besseres geben. Ich bin aber absolut davon überzeugt, dass der Rundfunk einen eigenständigen Verbreitungsweg haben muss. Sonst geht er unter. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll nach unserem Demokratieverständnis einen wesentlichen Beitrag zur Willensbildung und zur Entscheidungsfähigkeit der Menschen in dieser Gesellschaft leisten. Und das heißt, er muss auch überall und zu annehmbaren Kosten verbreitet sein. Es kann nicht sein, dass man uns im Internet irgendwie unter Tausenden von Angeboten suchen muss. Wenn die Gesellschaft dies allerdings anders will und sich dafür entscheidet, dann ist das so. Auch das ist Demokratie. Ich persönlich fände es mehr als bedauerlich, wir würden einen hohen Wert verlieren.

M | *Theoretisch und auch praktisch wäre Deutschlandradio überall empfangbar – übers Handy, DVB-T...*

STEUL | Ich war kürzlich von Köln nach Frankfurt zu einem Termin unterwegs und musste aus dem Auto ein langes Gespräch mit unserer Verwaltungsdirektorin führen. Dieses Gespräch ist mir unterwegs sechs oder sieben Mal zusammengebrochen. Und wenn wir schon diese alte Primitivtechnologie mobiles Telefon nicht störungsfrei hinbekommen, glauben Sie, wir kriegen das hin mit dem viel aufwendigeren Audio über Internet und dann vielleicht auch noch das sehr teure DVBT? Wir werden für die nächsten zwanzig Jahre für die Fläche und mobil kein wirklich stabiles Internet hinbekommen. Also können wir auf diese Technologie nicht setzen. Hinzu kommt, für jede Nutzung, muss extra bezahlt werden. Die schöne neue Welt mit den Mobiltelefonen und den Bildern auf den Telefonen, das kostet alles Geld. Diese Geschäftsmodelle sind legitim. Nur stellen Sie sich eine sechsköpfige Familie vor, wo jeder über sein Handy das alles nutzt. Die Kosten sind wesentlich höher als heute die 17.98 Euro monatlich für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

M | *Aber wird sich das nicht weiter verändern, die Bandbreiten werden immer größer, die Übertragungsraten immer schneller, die Kosten sinken parallel?*

STEUL | Ja, auch das sagen die Propheten.

M | *Was wird aus der Gattung Radio werden?*

STEUL | Da ich nun kein Prophet bin, weiß ich das nicht. Ich denke, zum Beispiel Deutschlandradio wird noch sehr, sehr lange von einer zwar begrenzten, aber dennoch signifikanten Zahl von Menschen gehört werden. Wir erreichen mit unseren beiden Programmen heute täglich um die zwei Millionen Menschen. Und das sind Programme, die in einer Demokratie gebraucht werden. Das ist meine feste Überzeugung. Und sie werden ja auch nachgefragt. Aber wenn ich sie über unterschiedliche Verbreitungswege erst suchen muss, das werden die Menschen dann nicht mehr tun.

Das Gespräch führte Vera Linß ■

Land der Kindermedien

Zeitungslandschaft von wenigen Medienkonzernen planiert – WAZ dominiert

Blühende Medienlandschaften sucht man in Thüringen vergebens. Die wenigen Zeitungen sind überwiegend fest in der Hand der WAZ-Gruppe. Mit der Spezialisierung auf Kindermedien hat der Freistaat gleichwohl eine interessante Nische erschlossen.

Bernd das Brot, die populäre Puppe aus dem Kinderkanal wie immer übellaunig – das unförmige Kastenweißbrot mit den viel zu kurz geratenen Armen ist im Straßenbild Erfurts allgegenwärtig. Bernd steht für den Erfolg einer Branche, deren Aufstieg in Thüringen mit der Gründung des öffentlich-rechtlichen KIKA vor 13 Jahren begann. Dies war zugleich der Startschuss für die Entwicklung des so genannten Kindermedienlandes Thüringen.

„Man findet hier ‘ne Menge schöner Locations und Motive, kann hier ganz tolle Landschaften bedrehen“, sagt Katharina Rietz, Produzentin von „Schloss Einstein“, der populären KIKA-Internatssoap über Liebe, Freundschaft, Konkurrenz und Stress in der Schule. Der KIKA sei ein Kristallisationspunkt, um den herum sich weitere Kindermedien scharren. Die Unterstützung von Stadt und Land, auch von politischer Seite, macht das Produzieren hier sehr angenehm“ lobt Rietz die Ansiedlungspolitik des Freistaats. Erst kürzlich wurde eine neue „Schloss-Einstein“-Staffel mit 52 Folgen abgedreht.

Produziert wird in den Studios des vor gut zwei Jahren gegründeten Kindermedienzentrums in unmittelbarer Nachbarschaft von MDR und KIKA. Eigentümerin des mit 27 Millionen von der EU geförderten Projektes ist die Landes-Stiftung für Technologie, Innovation und Forschung Thüringen – kurz: STIFT. An die 15 Film- und Fernsehproduktionsfirmen sowie Dienstleister haben sich im Kindermedienzentrum bereits angesiedelt. Darunter das Unternehmen Saxonia Media, das neben „Schloss Einstein“ auch Folgen von „Tatort“ und „Polizeiruf 110“ hier produziert und die Kinderfilm GmbH, die anspruchsvolle Kino- und TV-Formate für Kinder und Jugendliche herstellt. Oder die Hamburger Animationsfirma „Trickompany“, – bekannt für Serien und Filme wie „Käpt’n Blaubär“ und „Werner“.

Die Studios sind ausgebucht. „Selbst Optimisten haben nicht mit einem solchen Erfolg gerechnet“, meint STIFT-Geschäftsführer Sven Günther. Die Anfangsphase war viel kürzer als wir dachten. „Wir sind im fest mietbaren Bereich mit einer Vollauslastung gestartet, und auch im temporären Produktionsbereich hat sich das Zentrum inzwischen einen Namen gemacht“, freut sich Günther. Die Erwartungen hätten sich „übererfüllt“.

Spatenstich für Erweiterungsbau

Dass sich diese Erfolgsstory ausgerechnet im kleinen Freistaat Thüringen abspielt, beruht auf einem einfachen Kalkül der Landesmedienpolitiker. Den Markt der klassischen Medien wie Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunk hätten Standorte wie Köln, Hamburg, München und Berlin längst unter sich aufgeteilt. Daher habe man sich auf die Nische Kindermedien spezialisiert. Diese Rechnung ging auf. Für viele Firmen sei es eben „interessant, im Umfeld des Kinderkanals zu produzieren“, sagt Günther. Zum anderen hätten sich die Firmen auf die Arbeit mit Kindern und für Kinder spezialisiert. „Das ist ein Alleinstellungsmerkmal, was wir haben, was wir weiter ausbauen wollen.“

Auf Grund des Bewerberandrangs platzt das Kindermedienzentrum bereits aus allen Nähten. Im Herbst erfolgt der Spatenstich für einen Erweiterungsbau, der bis 2011 fertig sein soll. Prominente Neumieter stehen schon auf der Matte: unter anderem die Abteilung Kindermedien des Fraunhofer-Instituts in Ilmenau.

Die vorübergehend aufblühende Presse Thüringens hat sich dagegen längst in monopolisierte Einfalt verwandelt. Zum Beispiel Eisenach: Kurzzeitig existierten nach der Wende in der Wartburg-Gemeinde sieben Tageszeitungen. Doch der Gründungsenthusiasmus der Nachwendezeit erwies sich rasch als Scheinblüte. Der Versuch mittelständischer Westverleger, etwa der Marburger „Oberhessischen Presse“, im Nachbarland Fuß zu fassen, scheiterte rasch an den harten Marktrealitäten. Schon Mitte der neunziger Jahre waren nur noch zwei übrig: Die *Thüringer Allgemeine* und die *Eisenacher Presse*, eine Lokalausgabe der *Thüringischen Landeszeitung*. Doch selbst diese reduzierte Vielfalt täuscht. Beide Blätter erscheinen in derselben Verlagsgruppe, der „Zeitungsgruppe Thüringen“. Man kooperiert miteinander in der Herstellung, beim Vertrieb und beim Anzeigengeschäft. Wettbewerb findet allenfalls im Lokalen statt. 430.000 Zeitungsexemplare werden zwischen Gera und Suhl werktäglich im Schnitt verkauft. Drei Viertel davon stammen aus der Zeitungsgruppe Thüringen, einer Tochter der Essener WAZ-Gruppe. Am Aufstieg der im Branchenjargon als „Konzentrationskrake von der Ruhr“ berüchtigten Gruppe lässt sich beispielhaft zeigen, mit welchen aggressiven Methoden westdeutsche Konzerne nach 1989 die Zeitungslandschaft planierten. Ursprünglich hatte die Treuhand-

Studio des Kinderkanals KIKA in Erfurt

anstalt die *Thüringer Allgemeine* – ehemals: *Das Volk* – in Erfurt und die *Ostthüringer Nachrichten* – ehemals *Volkswacht* – in Gera 1991 nicht zum Verkauf angeboten. In Übereinstimmung mit dem Bundeskartellamt wollte die Treuhand einen allzu dominierenden Einfluss der WAZ-Gruppe im 2.3 Millionen Einwohner kleinen Bundesland Thüringen verhindern. Dabei hatten sich die Essener noch zu DDR-Zeiten kurz vor der deutschen Einheit in einer Art wilder Kooperation 50 Prozent Anteile an der

thüringen

Thüringer Allgemeinen (TA) gesichert. Zwecks Vermeidung einer Verhandlungslösung trickste der Konzern die Wettbewerbshüter nach allen Regeln der Kunst aus. Über Nacht brachte er in Gera zum 1. Juli 1991 ein „neues“ Blatt heraus, die *Ostthüringer Zeitung (OTZ)*. Die Redaktion bestand faktisch aus den abgeworbenen Mitarbeitern der alten *Ostthüringer Nachrichten*. Deren Abonnenten erhielten nun die neue *OTZ*. Wie es weiter ging, ist dem Tätigkeitsbericht des Bundeskartellamts unschwer zu entnehmen: „Die Ostthüringer Verlag GmbH war ...nicht in der Lage, die *Ostthüringer Nachrichten* weiter zu publizieren und stellte ihr Erscheinen ein. Das ursprüngliche Vorhaben des Erwerbs von 40 % der Anteile an der Ostthüringer Verlag GmbH war damit für die WAZ gegenstandslos geworden. In der Eigengründung der ‚*Ostthüringer Zeitung* lag kein vom Bundeskartellamt aufgreifbarer kartellrechtlicher Tatbestand, da kein Erwerbsvorgang gegeben war.“

Dieser Vorgang zementierte die dominante Position der WAZ auf dem Zeitungsmarkt Thüringens. Sie beherrscht seitdem die beiden auflagenstärksten Titel, die *TA* und die *OTZ*. Verstärkt wird diese Marktmacht noch durch die gleichfalls zur „Zeitungsgruppe Thüringen“ (ZGT) gehörende *Thüringische Landeszeitung (TLZ)*. Die *TLZ* gilt als einzige noch erscheinende Tageszeitung mit Vollredaktion aus der DDR-Ära, die nicht aus einem SED-Organ hervorgegangen ist.

Foto: dpa / Martin Schutt

Die Medienvielfalt jenseits der ZGT-Blätter ist überschaubar. In Suhl, am Südwestrand des Thüringer Waldes, steht der Glaspalast der Suhler Verlagsgesellschaft SVG. Sie gibt die Zeitung *Freies Wort* heraus, unter gleichem Namen einst die kleinste SED-Bezirkszeitung. Nach der Wende übernahm der Süddeutsche Verlag 1991 einen Mehrheitsanteil von 70 Prozent am Verlag, die restlichen 30 Prozent sicherte sich die SPD-Medienholding DDVG. Doch trotz dieser gediegen liberal-sozialdemokratischen Besitzerstruktur verbindet sich mit dem Titel *Freies Wort* der längste Arbeitskampf in der deutschen Zeitungsnachkriegsgeschichte.

Die Presse in Thüringen

Titel	Verkaufte Auflage in Tsd. Exemplaren			Differenz
Quartal / Jahr	III / 1989	II / 1996	III/ 2009	1998 – 2009
Thüringer Allgemeine	404,1	294,4		
Ostthüringer Zeitung	239,0	174,5		
Zeitungsgruppe Thüringen (= Thüringer Allgemeine, Thüringische Landeszeitung, Ostthüringer Zeitung)		[1] 511,1	316,5	– 38,1 %
Freies Wort	178,5	114,9		
Südthüringer Zeitung (+ Freies Wort)		[1] 147,7	109,2	– 26,1 %

[1] IVW-Meldung für II/98

Zeitungsgruppe Thüringen und Gruppe Südthüringer Presse geben seit Mitte der 90er Jahre nur noch Gesamtauflagen an.

Quellen: IVW, BDZV

Erfolgreicher Streik in Suhl

Sechs Wochen lang streikten die Beschäftigen des Blatts im Frühjahr 1996 gegen die radikalen Sanierungspläne des Managements. Dieses versuchte damals, die Redakteursgehälter im Vergleich zu den in Westdeutschland geltenden Tarifen um ein Drittel zu kürzen. Der Arbeitskampf endete mit einem Kompromiss. Ursprünglich war auch der Plan ventiliert worden, den Titel *Freies Wort* zu liquidieren und das Blatt in der wesentlich kleineren *Südthüringer Zeitung (stz)* aufgehen zu lassen. Zu dieser ungewöhnlichen Fusion nach dem Motto „Lokalblättchen schluckt Regionalzeitung“ kam es jedoch nicht. Das Manöver, auf diese Weise der Belegschaft des *Freien Worts* den ungünstigeren Tarifvertrag der stz aufzudrücken, scheiterte. Die im benachbarten Barchfeld hergestellte *stz* erscheint im Südthüringer Verlag mit einer Verkaufsauflage von gerade mal 17.000 Exemplaren. Die erst 1990 gegründete *stz* ist faktisch die letzte der zahlreichen Neugründungen, die nach der Wende vor allem durch das Engagement zahlreicher grenznaher Westverlage entstanden waren. Mittlerweile bilden *stz* und *Freies Wort* gemeinsam mit der *Coburger Neuen Presse* und der *Frankenpost* aus Hof die „Regionalzeitungsgruppe Hof/Coburg/Suhl“ des Süddeutschen Verlags. Die vier Blätter produzieren den überregionalen Mantelteil gemeinsam.

Der Radiomarkt Thüringens ist wie anderswo auch zwischen den privaten und öffentlich-rechtlichen Anbietern heftig umkämpft. Erster von der Thüringer Landesmedienanstalt (TLM) lizenzierter Privatsender war 1992 in Weimar „Antenne Thüringen“. Drei Jahre später folgte in der Landeshauptstadt Erfurt die „Landeswelle Thüringen“. Nach einer Untersuchung der TLM aus dem Jahr 2008 übertrafen beide Sender ihren lizenzrechtlich festgelegten Informationsanteil von 15 Prozent im Tagesprogramm „deutlich“. Wer jemals mit dem Auto durch das Sendegebiet fuhr, dürfte zumindest gefühlte Zweifel anmelden. Eine weitere Auflage – die Mindestsendezeit für Regionalinformationen – wurde nur von der „Antenne“ erfüllt. Nicht überragend auch das Abschneiden der Konkurrenzsender des öffentlich-rechtlichen Mitteldeutschen Rundfunks (MDR). Zwar schaffte „MDR 1 Radio Thüringen“ mit 20 Prozent den höchsten Info-Anteil aller Sender. Dagegen blieb „Jump“, wie die beiden privaten Platzhirsche auf ein jüngeres Publikum unter 50 Jahren konzentriert, sogar unterhalb der 15-Prozent-Marke.

Die von einem Privatsender kaum unterscheidbare Popwelle „Jump“ blickt auf eine interessante Vorgeschichte zurück. Ihr Vorläufer war die 1992 gestartete, anfangs durchaus erfolgreiche Pop- und Servicewelle „MDR Life“, die sich in Format und Anmutung an privaten Unterhaltungsdampfern orientierte. Spätestens mit dem Sendestart von „Antenne“ und „Landeswelle“ sank der Stern von „MDR Life“. Trotz diverser hektischer Programmreformen siechte das Programm dahin. 1999 schließlich wurde es eingestellt und Anfang 2000 unter dem Namen „Jump“ komplett neu gestartet. *Günter Herkel* ■

Medienpolitik schwarz-gelb

Ein großer medienpolitischer Wurf ist nicht erkennbar

Der Koalitionsvertrag steht und damit sind auch die medienpolitischen Vorhaben von CDU, CSU und FDP fixiert. Richtig, aber zu zaghaft sind die Vereinbarungen zur Stärkung des Kommunikationsgeheimnisses und zum besseren Schutz von Journalistinnen und Journalisten. Daneben konnten sich die Verleger mit zwei umstrittenen Forderungen durchsetzen: Es soll ein Leistungsschutzrecht für Onlineinhalte geben und das Pressefusionsrecht soll auf den Prüfstand. Vor allem letzteres ruft bei ver.di erheblichen Widerspruch hervor.

Einen deutlichen Schwerpunkt schwarz-gelber Medienpolitik bildet das Urheberrecht. Nach den beiden letzten großen Novellen, die vor allem der Umsetzung von EU-Vorgaben galten, soll in dieser Legislaturperiode der „Dritte Korb“ kommen. Ziel ist, insbesondere Urheberrechtsverletzungen im Internet wirksamer zu bekämpfen. Im Interesse der Urheberinnen und Urheber ist das nur begrüßenswert. Wie genau das aber gehen soll, lässt die Koalition offen. Immerhin wurden Internetsperren für Urheberrechtssünderinnen und -sünder wie in Frankreich ausgeschlossen. Solche Maßnahmen hätten einen zweifelhaften Eingriff in Datenschutz und Kommunikationsgeheimnisse sowie das Recht auf Kommunikation bedeutet.

Verleger fordern Leistungsschutzrecht

Spannender ist da schon die Frage des Leistungsschutzrechts, das laut Koalitionsbeschluss nun auch Presseverlage für ihre Onlineinhalte erhalten sollen. Damit ernten die Verlage die Früchte ihrer steten Lobbyarbeit. Seit Monaten warben sie für eine solche Regelung, wenngleich bis heute nicht klar wurde, wie ein solches Recht überhaupt funktionierend ausgestaltet sein soll. In jedem Fall muss ein Leistungsschutzrecht die Leistungen der Urheberinnen und Urheber berücksichtigen. Wenn Verlage Geld für die Auffindbarkeit oder Verwertung ihrer Onlinetexte kassieren wollen, dann muss ein Gutteil davon an die Autorinnen und Autoren fließen. Denn sie sind es, die die kreativen Leistungen erbringen und damit überhaupt für Inhalte sorgen. Ein Leistungsschutzrecht darf jedenfalls nicht dazu führen, dass die Verlage einzig und allein ihre klammen Kassen aufbessern.

Besserer Schutz von Journalisten

In die richtige Richtung gehen die Ansätze in Sachen Pressefreiheit. Hier hat die Koalition vereinbart, dass sich Journalistinnen und Journalisten künftig nicht mehr der Beihilfe zur Verletzung von Dienstgeheimnissen strafbar machen, wenn sie Material veröffentlichen, das ihnen vertraulich zugeleitet wurde. Auch die Ankündigung, dass journalistisches Recherchematerial nur noch bei „dringendem“ Tatverdacht beschlagnahmt werden kann, trägt zu einer Stärkung der Pressefreiheit bei. Dennoch bleiben Journalistinnen und Journalisten „Berufsgeheimnisträger zweiter Klasse“. Denn die Gleichbehandlung von Ärzten, Anwälten, Abgeordneten, Geistlichen und Journalisten nach § 53 der Strafprozessordnung (StPo) wird weiterhin unterlaufen durch Regelungen der § 160a Abs.1 StPo und § 20u Abs.1 BKA-Gesetz, in denen Abhör- und Ermittlungsmaßnahmen nur für einzelne Gruppen ausgeschlossen sind. Nach dem Willen der Koalition sollen zwar in Zukunft auch Anwältinnen und Anwälte in den absoluten Schutz einbezogen werden, für andere Gruppen aber – wie Journalistinnen und Journalisten – soll dies lediglich geprüft werden. Das reicht keineswegs aus. Klar ist, dass alle zur Zeugnisverweigerung berechtigten Personen gleichbehandelt werden müssen. Investigativer Journalismus muss ausreichend geschützt sein, wenn er seinem gesellschaftlichen Auftrag nachkommen soll.

Ein viel zu zögerlicher Schritt ist auch die vorgesehene Einschränkung der Verwendung der Daten aus der Vorratsdatenspeicherung. Bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sollen Daten nur noch in Fällen konkreter Gefahr für Leib, Leben und Freiheit herausgegeben werden. Sollte das Gericht die Vorratsdatenspeicherung gutheißen, bleibt sie in Kraft. Das aber ist ein vollkommen falsches Signal. Sie muss vielmehr gänzlich zurückgenommen werden.

Schnelles Internet – nicht so schnell

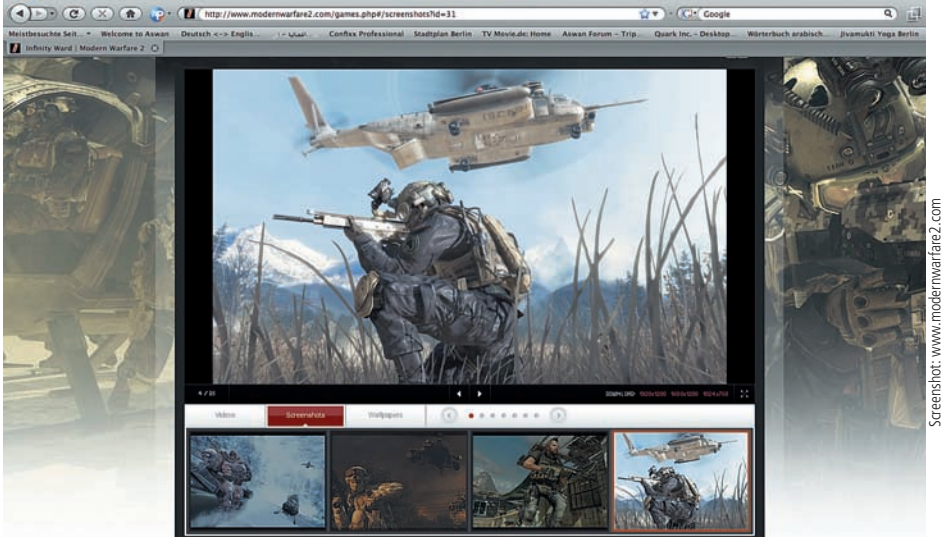
Beim Thema Breitband-Internet enthält der Koalitionsvertrag ein eindeutiges Bekenntnis zum flächendeckenden Ausbau. Was aber vereinbart wurde, lässt erahnen, dass die „weißen Flecken“ auf der Internetlandkarte so schnell nicht geschlossen sein werden. Denn dazu bedürfte es deutlicher Subventionen oder Investitionen von Bund und Ländern, um den schleppenden Breitbandausbau vor allem in strukturschwachen Regionen voranzubringen. Es ist aber davon auszugehen, dass die neue – mehr noch als die alte – Bundesregierung auf öffentliche Investitionen verzichten wird. Konkrete Investitionssummen jedenfalls lässt der Koalitionsvertrag vermissen.

Pressevielfalt in Gefahr

Es bleibt das nebulöse, aber keineswegs harmlose Vorhaben, das Medienkonzentrations- und Pressefusionsrecht zu überprüfen. Wer das anstrebt, kann nur Erleichterungen bei Pressefusionen im Sinn haben. Vor wenigen Monaten erst hatte die Verlegerseite entsprechende Veränderungen im betreffenden Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in die Debatte geworfen. Das würde aber zu einer weiteren Monopolisierung auf dem Pressemarkt führen und keineswegs zur Pressevielfalt beitragen. Klar ist, dass sich das geltende Pressefusionsrecht bewährt hat und nicht angetastet werden muss. Eine Koalition, die sich dem stärkeren Schutz von Journalistinnen und Journalisten verpflichtet fühlt und dies mit der Stärkung der Pressefreiheit begründet, kann nicht im gleichen Atemzug die geltenden Regelungen im Pressefusionsrecht in Frage stellen. Denn Pressefreiheit nützt wenig, wenn sie durch fehlende Pressevielfalt konterkariert wird.

Stephan Kolbe, Koordinator für Medienpolitik beim ver.di-Bundesvorstand ■

Retusche: Petra Dreßler



Screenshot: www.modernwarfare2.com

Verblüffende Sequenzen aus dem Computerspiel „Call of Duty“

Sichtwechsel

Kontroversen im Ringen um gewaltfreie Medien kaum zugelassen

„Sichtwechsel e. V.“ ist ein Verein, der sich seit 1995 mit dem Problem der medialen Gewalt von Bildschirmmedien im Kinder- und Jugendzimmer befasst und die gewalthaltige Bilder- und Spieleflut einzudämmen sucht, die auf die Heranwachsenden einstürmt. Das allein scheint ein Kampf gegen Windmühlenflügel, wenn man der Einschätzung zustimmt, dass die Jugend heute nicht mehr nur „mit Medien“, sondern „in Medien“ aufwächst. Im Oktober 2009 veranstaltete „Sichtwechsel“ neuerlich eine Tagung in Berlin, die sich speziell der Mediatisierung von Kindheit widmete.

Inhaltlich wurden Fragen von Werteerziehung und Sinnfindung in der Kindheit, die Wirkung audiovisueller Medien auf die Charakterbildung von Heranwachsenden, die Macht (bewegter) Bilder und der Einfluss von Social-Network-Communities auf Jugendliche erfasst. Bedenkenswertes enthielt das Einführungsreferat von Prof. Barbara v. Meibom, die u.a. anregte, über den durch Medienkonsum forcierten „permanenten Mangel an Nähe und Kontakt“ bei Kindern nachzudenken, der es ihnen später womöglich erschwere, „friedfertig und aktiv“ Verantwortung für diese Gesellschaft zu übernehmen. Als der Kunstpädagoge Prof. Jochen Krautz seine These, dass die Game-Industrie und das Militär eng verknüpft sind, mit Video-Vergleichsbildern von Luftangriffen der US-Army in Afghanistan und verblüffend ähnlichen Sequenzen aus dem Computerspiel „Call of Duty“ demonstrierte, hätte man die sprichwörtliche Stecknadel zu Boden fallen hören können. Viel Beachtung gab es auch für den Medienpsychologen Dr. Rudolf H. Weiß, der seine mit zwei Koautoren 2008 publizierten Ergebnisse einer Längsschnittstudie unter 13-Jährigen vorstellte. Alarmierende Resultate: Mehr als die Hälfte der befragten knapp 14-jährigen Jungen bekundeten Erfahrung mit dem weit verbreiteten, aber nicht für Jugendliche zugelassenen Computerspiel „Grand Theft Auto IV“ (GTA). Das „Killerspiel“ dürfte den Herstellern über eine Milliarde Dollar eingespielt haben. Ein nicht geringer Teil der Pubertierenden (etwa 13 Prozent der Gymnasiasten) erklärte, sich die erst ab 18 freigegebene Software selbst im Geschäft gekauft zu haben; ein ebenfalls beachtlicher Prozentsatz bekam sie ausgerechnet von der Mutter. Fazit: Der Konsum von Mediengewalt bewirke die spätere Gewalttätigkeit von Schülern stärker als andere Risikofaktoren wie Clique, Schule, Elternhaus oder Persönlichkeit. Ausführlicher: „Je häufiger Schüler während der Kindheit, also im Grundschulalter, Horror- und Gewaltfilme anschauen und je mehr sie sich mit gewalthaltigen elektronischen Spielen … in der beginnenden Adoleszenz beschäftigen, um so höher sind ihre Gewalttätigkeit in der Schule und ihre Gewaltkriminalität im Alter von 14 Jahren.“ Weiß sprach davon, dass die Studie vielfach ignoriert oder die festgestellte Kausalität – nicht nur in der „Gamer-Szene“ -geleugnet werde. Eine gängige Argumentation: Auch exzessive Spieler würden nur in tragischen, doch äußerst seltenen Ausnahmefällen gewalttätig.

Forderung nach Verboten

Nun sollte Widerspruch in solchen Fragen nicht grundsätzlich verwundern. Umso weniger, als Stellungnahmen des Vereins meist in prinzipielle Verbotsforderungen münden. „Ohne Verbote geht es nicht“, bekräftigte Regisseurin und „Sichtwechsel“-Sprecherin Leonija Wuss. Und die Resolution der diesjährigen Tagung verlangt explizit: „Sendungen, Filme, Videos, PC-Spiele, die nachweislich die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigen, dürfen aus ethischen Gründen weder produziert noch eingekauft oder ausgestrahlt werden.“ Adressaten solcher Forderungen – von „politischen und pädagogischen Gegnern“ spricht Weiß – sind zum einen die Politik und staatliche Instanzen, selbst die Bundeszentrale für politische Bildung. Ihnen gegenüber wird moniert, dass das Jugendschutzgesetz auch nach der Novellierung 2008 einem uneffektiven „Papiertiger“ gleichkomme – speziell, da die Ausführungsbestimmungen nicht entsprechend verschärft wurden. Zum anderen werden die Industrie, Film- und Fernsehproduzenten harsch kritisiert, die wirksamen Jugendschutz Marktgesetzen opferten und ihn „durch die freiwillige Selbstkontrolle“ gezielt unterliefen.

Der Tagungs-Appell an die Medien, sich stärker auf ihre Aufgabe zu konzentrieren, eine „Kultur des Friedens (UNESCO)“ zu fördern und sich die medialen Gefahren „für die Sinnfindung der Heranwachsenden“ vor Augen zu führen, trifft nach den Ereignissen von Winnenden, Ansbach und München-Solln sicher in breiten Teilen der Gesellschaft auf weiter sensibilisierte Ohren. – Doch wer, wie „Sichtwechsel“, will, dass nicht „die Verantwortung letztlich auf Eltern und Schulen abgeschoben wird“ und stattdessen „effektive politische Maßnahmen ergriffen werden“, der muss sich wohl für eine längere Wegstrecke rüsten, kräftigen Gegenwind aushalten und umso mehr nach Verbündeten suchen.

Mehrfach wurde auf der Tagung gegen „toxische“ Medieninhalte polemisiert sowie eine Haftung nach dem „Verursacherprinzip“ gefordert. Direkte, offensive und sachbetonte Auseinandersetzung blieb jedoch aus. Nicht nur Dr. Sabine Schiffer, Leiterin des Instituts für Medienverantwortung in Erlangen, beklagte einen „von interessierter Seite inszenierten Wissenschaftsstreit“, der Wirkmechanismen vom Gewaltmedien-Konsum „verschleiern“ solle. Opponenten eines derartigen Streits suchte man auf der Veranstaltung jedoch vergeblich. Ergebnisse ähnlich gelagerter Studien – etwa umfassende und aktuelle des anerkannten Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, das eben Auswertungen umfangreicher Schülerbefragungen zur Computerspielabhängigkeit vorgelegt hat (www.kfn.de, Forschungsberichte 107 und 108, 2009) – wurden auf der Tagung nicht erörtert. Noch irritierender: Der Jugendschutzbeauftragte von Sat.1, der aus dem Plenum Widerspruch zu vorgebrachten Thesen anmeldete, konnte sich nur mit Mühe Redezeit und ▶

Gehör verschaffen. Auch die beiden Fachfrauen Christiane v. Wahlert, Geschäftsführerin der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft, sowie Inge Mohr, Jugendschutzbeauftragte des RBB, hatten keinen leichten Stand, als auf dem Podium – gemeinsam? – über „Wege zu einem optimalen Medienangebot im Hinblick auf die Heranwachsenden“ debattiert werden sollte. Mohr löste mehr als Verblüffung aus, als sie von ihrem „guten Gewissen“ bei der Erfüllung des gesetzlich fundierten Auftrages sprach. Wahlert, die ein „Vollzugsproblem des Staates“ bei der Einhaltung von Verboten einräumte und erklärte, dass „Medienverwahrlosung per Gesetz nicht beizukommen“ sei, lieferte den Organisatoren quasi eine Steilvorlage zu lösungsorientierter Debatte. Genutzt wurde sie nicht. Das Gros der Teilnehmer schien vordergründig auf Selbstbestätigung aus. Da bleibt im löblichen und notwendigen Ringen um gewaltfreiere Medien nur eines zu wünschen: ein Sichtwechsel. *neh* ■

Kosten der Nähe

Schweriner Landtag diskutiert ersten Medienbericht

Der Schweriner Landtag diskutierte am 21. Oktober über den ersten Bericht zur Entwicklung der Medienlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Nach einer einstündigen Debatte am Abend folgten die Abgeordneten aller demokratischen Fraktionen dem Antrag der CDU, den Medienbericht zur weiteren Beratung in den Innenausschuss zu überweisen. Dort soll vor allem beraten werden, welche Maßnahmen der Gesetzgeber ergreifen kann, um die Entwicklung von Presse, Rundfunk und Online zu sichern. Die Initiative „Qualität und Vielfalt sichern“ dringt auf eine Überarbeitung des Landespressegesetzes.

Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) bekräftigte bei der Vorstellung des vom Landtag angeforderten Berichts die zentrale Bedeutung der Presse für die Demokratie und benannte „bedenkliche Entwicklungen“ der letzten Jahre: Weniger Mitarbeiter, Zusammenlegung von Redaktionen, Arbeitsverdichtung, mehr freie Journalisten und Verlagerung von Geschäftsteilen seien dazu nur einige Stichworte. „Bei allem Verständnis dafür, dass Zeitungen wirtschaftlich arbeiten müssen, ist es wichtig, dass Synergien nicht auf Kosten der Nähe zum Geschehen gehen, dass Vielfalt und Qualität nicht darunter leiden“, sagte der Ministerpräsident. Er hob hervor, dass die Stärke der Regionalzeitungen gerade in der Verankerung vor Ort besteht und forderte die Abgeordneten auf: „Lassen Sie uns darüber nachdenken, wie wir eine vielfältige und qualitativ hochwertige Medienlandschaft in unserem Land sichern.“ Dem Aufruf schloss sich Andreas Bluhm (Linke) mit einem engagierten Plädoyer für eine Verbesserung des Medienberichts an: Es genüge nicht, sich auf allgemein zugängliche Quellen zu stützen. Es müssten durch eine unabhängige Instanz, mit wissenschaftlichen Mitteln Daten erhoben und vorhandene Angebote bewertet werden, um ein vollständiges Bild zu gewinnen. Die Überarbeitung des Landespressegesetzes sei angesichts immer offenkundiger werdender Qualitätsmängel geboten, um durch eine „Kultur der Mitsprache und Mitwirkung“ den Journalisten den Rücken zu stärken.

Trotz einzelner Defizite bewertete Armin Jäger (CDU) das Papier als gute Grundlage für die weitere Diskussion. Er wandte sich nachdrücklich gegen staatliche Eingriffe in die Presse, bilanzierte aber gleichzeitig Handlungsbedarf bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Eine Transparenz über Besitz- und Beteiligungsverhältnisse in einer allgemein verständlichen Form sei ebenso unerlässlich wie ein verbesserter Schutz geistigen Eigentums. Impulse in der Ausbildung sieht der CDU-Mann als Möglichkeit, etwas für die Qualität der Berichterstattung zu tun.

Ute Schildt (SPD) unterstrich die Forderung nach „angemessenen Arbeitsbedingungen“, die durch Tarifverträge geregelt seien. Wenn Mecklenburg-Vorpommern durch den Verlust an Arbeitsplätzen in der Medienbranche weiter zur reinen Konsumentenregion degradiert werde, drohe eine eintönige Zeitungslandschaft durch ein „billig produziertes Einheitsangebot“. Sie betonte die Bedeutung des regionalen Blickwinkels auf überregionale Themen, was entsprechende Kompetenz vor Ort voraussetze.

Die Partner der Initiative „Unser Land braucht seine Zeitungen. Qualität und Vielfalt sichern.“ haben die Entscheidung des Landtags begrüßt. Den Bericht zur Medienlandschaft und die Beratungen im Innenausschuss sehen sie als wichtige Schritte zum überfälligen größeren Engagement der Politik für die Sicherung der regionalen Presse. „Die Gefahren für Qualität und Vielfalt in Form von weiter zunehmender Konzentration, Personalabbau und Ausgliederungen sind benannt“, erklärte Ernst Heilmann, vom ver.di-Landesbüro. *Herbert Steinfort* ■

Kommentiert

Meilenstein

In der Kürze liegt die Würze? 24 Seiten für einen Abriss über die Entwicklung der kompletten Medienlandschaft Mecklenburg-Vorpommerns in den vergangenen Jahren sind ein äußerst eng gesteckter Rahmen. Für einen genaueren Blick auf die Gefahren, die der zunehmende Verlust an Qualität und Vielfalt mit sich bringt, bleibt da kaum Platz.
Trotzdem ist das Papier für die von der Initiative „Unser Land braucht seine Zeitungen. Qualität und Vielfalt sichern.“ angestoßene Debatte ein Meilenstein. Zeigt es doch, wie ernst es um die Medien in Mecklenburg-Vorpommern steht. Drastischer Personalabbau bei der Schweriner Volkszeitung, Aufsplitterung des Nordkuriers in diverse Tochterverlage, Produktion großer Teile des Mantels der Ostsee-Zeitung in Lübeck sind deutliche Indikatoren. Ebenso alarmierend ist eine weitere Zahl, die der Bericht nennt: Zwischen 2004 und 2007 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Presseunternehmen um fast 14 Prozent gesunken. Gleiches gilt für die Auflagenentwicklung, ging doch bei den Regionalblättern die Zahl der verkauften Zeitungen pro 1000 Einwohner von 1996 bis 2006 um rund 30 Prozent zurück.
Dass es sich hier um einen sich gegenseitig verstärkenden Teufelskreislauf handeln könnte, sagt der Bericht nicht. Aber immerhin wird die kontroverse Debatte zu Medienlandschaft und Meinungsvielfalt in MV auf drei Seiten skizziert. Ebenso knapp beleuchtet der Bericht die Bereiche Rundfunk, Fernsehen, Anzeigen-Blätter und Online-Portale. Tenor: Die Breite der Medienangebote in Mecklenburg-Vorpommern habe in den letzten Jahren zugenommen. Die Verflechtung von Zeitungsverlagen mit den Privatsendern, zum Beispiel über die MV Beteiligungsgesellschaft, wird allerdings nicht thematisiert. Gleiches gilt für die zum Teil erheblichen Schwächen dieser Angebote.
Fazit: Aller Anfang ist schwer, zumal die Verfasser keine eigenen Landesdaten für den Medienbereich zur Verfügung hatten. Der Bericht fußt daher ausschließlich auf öffentlich zugänglichen Quellen. *Stein* ■

Foto: Hannes Jung

Treffpunkt in den Pausen: Die „Ausstellung am Bauzaun" der teilnehmenden Fotografen gab Einblicke in ihre Arbeit und regte zur Fachdiskussion an

Fallstricke

„Grenzüberschreitungen": Dritter dju-Fotografentag in Hannover

Kein rosiges Bild für Fotografen zeichnete Rolf Nobel, Professor für Fotojournalismus, beim dritten Fotografentag der dju an der Fachhochschule Hannover. Er konstatierte eine Krise bei den Bild- und Nachrichtenagenturen, mehr Klagen gegen Fotografen und die zunehmenden Versuche der Verlage, juristische Risiken auf die Bildjournalisten abzuwälzen. Deshalb lag der Schwerpunkt dieses Jahr bei den rechtlichen Fallstricken, die der fotografische Alltag bereit hält – nicht nur für Paparazzi, die Prominente „abschießen". Unter dem Titel „Grenzüberschreitungen" stand, so dju-Bundesgeschäftsführerin Ulrike Maercks-Franzen, der „Otto Normalmensch" im Vordergrund.

„Mein Gesicht gehört mir – immer?" fragte ver.di-Rechtsanwalt Wolfgang Schimmel, der die Interessen der dju / ver.di-Mitglieder bei Verhandlungen und Prozessen rund um das Presse- und Urheberrecht vertritt. Dabei baue die Rechtsprechung, wer wann wie aufgenommen werden und wessen Bild veröffentlicht werden darf, auf Einzelfallentscheidungen auf. Immer weniger werde mit dem Begriff der „absoluten oder relativen Person der Zeitgeschichte" argumentiert, so Schimmel. Erst jüngst hat der Bundesgerichtshof ein „Generalverbot", die Kinder von Franz Beckenbauer zu fotografieren, abgelehnt. Auch bei minderjährigen Kindern von Prominenten seien Situationen denkbar, in denen das öffentliche Interesse größer sein könne als der Schutz der Privatsphäre und ein Pauschalverbot eine „nicht hinnehmbare Beeinträchtigung der Äußerungs- und Pressefreiheit" darstelle (Aktenzeichen VI ZR 314/08, 315/08). Der BGH entschied damit anders als zuvor Landgericht und Oberlandesgericht Hamburg.

Das in solchen Prozessen bemühte „Recht am eigenen Bild" stammt aus dem Kunst-Urheberrechtsgesetz von 1907. Dort sind im § 22 die Bedingungen für eine erlaubte Veröffentlichung und im § 23 die Ausnahmen festgelegt. Eine neue Regelung dazu gibt es im § 201a des Strafgesetzbuchs. „Mit dem § 201a wird die Schutzschwelle nach vorn verschoben", warnte Schimmel, denn dieser setze schon bei der Aufnahme, nicht erst bei der Veröffentlichung als strafbarer Tat an.

Gemeinsam Rechte erstreiten

Eine Strafanzeige sei in solchen Auseinandersetzungen aber selten. Für den Kläger ist ein Zivilverfahren attraktiver, denn nur hier kann er Schmerzensgeld erreichen. Daher verklagen die Betroffenen auch lieber Verlage als einzelne, wenig betuchte Fotografen, da dann größere Summen zugesprochen werden. Es sei aber zu beobachten, dass die Verlage immer häufiger versuchten, die Fotografen anschließend in Regress zu nehmen.

Für Fotografinnen und Fotografen ist es wichtig, dass auch bei einer Einwilligung diese nur für die konkrete Veröffentlichung gilt, nicht jedoch für andere journalistische oder werbemäßige Kontexte. Allerdings ist das für den Einzelnen zunehmend schwieriger zu kontrollieren bei Verlagen, die sich in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) die beliebige Wiederverwertung der Aufnahmen ohne eigenes juristisches Risiko zu sichern versuchen. Dagegen helfe nur ein möglichst hoher Organisationsgrad der Fotografen, mahnten Nobel und der Sprecher der AG Fotografen in der dju, Peter Giefer.

Die Debatte um Verbote im Bildjournalismus erweiterte Professor Christian Donle, der die Journalistenverbände im Prozess gegen die neuen AGBs des Springer-Verlags vertritt sowie im Rechtsstreit mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, die es Fotografen untersagen will, Bilder der von der Stiftung verwalteten Anwesen kommerziell zu nutzen. In seinem Referat führte er den Begriff der „Panoramafreiheit" ein, um die es im Streit mit der Stiftung geht, und erklärte weitere Facetten von Urheberrecht, Eigentumsrecht und Geschmacksmuster. So darf das Foto einer Skulptur von Picasso, die in einer öffentlichen Ausstellung steht, nicht ohne Erlaubnis der Fondation Picasso zur Ausstellungsankündigung in der Zeitung benutzt werden. Dieser Streit wanderte ebenfalls bis zum BGH, die Fondation bekam Recht. Auch Architekten gelten als Urheber. Welche Gebäude dürfen also fotografiert werden? Der Berliner Hauptbahnhof jederzeit und auch der Reichstag. Letzterer allerdings nur noch mit Genehmigung, wenn Christo ihn verpackt hat, da dies kein „bleibendes Werk", sondern ein vorübergehendes ist. Schwierig ist die Lage auch, weil es einander widersprechende Urteile gibt, ob das Fotografieren eines Gebäudes von öffentlichem Grund einen Eingriff in das Eigentumsrecht des Besitzers darstellt, erklärte Donle.

Um die Sache noch komplizierter zu machen, gibt es als dritte Regelung noch das „Geschmacksmuster", das gegen geringe Gebühr angemeldet werden kann. Rund 100.000 neue Geschmacksmuster kommen pro Jahr dazu, unterstrich Donle. Ein bekanntes Beispiel des Fotografierverbots wegen der Berufung auf Geschmacksmuster ist die Deutsche Bahn mit ihren ICE-Zügen. Bei all diesen komplexen Sachverhalten war es kein Wunder, dass die Referenten auch in den Pausen mit Fragen bombardiert wurden.

Dagegen erschienen die Ausführungen Stefan Sobottas zu den crossmedialen Möglichkeiten für Fotojournalisten, in denen er auf inhaltliche und auch technische Ausrüstungsfragen einging, beruhigend klar und eindeutig. Er zeichnete eine positive Zukunftsperspektive für Audioslides und Multimediaproduktionen, die in anderen Ländern bei den Verlagen bereits gut zahlende Abnehmer fänden, und empfahl: „Ausprobieren, üben, spielen und experimentieren". Der Aufwand für wenige Minuten kurze Produktionen kann groß sein, räumte Sobotta ein und empfahl bei der Auswertung des Materials: „Weglassen ist eine ganz wichtige Nummer." Die Ergebnisse seiner Experimente sind unter http://www.multimedia-journalist.com/ zu finden. *Susanne Stracke-Neumann* ■

Sinkende Perspektiven

Trotz besserer Hilfsmittel weniger Arbeitsmöglichkeiten für blinde Kollegen

Trotz häufig attestierter hervorragender Leistungen und hart erkämpfter Rechte wie zum Beispiel das Benachteiligungsverbot in Artikel 3 des Grundgesetzes und der Konkretisierung dieses Verbotes im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz haben Menschen mit schwersten Behinderungen es immer schwerer qualifizierte Arbeitsmöglichkeiten zu bekommen.

„Darf ich Sie etwas fragen?“ „Ja, bitte.“ „Wie können Sie, ohne zu sehen, als Journalist arbeiten?“ So beginnt sehr oft das Gespräch mit den wenigen blinden Frauen und Männern, die den Journalistenberuf ausüben. Nicht anders ergeht es blinden EDV-Fachleuten, Programmiererinnen oder Programmierern. Die Frage ist verständlich, weil trotz ständiger Öffentlichkeitsarbeit der Selbsthilfeverbände nicht viele über die Bildungs-, Berufs- und Arbeitsmöglichkeiten nichtsehender Menschen Bescheid wissen.

Blinde können seit der Erfindung der aus sechs tastbaren Punkten bestehenden Schrift des erblindeten Franzosen Louis Braille im Jahr 1825 selbstständig schreiben und lesen. Bis der Computer die Schreibmaschine ablöste, schrieben sie darauf mit zehn Fingern Berichte, Briefe, etc. in Normalschrift. Zum Korrigieren brauchten sie freilich die Hilfe Sehender. Software, die den Bildschirm-Inhalt mit einer künstlichen Stimme gut verständlich vorliest oder auf einer nach Louis Braille benannten Zeile unterhalb der PC-Tastatur in Blindenschrift wiedergibt, ermöglicht den Menschen ohne Augenlicht die Benutzung des Computers.

Also können wir blinde Journalistinnen und Journalisten unsere Meldungen, Berichte, Reportagen und Kommentare ohne fremde Hilfe produzieren und auch im Rundfunk ansprechend präsentieren. Kleine Kassettenrecorder machten bis vor wenigen Jahren auch blinden Journalisten Tonaufnahmen möglich. Damit konnten wir Veranstaltungen mitschneiden, Interviews führen und Reportagen machen. Wie die sehenden Kolleginnen und Kollegen überspielten wir mit Unterstützung der Technikerinnen und Techniker in Funkhäusern die Originaltöne, sprachen die Zwischentexte und machten sie fertig zur Sendung. Über Veranstaltungen bis in den späten Abend berichtete ich über das Telefon in die Stenoaufnahmen der Zeitungen und der Nachrichtenagentur dpa. In den aktuellen Informationsprogrammen am frühen Morgen trug ich die Fakten und Ergebnisse im Gespräch vor.

Internet und digitale Technologien haben in den letzten Jahren die journalistische Arbeit grundlegend verändert. Nachrichtenaufnahmen gibt es kaum noch. Technikerinnen und Techniker werden immer mehr eingespart. So muss man Meldungen und Berichte per E-Mail direkt in die Redaktionen schicken. Die Rundfunkanstalten erwarten für die Sendungen auch in den frühesten Morgenstunden fertige Beiträge über die Ereignisse am späten Vorabend und in der Nacht. Das bedeutet, die Reporterinnen und Reporter müssen zu der Veranstaltung fahren, dort Originaltöne einfangen, sie in der Nacht zuhause oder im Büro zurechtschneiden, die Zwischentexte schreiben, den Beitrag am PC produzieren und ihn sendefähig ins Studio mailen.

Für Beschäftigungspflicht

Diese Leistung können blinde oder stark sehbehinderte Menschen – wenn überhaut – nur mit Hilfe einer Assistenz-Kraft erbringen. Zudem müssen ihre Computer-Programme rasch an die rasant fortschreitende Veränderung der Technologien in den Medien angepasst werden.

Der Zwang zum Sparen und Rationalisieren bestimmt auch in Funk- und Zeitungshäusern seit Jahren das Geschehen. Deshalb stellen die Verantwortlichen, Menschen mit schweren Behinderungen wie blinde Journalistinnen und Journalisten, die bei ihrer Arbeit Assistenz brauchen, trotz hoher beruflicher Qualifikation nicht ein. Und dies obwohl das Sozialgesetzbuch IX, in das das frühere Schwerbehindertengesetz aufgegangen ist, die Bezahlung der Hilfskräfte am Arbeitsplatz aus dem Topf der Ausgleichsabgabe vorschreibt. Darin müssen Betriebe und Verwaltungen mit 20 und mehr Arbeitsplätzen monatlich einen Betrag zwischen 103 und 260 Euro einzahlen, wenn sie nicht mindestens 5 Prozent ihrer Jobs mit schwerbehinderten Menschen besetzen. Bei einem Prozent Beschäftigung beträgt die Abgabe je nicht besetzte Stelle 260 und bei 4 Prozent Beschäftigung 103 Euro. Die meisten Hilfen und Hilfsmittel für schwerbehinderte Beschäftigte werden zur Entlastung der Arbeitgeber nur aus der Ausgleichsabgabe, die die Integrationsämter und die Bundesagentur für Arbeit verwalten, bestritten. Aber auch diese ist nicht unendlich. Mit Recht verlangen daher die Gewerkschaften, Selbsthilfe- und Sozialverbände die Rückkehr zur früheren Beschäftigungspflicht der Betriebe und Verwaltungen von mindestens 6 Prozent und die jährliche Dynamisierung der Ausgleichsabgabe. Die freiberuflich tätigen Journalistinnen und Journalisten müssen etliche Abnehmer haben, um ein ausreichendes Gehalt einer Hilfskraft vom Integrationsamt überwiesen zu bekommen. Aber Aufträge sind für alle Freien knapp. Für jene mit einem Handicap erst recht.

Trotz der beschriebenen Grenzen, die das Fehlen der Sehkraft unserer journalistischen Tätigkeit setzt, gibt es genug Felder, die wir beackern können. Wir können den Inhalt einer Diskussion, deren Nuancen wir herausgehört haben, treffend wiedergeben und kommentieren. Mit feinem Gehör können wir bei Interviews neben den Antworten aus der Stimme auch viel über die augenblickliche Befindlichkeit des Interviewten erfahren und – mit der gebotenen Sensibilität – durch Anmerkungen zum Ausdruck bringen. Von unseren Arbeit- oder Auftraggeberinnen können und dürfen wir kein Mitleid verlangen! Aber wenn sie auf unsere Situation Rücksicht nehmen und die erforderlichen Hilfen für uns ermöglichen, kann das für alle ein Gewinn sein. *Keyvan Dahesch* ■

Braillezeilen – ein Computerhilfsmittel. Sie geben die Informationen des Bildschirms in der Blindenschrift aus. Höhenverstellbare Stifte stellen die zu ertastenden Braillepunkte dar.

Foto: Mark Pfeiffer

Fotos: Bernd Lammel

dpa-Chefredakteur Wilm Herlyn (li.) und Medienwissenschaftler Prof. Volker Lilienthal

Qualität auch in der Krise

Fünftes IQ-Herbstforum diskutierte über journalistische Perspektiven

Die journalistische Qualität ist bedroht: von rigiden Sparprogrammen der Verlage und Sender im Gefolge der wirtschaftlichen Rezession, von der Gratiskonkurrenz aus dem Internet, von der Beschleunigung der Nachrichtenproduktion. So lautete das wenig ermutigende Fazit der Experten beim Fünften Herbstforum der Initiative Qualität (IQ) am 19. Oktober in Berlin.

Professor Volker Lilienthal von der Uni Hamburg zeichnete eingangs ein düsteres Bild von der Situation in der Printmedienbranche: Anzeigenkrise, nachlassendes Kaufinteresse der Medienkonsumenten und Sparmaßnahmen, die gegenwärtig bei vielen Verlagen in „rabiate personelle Abbauprozesse“ und „kostensparende Redaktions- oder Inhalte-Fusionen“ mündeten. Beispielhaft nannte er die aktuellen Vorgänge bei *Berliner Zeitung, Frankfurter Rundschau* und der Südwestdeutschen Medienholding. Diese Prozesse gingen auf Kosten der Qualität. Unter den aktuellen Bedingungen, so fürchtet auch Lilienthal, werde der Markt diese Entwicklung kaum korrigieren können. Die Anzeigenumsätze befinden sich in freiem Fall. Zugleich suchen die Verleger nach wie vor händeringend nach validen Geschäftsmodellen im Internet. Ob künftig eine ausreichende Anzahl von Nutzern bereit sein werde, für Qualitätsinhalte im Netz zu zahlen, sei weiterhin unklar. Für denkbar hält Lilienthal daher eher eine staatlich verordnete Kulturflatrate. Also ein Obolus, erhoben bei Internet-Dienstleistern, die an den journalistisch erarbeiteten Inhalten mitverdienen. Diese Mittel könnten nach einem VG-Wort- oder GEMA-Modell an die Produzenten von Qualitätsinhalten verteilt werden.

Für weniger gelungen hält der Medienwissenschaftler Vorschläge, wie sie beispielsweise in den aktuellen „Medienpolitischen Thesen der CDU“ im Hinblick auf den privaten Rundfunk gemacht werden. Die Technikförderung für Privatsender durch die Landesmedienanstalten, so heißt es darin, solle „kostenneutral um eine Qualitätsförderung ergänzt werden“. Davon halte er schon deshalb nichts, weil das indirekt auf eine Quersubventionierung des Privatfunks aus öffentlich-rechtlichen Rundfunkgebühren hinauslaufe. Außerdem habe auch in den Landesmedienanstalten das Qualitätsbewusstsein sehr nachgelassen.

Der Informations-Overkill im digitalen Zeitalter überfordert das Publikum, konstatierte Peter Lange, Chefredakteur des gastgebenden Deutschlandradio Kultur. Das Internet habe die Medien zwar ihrer Gatekeeper-Funktion beraubt, weise ihnen aber neuerdings als Orientierung schaffenden „pathfinder“ eine umso größere Verantwortung für den demokratischen Kommunikationsprozess zu.

Kein Verzicht auf Agenturen

Bei der Bewertung, was Qualität ist, lagen die Teilnehmer des Panels „Agenturen und Autoren als Garanten der Qualität“ erwartungsgemäß nicht weit auseinander. Sorgfältige und ausgewogene Berichterstattung, Storytelling, investigativer Journalismus, Glaubwürdigkeit, Pflege der eigenen Community, multimedial für die jeweiligen Publika aufbereiteter Content, mehr Personal auch für exklusive und besondere Inhalte – vieles klang angesichts der zuvor gehörten Gegenwartsanalyse eher wie ein der Wirklichkeit entrückter Wunschzettel. Der scheidende dpa-Chefredakteur Wilm Herlyn sagte, die Zukunft seiner Agentur liege in der Kombination von nachrichtlicher Basisversorgung und Hintergrund, Analyse, Autorenstücken sowie Spezialdiensten für besondere Publika. Während Horst Seidenfaden, Chefredakteur der *Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen* („Es geht prima ohne dpa, aber mit dpa geht es noch besser“) einen qualifizierten dpa-Basisdienst zur Grundversorgung und Themenfindung für ausreichend hält, mag Peter Stefan Herbst, Chefredakteur der *Saarbrücker Zeitung* auf originelle Autoren-Stücke der Agenturen nicht verzichten.

Die Gratiskultur des Internet ist einerseits eine Bedrohung, andererseits ein wichtiges Kommunikationsinstrument der etablierten Medien. Als eindeutige „Bereicherung des Journalismus“ empfindet „netzeitung“-Chefredakteurin Domenika Ahlrichs die interaktiven Möglichkeiten des Internets. Im Netzzeitalter werde auch der Leser verstärkt eingebunden und zu mehr Eigenaktivität angehalten. Auf diese Weise entstehe „mehr Nähe zwischen Medium und Nutzer“. Für Petra Werner, Hochschullehrerin für Online-Journalismus an der FH Köln, können Web-2.0-Angebote die klassischen Nachrichtenmedien nicht ersetzen. Allerdings setzt auch sie auf die Dialogfähigkeit des Netzes und die Vorteile einer größeren Leserbindung. Wo der Bürger selbst journalistisch aktiv werde, erfordere es redaktioneller Filter zur Qualitätssicherung und Einhaltung medienethischer Grundsätze, sagte Norbert Schneider, Direktor der Landesanstalt für Medien (LfM) in NRW.

Seit Anfang 2009 ist der Deutsche Presserat auch für die Online-Auftritte der Printmedien verantwortlich. Was die publizistischen Inhalte im Internet angeht, so unterschieden sich die Beschwerden des Publikums wenig von denen bei herkömmlichen Printmedien, bilanzierte Fried von Bismarck, Verlagsleiter von „Spiegel Online“ und Mitglied des Deutschen Presserates. Ob anlog oder digital – bei der Berichterstattung über den Amoklauf von Winnenden fiel das Urteil vieler Mediennutzer gleichermaßen kritisch aus.

IQ-Sprecherin Ulrike Kaiser forderte die Unternehmen der Medienbranche auf, ausreichend Ressourcen zur Absicherung von redaktioneller Qualität und Unabhängigkeit zur Verfügung zu stellen. Dazu gehöre auch eine qualifizierte journalistische Ausbildung. *kel* ■

Peter Stefan Herbst, Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung (re.) und Johannes Bruckenberger, stv. Chefredakteur, APA Wien (li.)

Foto: Joachim E. Roettgers/GRAFFITI

Proteste gegen weiteren Stellenabbau in Stuttgart

Zeitung oder Weichkäse?

Koste es, was es wolle – SWMH will mit Brachialgewalt Kosten drücken

„Die Medienhäuser haben die Dramatik der Krise erkannt. Sie handeln – an einigen Stellen sogar sehr radikal." So äußerte sich bei den Medientagen in München Markus Kreher von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, die 80 Verlagsmanager zu ihrer aktuellen wirtschaftlichen Lage befragt hatte. Laut der dabei herausgekommenen Studie sehen die Befragten großes Sparpotential vor allem in der Zusammenlegung von Redaktionen. Das gelte sowohl für ausschließliche Printredaktionen wie auch für Print und Online. Das würden rund die Hälfte der Verlagshäuser derzeit tun. Ganz vorne dabei: die Südwestdeutsche Medienholding (SWMH).

Ausstiegswillige Redakteurinnen und Redakteure der *Stuttgarter Zeitung* erhalten in diesen Tagen Abfindungsangebote. Je nach Altersstufe sollen zwischen 55.000 und 80.000 Euro gezahlt werden, plus einer individuellen Summe in Höhe von 0,75 Prozent des Jahresgehaltes pro Beschäftigungsjahr. Gerhard Manthey, ver.di-Fachgruppenleiter in Baden-Württemberg, berichtet, viele Kolleginnen und Kollegen erkundigten sich bei ihrer Gewerkschaft nach steuerlichen Problemen, Versorgungswerk der Presse und gesetzlicher Rente oder Arbeitslosengeld, Überbrückungsdarlehen und freier journalistischer Arbeit. Manthey: „Die Stimmung unter den Kolleginnen und Kollegen ist sehr schlecht."

Von den 17 gekündigten Redakteuren von *Sonntag-Aktuell* (siehe M 8–9.2009) sind inzwischen vier zu den *Stuttgarter Nachrichten* gewechselt. Das Blatt kann sich derzeit zu den „Gewinnern zählen – doch solch eine Auffassung ist trügerisch", findet Manthey. Seit Anfang November wird der Mantelteil für die Zeitungsgruppe Hof-Coburg-Suhl von den *Stuttgarter Nachrichten* produziert. Und gerade wurden vier Stellen für die künftige Text-Zulieferung für *Sonntag-Aktuell* ausgeschrieben. Das Sonntagsblatt wird ab Beginn des neuen Jahres ebenfalls von den Nachrichten produziert.

Verlag und Redaktion der *Süddeutschen Zeitung* müssen bis Ende nächsten Jahres 10 Millionen Euro einsparen, wurde den 1.100 Beschäftigten auf einer turbulenten Betriebsversammlung Ende Oktober in München mitgeteilt. Es werde auch zu betriebsbedingten Kündigungen kommen, schrieb das Blatt tags darauf in eigener Sache. Betriebsräte und ver.di kündigen Gegenwehr an. Noch hofft man, mit Alternativvorschlägen Kündigungen vermeiden zu können. Entsprechende Arbeitsgruppen wurden vom Betriebsrat eingerichtet.

„Dieses Sparprogramm gefährdet die Qualität des Blattes" soll Teilnehmern zufolge Chefredakteur Hans-Werner Kilz in Richtung Verlagsgeschäftsführer Detlef Haaks gesagt haben. Die Belegschaft habe bereits ein Sparpaket in Höhe von 20 Millionen Euro umgesetzt und im laufenden Jahr hätten bereits 90 Leute das Haus verlassen. „Mehr geht nicht", so die Meinung vieler Versammlungsteilnehmer. Das Problem mit einbrechenden Anzeigenerlösen, mit dem die Geschäftsführung das neuerliche Sparprogramm begründet, sei doch schon „seit Jahren bekannt, aber mit kreativen Ideen befassen sich die Herren wohl nicht", sagte ein Redakteur.

Nach dem Willen des Managements der mit werktäglich rund 430.000 verkauften Exemplaren auflagenstärksten überregionalen Tageszeitung der Republik sollen bis Ende des kommenden Jahres 60 Beschäftigte in Redaktion und Verlag das Haus verlassen. Die anvisierte Einsparsumme in Höhe von 10 Millionen Euro entspricht in etwa den Verlusten, die der Verlag im laufenden Geschäftsjahr erwartet. Im Geschäftsjahr 2007/08 wurden nach Angaben von ver.di noch 70 Millionen Euro Gewinn erwirtschaftet. Die werden womöglich in Stuttgart, dem Sitz der SWMH, gebunkert. Ende des Jahres 2007 erwarb das in 614 Einzelbeteiligungen verschachtelte Unternehmen zu 81,25 Prozent den Süddeutschen Verlag samt Zeitung für etwa 700 Millionen Euro.

Auf der Betriebsversammlung wurde laut vermutet, die Beschäftigten müssten nun den Verkauf mit „Opfergaben reinvestieren". Für viel Unmut sorgte Haaks mit der Ankündigung, „auf jeden Fall" müsse der Verlag im Jahre 2010 wieder in die Gewinnzone kommen. „Das geht nur mit Brachialgewalt" entgegnete der bayerische ver.di-Mediendekretär Karlheinz Kaschel-Arnold. Weiter monierte der ver.di-Mann,

Mehr als 300 Kollegen aus Redaktion, Verlag und Druckerei protestierten vor dem Konzernhochhaus des Süddeutschen Verlages in München

Foto: Werner Bachmeier

wer so mit einer Belegschaft umgehe, wie das das Management derzeit tue, brauche sich nicht wundern, „wenn die Stimmung und die Motivation der Leute im Keller ist“. Kaschel-Arnold appellierte an die Eigentümer der *SZ*, sich „ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung“ bewusst zu sein – die Verleger erfüllten einen Auftrag, der im Grundgesetz festgeschrieben ist, die Meinungsfreiheit und -vielfalt zu sichern. „Eine Zeitung ist doch ein Kulturgut und keine Weichkäseproduktion.“

Die zwischen der *Abendzeitung (AZ)* und der *Süddeutschen Zeitung* vereinbarte Kooperation wird von der bayerischen dju begrüßt, wenn „tragfähige Konzepte für die Sicherung der *AZ* als selbständige, auf Qualität orientierte Boulevardzeitung gesucht und entwickelt werden“.

Die dju warnt jedoch vor einem blinden Sparprogramm. In der Einsetzung des neuen Geschäftsführers, der vor kurzem einen solchen Kurs in der Zeitungsgruppe Hof-Coburg-Suhl durchgepeitscht hat und nun den Kahlschlag bei der *SZ* üben will, sehen wir kein gutes Vorzeichen. Publizistische und gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen, bedeute, dass eine selbständige Zeitung mit einer Vollredaktion und einer eigenständigen Verwaltung erhalten bleibt, heißt es in der dju-Erklärung. „Kooperation darf nicht bedeuten, dass die Beschäftigten die Zeche zahlen und die wirtschaftliche Existenz der Mitarbeiter und ihrer Familien zerstört wird. Die publizistische Vielfalt in München ist zu sichern.“

Laut Mediendiensten soll es eine Zusammenarbeit in den Bereichen Redaktion, Vertrieb. Organisation und Internet geben. Mit dem Landeskartellamt wurde bereits verhandelt. In den vergangenen Monaten ist hinter den Kulissen lange über die Rettung der *Abendzeitung* gerungen worden.

Zu „5 vor 12“-Aktionen kam es am 15. Oktober an den SWMH-Standorten in Stuttgart, München und Suhl, an denen sich insgesamt 1.200 Kolleginnen und Kollegen beteiligten. „Personalabbau, Ausgliederung und Tarifflucht sei keine Lösung zur Bewältigung der Krise, war auf Flugblättern der Betriebsräte zu lesen. „Zu befürchten ist, dass in der Folge auch die Qualität der in den Konzernunternehmen erzeugten Produkte und Dienstleistungen leiden wird. Schlechte Produkte wiederum werden zu Absatz- und Umsatzrückgängen führen – so dreht sich die Spirale immer weiter nach unten.“ *Günter Frech* ■

Gegen Stellenabbau in Mecklenburg-Vorpommern

Mit einer spontanen Mahnwache haben Mitarbeiter der *Ostsee-Zeitung* am 2. November vor dem Tagungshotel der Madsack-Führungskräfte in Göhren-Lebbin bei Waren / Müritz gegen den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen in Mecklenburg-Vorpommern protestiert.

Der Madsack-Konzern ist wesentlicher Gesellschafter der *Lübecker Nachrichten* und ihrer 100prozentigen Tochter, der *Ostsee-Zeitung*. Anlass der Proteste waren bekannt gewordene Pläne, Teile der Verwaltung entgegen vorheriger Zusagen nach Leipzig zu verlagern und Mitarbeitern in Rostock zu kündigen.

Wegen der befürchteten Entlassungen hat ver.di nun die unterbrochenen Verhandlungen zu einem Sozialtarifvertrag wieder aufgenommen. Verlagerungen und Stellenstreichungen sind bei Madsack auch in Hannover sowohl im Anzeigenbereich als auch in den Redaktionen von *Neue Presse* und *Hannoversche Allgemeine Zeitung* anvisiert, vermeldete der Branchendienst Kontaker.

wen ■

Abb: buchmesse.de

Mobiles Lesen

Ermutigende Zeichen für den deutschen E-Book-Markt

Der E-Book-Markt zieht jetzt an, denn Handys werden immer lesefreundlicher. Neue Formate und Vermarktungskonzepte für E-Books werden gesucht, doch entscheidend für den Erfolg wird zunächst das richtige Pricing sein.

Google, Amazon, Apple – das sind die großen Namen, die die Verlagsbranche derzeit massiv verunsichern: Google strebt mit der Digitalisierung aller verwaisten Werke so etwas wie eine Mondlandung an. Amazon bestimmt mit seinem E-Reader Kindle, welche E-Books gelesen werden dürfen – und legt dafür noch den Preis für die elektronischen Buchversionen fest. Und Apple droht seinen Erfolg mit seinem Online-Musikladen iTunes nun auch in der Buchbranche zu wiederholen. Mit Blick auf die darbende Musikindustrie warnte Sarah Lloyd vom britischen Verlagshaus Pan Macmillan auf der Konferenz „Tools for Change for Publishing“ in Frankfurt die Verleger davor, zu lange mit einer Digitalstrategie zu warten, „sonst ist es zu spät.“ In Deutschland ist es nun der Buchkonzern Random, der alle Bücher parallel auch als E-Book auf den Markt bringt und dafür den gesamten Produktionsprozess umgestellt hat. Auch Holtzbrinck fängt jetzt damit an.

Fotos: Frankfurter Buchmesse / Amélie Losier

Sarah Loyd (oben) und Zuschauer (rechts) auf der „Tools of Change for Publishing“-Konferenz

Die Zeichen für den E-Book-Markt sind derzeit ermutigend: In Deutschland erscheinen laut dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels bereits 37 Prozent aller Neuerscheinungen entweder ausschließlich oder zusätzlich als E-Book. Insbesondere im Bereich der Fachbücher sind es sogar bereits 51 Prozent. Von den Backlist-Titeln liegen bereits 22 Prozent als E-Book vor. Dennoch steckt der E-Buchmarkt noch in den Kinderschuhen, meint O’Reilly-Manager Andrew Savikas: „E-Books dürfen nicht nur wie Printbücher sein. Wir müssen sie webfreundlich machen. Handys haben Ohren, Augen, einen Kompass und eine Web-Verbindung. Damit ergeben sich zahlreiche neue Möglichkeiten.“ Ein Beispiel für eine gelungene E-Book-Umsetzung präsentierte Savikas mit dem „iBird Explorer Pro“, einem elektronischen Vogelführer, der am Smartphone einzelne Vogelrufe abspielen und so direkt vor Ort bei der Identifizierung helfen kann. Eine andere Möglichkeit besteht darin, ein Buch öffentlich zu schreiben. Die Autoren von „Real World Haskell“ schrieben im Web – und luden die Leser ein, zu kommentieren. Sie erhielten während des Schreibens 7.500 Kommentare, 2.000 seit der Veröffentlichung. Das Werk wurde zu O’Reillys Besteller im letzten Jahr.

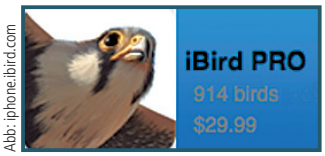


Abb: iphone.ibird.com

Abb: realworldhaskell.org

Handy-Experimente

Die Branche zeigte sich auf der Frankfurter Buchmesse jedenfalls optimistisch – weniger angesichts der wachsenden Zahl von elektronischen Lesegeräten wie Amazons Kindle, Sonys E-Reader oder dem neuen E-Reader der Berliner Firma txtr, sondern eher angesichts der immer größer und besser auflösenden Bildschirme von Smartphones. Allein für das iPhone mit seinem großen Display gibt es bereits sehr viele Anwendungen für das mobile Lesen, weiß Neelan Choksi von Lexcycle – eine 3-Personen-Firma, die für das iPhone die beliebte Lesesoftware Stanza entwickelt hat und die von Amazon dieses Jahr übernommen wurde. Bereits über 115.000 Bücher sind für das iPhone verfügbar, die Hälfte davon kostenlos. Auf Handy-Leser setzt auch das österreichische Unternehmen Blackbetty, das in Kooperation mit Vodafone mit 50 Bezahltiteln auf der Plattform „Vodafone Life“ durchstarten will. Der Autor Wolfgang Hohlbein wird für den Start wöchentlich mit einem Autorenteam neue und aktuelle Folgen für seine Fantasy-Serie Wyrm schreiben – kostenlos für Leser wie Anbieter – für alle Beteiligten ein Experiment.

Abb: lexcycle.com/stanza

Aus der Experimentierphase ist der chinesische E-Book-Anbieter Shanda Literature längst herausgewachsen. Auf der Buchmesse präsentierte Geschäftsführer Hou Xiaoqiang beeindruckende zahlen: 800.000 Autoren sind für die vier Websites von Shanda aktiv. 10.000 Autoren wurden bereits unter Vertrag genommen. 2008 setzte das Unternehmen bereits 10 Mio. Euro um, ein Zehnfaches des Vorjahres. Abgerechnet werden die gelesenen Seiten über ein Mobile-Payment-System, da die Leser die Bücher auf ihrem Handy lesen. Dabei dürfen sie die erste Hälfte eines Buchs kostenlos lesen, danach kostet jede Seite mit 1.000 Zeichen 2 bis 3 Cent. Je nach Vertrag erhält ein Autor 20 bis 50 Prozent. In Deutschland will die E-Book-Plattform BookRix Anfang 2010 mit einem ganz ähnlichen Konzept an den Start gehen. Gleichwohl sind es hier erst einmal nicht die Leser, die bezahlen, sondern die Autoren: Sie erhalten über ein Service-Paket von voraussichtlich rund 40 Euro nicht nur ein E-Book samt ISBN-Nummer, sondern auch die Möglichkeit, das Buch über Book-on-Demand als Printversion verkaufen zu können. Ob BookRix sich durchsetzen wird, wird nicht zuletzt auch an Shanda liegen. Shanda Literature kündigte auf der Buchmesse an, rasch nach Europa und in die USA expandieren zu wollen.

Wesentlich für die Kundenakzeptanz dürfte die Preisgestaltung sein. In den USA kosten E-Books durchschnittlich 10 $, da Amazon keine höheren Preise akzeptiert. Der Online-Buchhändler ist nach einer Analyse des US-Buchmarkts davon überzeugt, dass die Schmerzgrenze bei genau 9,99 $ liegt. Im Paperback-Bereich zahlen die Käufer durchschnittlich 14,15 $. Tomblyn: „Worin besteht dieser Preisunterschied? Natürlich aus dem, was dem Leser fehlt.“ Tomblyn meint, dass Verleger mit etwas Entschlossenheit alle Unterschiede in den Griff bekommen können: Zum einen haben E-Books eine andere Ästhetik als Bücher. Die Verleger müssten

Abb: adobe.com

Abb: lexcycle.com/stanza

Abb: theezreader.com

also ihre E-Books etwas schöner und nutzerfreundlicher gestalten als bisher. Zum anderen sollten sie keine E-Book-Dateiformate wie .mobi, .lrx, .azw, lit oder .djvu unterstützen, die längst tot sind, weil die sie entwickelnden Unternehmen sie nicht mehr unterstützen. Die Dateiformate sollten geräteneutral sein und über so etwas wie eine lebenslange Garantie verfügen. Noch ist hier keine Lösung gefunden, als besten Kompromiss bezeichnet Tombly daher das PDF-Format, das inzwischen auch zum offenen ISO-Standard geworden ist.

Tomblyn empfiehlt außerdem das Bundling aufzugeben: Bücher sollten nicht nur „am Stück“, sondern auch nur kapitelweise verfügbar sein. E-Books sollten schließlich verleihbar sein. Mit Digital-Rights-Management-Systemen wäre das umsetzbar, „man muss es nur wollen“, meint Tomblyn, der im „Leihen den Brennstoff für das Geschäft“ sieht. Bücher, die beispielsweise über die Vodafone-Life-Plattform verfügbar sind, sind nicht weiter verleihbar – obwohl sie teilweise denselben Preis wie die Printversion haben. Alle Bücher bleiben auf dem Handy, da der Rechteerwerb mit der Gerätenummer des Handys verknüpft wird.

Dass noch längst nicht alle Konzepte für das Digital-Rights-Management (DRM) gefunden sind, zeigt das Projekt Paperight.com des südafrikanischen Internetexperten Arthur Attwell. Er hat ein neues Print-on-Demand-Konzept entwickelt, das lokale Copyshops in dezentrale Print-on-Demand-Shops umwandelt. Studenten können etwa ihre Textbooks in einem Kopierladen ihrer Wahl drucken lassen, wobei über Paperight die Rechte an den Texten mit den Verlagen bereits abgeklärt sind. Sie entscheiden auch, wie viele Kapitel sie von einem Buch ausdrucken möchten. Der Kopiershop stellt damit nicht wie bisher eine nach dem Urheberrecht illegale Kopie her, sondern verkauft eine lizenzrechtlich abgeklärte Papierkopie. Teile der Einnahmen fließen an den jeweiligen Verlag zurück. Attwell: „Piraterie lässt sich managen. Es ist nur eine Frage des Geschäftsmodells.“ Er will damit um 25 Prozent billiger sein als die Verleger – den Verlegern aber dennoch ihren üblichen Anteil zukommen lassen. Ein erster Pilot startet in diesem Jahr in Capetown. Besonders groß ist das Interesse seitens Schulen und Universitäten.

Umsatzsteigerungen

Wie wichtig die richtige Preisgestaltung ist, zeigt sich am Beispiel des amerikanischen Computerbuch-Verlegers O’Reilly. Er reduziert seine Digital-Bücher teilweise um 80 Prozent – und erzielt trotzdem Umsatzzuwächse. Eine Kannibalisierung scheint es nicht zu geben: Vor 18 Monaten verzeichnete der O’Reilly-Verlag eine klare Wende: Seither verkauft er mehr E-Books als Printtitel, inzwischen verzeichnet er im E-Book-Bereich sogar einen doppelt so hohen Umsatz wie im Printbereich – bei Umsatzsteigerungen von über 50 Prozent. Das richtige Pricing wird letztlich auch über den Erfolg des neuesten E-Book-Projekt von Google entscheiden. Auf der Buchmesse kündigte der Suchmaschinenkonzern das Projekt „Google Edition“ an, das 2010 an den Start gehen und über etwa 500.000 Titel verfügen soll. Die Verleger schließen mit Google einen Vertrag ab. Ob sie ihre Bücher für den Download per DRM schützen, entscheiden sie selbst. Sie legen auch selbst die Preise fest, auf denen die Beteiligung von Google basiert: Google soll 37 Prozent des Umsatzes erhalten, dafür, dass es die Bücher im Netz leicht auffindbar macht. Google will die Plattform so gestalten, dass die Bücher von den Lesern auch öffentlich kommentiert werden können.

Christiane Schulzki-Haddouti ■

Die Vierjährigen im Blick

Kulturradios setzen auf regelmäßige Hörer und kulturelle Grundbildung

Im Rahmen des diesjährigen „PRIX EUROPA", angesiedelt beim RBB, fand am 23. Oktober in Berlin auch der „BERLIN SUMMIT", die jährliche Konferenz der europäischen Kulturradio-Manager statt. Dabei ging es um Programmstrategien, Hörerforschung und neue Plattformen zur Sicherung der Zukunft der europäischen Kulturwellen, die in der European Broadcasting Union (EBU) organisiert sind. M sprach mit Karl Karst, Programmchef von WDR 3 und Vorsitzender der EBU Culture Group.

M | *Wie sieht die aktuelle Situation der Kulturradios in Europa aus?*

KARL KARST | Stabil, weil die Bedürfnisse der Hörerschaft nach Kultur und Qualität wieder spürbar größer sind als in den vergangenen Jahren. Das hat auch zu tun mit der wirtschaftlichen Rezession. In diesen Zeiten besinnt man sich, hört genauer hin, will Orientierung haben. Daher haben die Kulturradios der Europäischen Rundfunkunion im Moment eine größere Bedeutung als in den Jahren zuvor.

M | *Vor einigen Jahren tobte noch ein Kampf zwischen den „Fundis", also Befürwortern reiner Klassikprogramme und „Realos", die auf eine stärkere Vermischung von Klassik und Tagesbegleitprogramm setzen. Wie ist es heute?*

KARST | Es gibt beide Systeme, Spartenprogramme und Mischprogramme, und beide sind auch nebeneinander berechtigt. Was wie und wo zum Zuge kommt, hängt von den jeweiligen Ländern ab, von den Bedürfnissen, von der Konkurrenzsituation, von den finanziellen Möglichkeiten. Ein großes Land wie Großbritannien kann es sich erlauben, mehrere „spezial-interest" Programme anzubieten wie BBC 3 oder BBC 4. Ein großes Bundesland wie Nordrhein-Westfalen kann das mit WDR 3 und WDR 5 auch. Ein kleines Land wie Österreich kann es dagegen nicht. Deshalb gibt es dort ein großes Mischprogramm Ö1, einzigartig und besonders erfolgreich.

M | *Wie stark stehen Kulturradiomacher unter dem Druck der Quote?*

KARST | Die Quote ist ja ein „Lieblingsthema" der Kulturradios. Da hat in letzter Zeit ein Sinneswandel stattgefunden. Es ist deutlich geworden, dass für die Kulturradios der zweite Messwert, der bei unseren Media-Analysen ermittelt wird, wichtiger ist als der erste. Der erste Wert ist die so genannte „Quote". Das sind die Tageshörer, also jene, die täglich ein bestimmtes Programm hören. Diesen Wert brauchen vor allem die werbetragenden Programme, um die Minutenpreise ihrer Werbespots zu berechnen. Da Kulturradios keine Werbung haben, nutzen wir diese Zahl eher für die Tendenzberechnung. Der Wert, der wichtiger ist, ist der des so genannten weitesten Hörerkreises oder der regelmäßigen Hörer. Das sind zum Beispiel im Fall von WDR 3 rund 1,5 Millionen Hörer im Sendegebiet NRW. Das sind diejenigen, die das Kulturradio neben einem anderen Programm, das sie täglich hören, regelmäßig, aber eben nicht täglich einschalten. Diese Hörer verhalten sich wie das typische kulturinteressierte Publikum. Sie gehen eben nicht jeden Tag ins Theater, sondern nur ab und zu.

M | *Wie reagieren die Kulturradios auf die Bedrohung ihrer Akzeptanz durch altersbedingte Hörerverluste?*

KARST | Zunächst mal gilt: Die Alten sind ja nicht schlecht. Und sie werden auch nicht weniger. Das heißt, quantitativ ist das potentielle Publikum durchaus vorhanden. Nur: Das jetzt hinein wachsende Publikum in dieser Altersregion ist nicht in der gleichen Weise sozialisiert wie das frühere. Wir hatten zuvor mehrheitlich ein klassisches Bildungsbürgertum als Publikum. Heute haben wir einen kulturell breit interessierten Sechzigjährigen, und der muss anders angesprochen werden als ein heute 70 – 75jähriger. Trotzdem müssen wir intensiver als je daran arbeiten, für den Nachwuchs zu sorgen.

M | *Wie wollen Sie das anstellen?*

KARST | Innerhalb der Kulturradiodebatte und auch in den öffentlichen Kultureinrichtungen, vor allem bei den Orchestern und den Musikvermittlern gibt es eine interessante Position: Wir sollten nicht bei denen anfangen, die 40 sind, sondern bei denen, die vier sind. Um dann langfristig die nächste Generation heran zu bilden. Unser Problem ist die Vernachlässigung der schulischen kulturellen Grundbildung in der Bundesrepublik der zurückliegenden Jahrzehnte. Sie hat dazu geführt, dass in der jungen Generation die Antennen für bestimmte Formen der anspruchsvollen Kultur kaum oder wenig ausgeprägt sind. Daran leiden im Moment alle Kulturträger, ob das nun Opernhäuser, Theater oder Rundfunkanstalten sind. Hier müssen Konzepte entwickelt werden, an denen in vielen Bereichen ja bereits gearbeitet wird.

M | *Wie relevant sind die Online-Auftritte der öffentlich-rechtlichen Anstalten?*

KARST | Die Internetpräsenz der Kulturradios gewinnt mehr und mehr an Bedeutung. Es ist interessant festzustellen, dass im Bereich des Podcast – das gilt europaweit – zu erkennen ist: „culture first". Programmangebote, die mit Content verbunden sind, kleine Featureproduktionen wie das Zeitzeichen des WDR oder Hörspiele, Dokumentationen, Gespräche und Berichte, erreichen oft die höchsten Downloadzahlen in den Angeboten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Das ist auch ein Hinweis auf neue Zielgruppen und darauf, dass das Hörerpotential für inhaltsreiche Programmangebote mitunter größer ist als es die Tageshörer-Quote mit der vorhandenen Messmethode abbilden kann.

Foto: WDR

Anzeige

M | *Wie sind die ersten Erfahrungen der Kulturradios mit dem Drei-Stufen-Test ausgefallen? Gibt es ähnliche bürokratische Prüfungsmonster auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten?*

KARST | Wir haben festgestellt, dass dieses Verfahren in den EU-Ländern zwar einheitlich gilt, aber sehr unterschiedlich umgesetzt wird. Eine Einschätzung lässt sich allerdings verallgemeinern: Die Umsetzung des Verfahrens bedeutet immensen finanziellen und personellen Aufwand. Und: Es gehen viele gemeinwohlorientierte, kostenlose Internetangebote auf Nimmerwiedersehen verloren, weil die Rundfunkanstalten sie – aufgrund des fehlenden Programmbezugs oder der Limitierung ihrer Onlineangebote – nicht mehr anbieten dürfen. So gingen seit dem 1. Juni 2009 europaweit zahllose wertvolle Internetangebote für Kinder verloren, die zuvor von den öffentlich-rechtlichen Anstalten kostenlos ins Netz gestellt wurden. Kein wirtschaftliches Unternehmen hat ein Interesse daran, diese Angebote kommerziell zu betreiben. *Das Gespräch führte Günter Herkel* ■

Verhandlungsauftakt für privaten Rundfunk

Für die Beschäftigten in privaten Rundfunksendern hat ver.di in der ersten Verhandlungsrunde am 21. Oktober in Bad Vilbel die gleiche Tariferhöhung wie im Vorjahr gefordert; also eine Steigrung um 3,8 %. Zudem soll der Manteltarifvertrag um mindestens 2 Jahre bis Ende 2011 verlängert werden. Die Arbeitgeberseite im Tarifverband Privater Rundfunk (TPR) hat eine Einmalzahlung von 200 Euro für ein erstes Laufzeitjahr und 1 % Tariferhöhung ab Oktober 2010 bis Ende September 2011 angeboten. Der nächste Verhandlungstermin ist für den 11. November 2009 (nach Redaktionsschluss) angesetzt.

„Für die Mitarbeiter wäre es das richtige Signal, wenn ihre harte Arbeit des vergangenen Jahres und für die Zukunft auch finanziell gewürdigt wird. Denn sie tragen entscheidend dazu bei, dass ihre Sender im Wettbewerb stets gut und teilweise an der Spitze stehen“, erklärte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel. Der TPR vertritt mehrere landesweite private Radiosender und Redaktionen des evangelischen Kirchenfunks mit etwa 650 Beschäftigten. Der letzte Tarifabschluss hatte eine Laufzeit von 16 Monaten und ist von den Gewerkschaften ver.di und DJV zum 30. September 2009 gekündigt worden. *Red.* ■

Tarifeinigung Krankengeld für Freie beim MDR

In der 3. Verhandlungsrunde am 26. Oktober haben sich die Gewerkschaften mit der Geschäftsleitung des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) über folgende Ekkpunkte für eine neue tarifliche Regelung geeinigt. Der MDR zahlt arbeitnehmerähnlichen freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für jede Krankheit vom 4. bis 21. Krankheitstag 90 Prozent von 1/365 der Vorjahresbezüge. Vom 22. bis 42. Krankheitstag werden 70 Prozent von 1/365 der Vorjahresbezüge gezahlt. Ab dem 43. Krankheitstag wird vom MDR ein Betrag in Höhe von 20 Prozent von 1/365 der Vorjahresbezüge für max. 46 Wochen gezahlt. In der Praxis bedeutet das: Freie Mitarbeiter, die sich mit der Abgabe der Wahlerklärung bei ihrer gesetzlichen Krankenkasse für den allgemeinen Beitragssatz von 14,9 Prozent entschieden haben, bekommen zum gesetzlichen Krankengeld ab dem 43. Tag zusätzlich 20 Prozent vom MDR.

Die tarifliche Regelung wird zudem eine Härtefallklausel beinhalten. Diese verhindert gravierende Nachteile für freie Mitarbeiter, die im Bezugsjahr vor der Erkrankung Honorarausfälle wegen Mutterschutz-, Kinderbetreuungs- oder Pflegezeiten hatten.

Die neue tarifliche Regelung tritt ab dem 1. Januar 2010 in Kraft. Die derzeitige Übergangsregelung im Ergänzungstarifvertrag für freie Mitarbeiter wird bis zum 31. Dezember 2009 verlängert. *Red.* ■

Foto: Christian v. Polentz / transit

Programmeinbußen

Weitere Warnstreiks im RBB für ARD-Entgelte

Die Zeichen stehen weiter auf Sturm: Am 6. November (Foto oben) kam beim RBB eine dritte Welle von Warnstreiks ins Rollen. Die Belegschaft wollte damit ihrer Forderung nach einer Angleichung der Entgelte ans Niveau der anderen ARD-Anstalten Nachdruck verleihen. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus der Produktion und den Redaktionen beteiligten sich. Die Folgen für das Programm waren deutlich hör- und sichtbar: Im Inforadio lief etwa eine Stunde ein Notprogamm, ebenso war das aktuell informierende Fernsehabendprogramm beeinträchtigt. „rbb um 6“, „Brandenburg aktuell“ und „Die Abendschau“ liefen als Notprogramm.

Zuvor hatte Intendantin Dagmar Reim vorgeschlagen, die Tarifverhandlungen über die Gehälter und Honorare in die Hände eines externen Schlichters zu legen. Ein Großteil der Beschäftigten lehnt dies ab, weil sie darin den Versuch befürchtet, das Verfahren zu verschleppen und die Belegschaft zu spalten. Inez Kühn, Leiterin des ver.di-Fachbereichs Medien, erklärte auf einer Kundgebung am 6. November: „Ein Schlichtungsverfahren ist erst üblich, wenn eine Situation so verfahren ist, dass keine andere Chance mehr zur Einigung besteht.“ So weit sei man beim RBB aber noch nicht. Eine externe Schlichtung widerspräche zudem dem beiderseitigen Wunsch nach einer direkteren Kommunikation. Eine Mitteilung von ver.di und DJV vom 4. November hatte große Defizite in der Kommunikation zwischen der Leitungsebene und den Beschäftigten sowie in der Wertschätzung der Mitarbeiterleistungen festgestellt. Die Gewerkschaften seien jedoch bereit, den Dialog aufzunehmen, sofern ein verhandelbares Angebot vorgelegt würde. *ucb* ■

Filmrezension: „Resisté – Aufstand der Praktikanten“

Subversive Revolte aus der Comicwelt

„Wenn du glaubst dein soziales Gewissen in unserer Firma befriedigen zu können,“ herrscht Till (Hannes Wegener) seine Jugendfreundin Sydelia (Katharina Wackernagel) aus Frankreich an, „bist du schief gewickelt“. Selbstherrlich verkündet der ehemalige Langzeitpraktikant: „Bei uns geht´s um Umsatz nicht um Umsturz“. Der clevere Yuppie wechselte nämlich, nachdem seine Hoffnung endlich in eine Festanstellung übernommen zu werden scheiterte, die Seiten. Sein Coup: PAKT Praktikantenagentur für karrierefördernde Tätigkeiten. Und sein Startup-Unternehmen, eine Beratungsagentur für ausgebeutete Praktikanten, floriert. Mit nicht immer ganz sauberen Methoden bugsiert der Sohn Alt-68er-Eltern sein Klientel in die Festanstellung. Als die kämpferische Sydelia freilich das Übel bei der Wurzel packt und zum Streik aufruft, bekommt der Jungunternehmer des Jahres kalte Füße. Die angehende Journalistin will einen Aufstand der Praktikanten organisieren, besser noch einen bundesweiten Generalstreik. Mit aufrührerischem Elan versucht die temperamentvolle Idealistin Till zu überzeugen. Da sich selbst in Zeiten der Wirtschaftskrise die Liebe Bahn bricht, stehen ihre Chancen dafür gut. Aber auch der dubiose mephistophelische neoliberale Großkapitalist Magnum (Devid Striesow) interessiert sich inzwischen für PAKT.

Gleich mit seinem ersten Spielfilm trifft Nachwuchsregisseur Jonas Grosch scharfsichtig den Nerv der Zeit. Dabei will seine schräge Komödie über die vielzitierte „Generation Praktikum“ auf keinen Fall ein Sozialdrama sein. Der Titel „Resisté“ klingt zwar wie ein Schlachtruf. Denn last but not least geht es dem 27jährigen trotz allem um Widerstand. Stilistisch wählt der ehemalige Student der HFF Potsdam für seine gelungene Mischung aus Love-Story und Politsatire jedoch eine Art sanft überzeichneten Realismus, der mit seinen bizarren Aspekten der gesellschaftlichen Misere wie aus einer Comicwelt wirkt. Nicht zuletzt damit verleiht er seiner Handlung Parabelcharakter samt origineller Subversionskraft. Der Bruder von Katharina Wackernagel schafft es das brisante Thema unterhaltsam zu inszenieren. Überhaupt handelt es sich fast um eine Familienproduktion. Denn Onkel Christoph Wackernagel und Mutter Sabine Wackernagel übernahmen den Part der aufrechten 68er Eltern. Damit war wohl auch dafür gesorgt, dass sich das Projekt, das ohne Fernsehfinanzierung auskam, finanziell im Rahmen hielt. Gemäß dem Motto: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“ arbeiteten selbst Regieassistenten und Aufnahmeleiter für eine Aufwandsentschädigung.

Natürlich bietet sein humorvoller Denkanstoß nicht die Antwort, warum Widerstand heutzutage keine Option mehr zu sein scheint. Freilich verhält sich das Praktikantenheer nicht mehr ganz so ruhig. Immerhin demonstrierte Anfang Oktober bereits ein Teil von ihnen für bessere Arbeitsbedingungen.

Luitgard Koch ■

Foto: movienet

Deutschland 2009.Regie: Jonas Grosch. Darsteller: Katharina Wackernagel, Hannes Wegener, Sabine Wackernagel, Christof Wackernagel, Devid Striesow, Michael Kind, Steffen C. Jürgens, Fanny Staffa, Anja Knauer, Sebastian Schwarz 95 Min Kinostart: 12.11.2009

Foto: Hermann Haubrich

Bis an die Grenze

Erstmals Tageshöchstarbeitszeit in Filmproduktionen vereinbart

Erscheint ein Film auf Leinwand oder Bildschirm und erreicht den Zuschauer, ist nicht zu sehen unter welchen Bedingungen er entstanden ist. Kinopremieren auf Festivals oder in glamourös dekorierten Premierenkinos sind nur noch Marketing und verdecken alles davor Geschehene mit Partystimmung. Nur am Rande von Festivals oder in Branchendiskussionen brechen Ärger und Frust über die Entwicklung der Arbeitsbedingungen aus Filmschaffenden heraus. Nun gibt es einen neuen Tarifvertrag, der die Arbeitszeit begrenzt.

Die Herstellung von Fernseh- und Kinofilmen steht unter immensem Druck. Die Finanzierung von Kinofilmen wird immer schwieriger. Die im Wesentlichen von öffentlich-rechtlichen Sendern beauftragten Fernsehproduktionen sollen zu immer kleineren Budgets, aber im gleichen Format oder sogar noch aufwändiger realisiert werden. Privatsender treten kaum noch als Auftraggeber von fiktionalen Fernsehproduktionen in Erscheinung. Diese Entwicklung schlägt sich in den Arbeitsbedingungen am Drehort nieder. Es werden weniger Drehtage geplant, an denen allerdings immer länger gearbeitet werden soll. Bereits im Jahr 2005 ist von den Produzenten und ver.di deshalb ein Tarifvertrag für auf Produktionsdauer beschäftigte Filmschaffende abgeschlossen worden, der mit der Einführung eines Zeitkontos die zahlreichen Mehrarbeitsstunden in zusätzliche passive Beschäftigungstage umwandelt, die an die aktive Produktionsphase und vor allem sozialversicherungswirksam angeschlossen werden. Das Ziel der diesjährigen Tarifrunde war für die Film- und Fernsehschaffenden in ver.di, dass die grenzenlosen Tagesarbeitszeiten eingedämmt werden. An verschiedenen Filmsets war bereits im zweiten Halbjahr 2008 und in 2009 das Einschreiten von Arbeitssicherheitsbehörden – mit Unterstützung von connexx.av – notwendig, weil Drehzeiten schon so disponiert wurden, dass Arbeitszeiten von 16 Stunden durchaus üblich waren. In der Branche war Bewegung in die Arbeitszeitfrage gekommen. Die Produzenten haben schließlich in fünf Verhandlungsrunden einem Tarifkompromiss zugestimmt, der erstmals eine Tageshöchstarbeitszeit in Filmproduktionen vorsieht. Die Filmschaffenden haben zukünftig die Möglichkeit, durchaus auch mit Unterstützung von außen, da es keine Betriebsräte gibt, die nun definierten Arbeitszeitgrenzen durchzusetzen.

Gagen angehoben

Die Tarifeinigung besteht aus verschiedenen Komplexen: Arbeitszeit, Gagensteigerungen und einzelnen Verbesserungen des Manteltarifvertrages. Tageshöchstarbeitszeit bedeutet, dass zunächst einmal die Drehzeit so disponiert werden muss, dass für alle Beteiligten am Drehort die maximale Arbeitszeit von 13 Stunden eingehalten werden kann. Nur in Ausnahmefällen und mit Zustimmung der Filmschaffenden ist an einzelnen Tagen ein längeres Arbeiten möglich. Ausnahmefälle sind beispielsweise höhere Gewalt oder eine eingeschränkte Motivverfügbarkeit in öffentlichen Räumen. Werden die 13 Stunden überschritten, muss die anschließende Ruhezeit mindestens 12 Stunden betragen. Zudem erhöhen sich die Zuschläge auf 100 %. Und bereits für die 13. Stunde sind 50 % Zuschlag fällig. Zusätzlich verlängern sich die Pausenzeiten auf insgesamt eine Stunde pro Tag, wenn über 12 Stunden gearbeitet wird. Schließlich wird die Dokumentationspflicht für die Mehrarbeit verstärkt. Der Filmschaffende bekommt auf Verlangen mit der Monatsabrechnung eine Kopie der Aufzeichnungen.

Gagenerhöhungen wurden ebenfalls vereinbart. Einzelne Tätigkeiten erhalten eine strukturelle überproportionale Anhebung. Filmeditoren, Szenenbildner, Aufnahmeleiter und die Filmgeschäftsführung profitieren davon. Dieser Bestandteil macht etwa 1,75 % durchschnittliche Gagensteigerung aus. Zusätzlich kommen 1,75 % lineare Gagenerhöhung für alle ab Januar 2010 und weitere 2 % ab 2011 dazu. Und es wurde die Tätigkeit des Kameraschwenkers neu aufgenommen. Insgesamt ergibt dies ein Volumen von 5,5 %, das sich mit den Abschlusshöhen für öffentlich rechtliche Sender vergleichen lässt. Die Laufzeit des Abschlusses ist bei Ende 2011.

Im Manteltarifvertrag wurden verschiedene Details nachgebessert. Eine Praktikantenregelung stellt klar, dass ein Praktikant keineswegs die Beschäftigung eines Filmschaffenden ersetzen darf. Filmschaffende können ihre Anwartschaften und Beiträge in der Pensionskasse der Rundfunkanstalten aufbauen. In der fortgeführten Regelung des Zeitkontos wurde nachgebessert, dass das Ende der Beschäftigung auf den Sonntag fällt, wenn der letzte Ausgleichstag aus dem Zeitkonto ein Freitag ist. Die verbindliche Gewährung des Urlaubs, der häufig nur ausgezahlt wurde, ist ebenfalls verstärkt worden. Schließlich wurde der in der Vergangenheit stets strittige so genannte versetzte Dreh klarer geregelt. Liegen Drehwochen so, dass am Wochenende gearbeitet wird, dann werden die Feiertage mit Zuschlag von 100 % gezahlt.

In allen drei Bereichen sind die Forderungen von ver.di zwar nicht in vollem Umfang, aber materiell im Tarifergebnis umgesetzt worden. Selbstverständlich waren die Erwartungen an Gagenerhöhungen deutlich höher und ursprünglich hatten die Filmschaffenden in ver.di eine Tagesarbeitszeit von maximal 12 Stunden gefordert. Aber in einer Branche, in der jede und jeder auf den nächsten Job angewiesen ist, wenn er oder sie im Geschäft bleiben will, sind Streiks derzeit kaum vorstellbar. Auch wenn diese dringend nötig wären, um noch bessere Tarifergebnisse zu erzielen. Die vorliegenden Ergebnisse sind so nur erreicht worden, weil ver.di mit verschiedenen Aktivitäten, wie Setbesuchen, neue Mitglieder im Filmbereich gewinnt und vor allem die Debatte an den Filmsets über die Tarifziele anregt. Vor allem diese Setbesuche, die das Team von connexx.av durchführt, werden auch in der nächsten Produktionssaison fortgeführt, um die Einhaltungen der nun erreichten Tariferrungenschaften zu beobachten und mit den Filmschaffenden an den einzelnen Drehorten durchzusetzen.

Matthias von Fintel ■

Berufsunfähig?

Fotograf klagt gegen die Deutsche Rentenversicherung

Ilja Winkler (Name geändert) ist Mitte 50 und seit 30 Jahren als Fotoreporter unterwegs. Er arbeitete fest angestellt mit Redakteursvertrag bei zwei großen bundesdeutschen Zeitungen, bis er sich 1989 selbständig machte und sich – bis auf ein Zwischenspiel als Bildredakteur – auf Theaterfotografie konzentrierte. Stundenlang beobachtete er durch den Kamerasucher das Geschehen auf der Bühne – stehend, sitzend oder zwischen der Theaterbestuhlung knieend. Oft mit zwei Kameras abwechselnd auf der Schulter und am Auge. Für Bildagenturen arbeiten hieß, fünf bis acht Termine am Tag mit sofortiger Bildlieferung. Immer dabei: die 12–15 Kilo schwere Fototasche mit kostspieliger Technik auf der Schulter oder der ebenso kompakte Fotorucksack auf dem Rücken.

Ilja bezahlt für die jahrzehntelange Überbelastung mit seiner Gesundheit. Der Verschleiß an der Halswirbelsäule durch das Schleppen der Fototasche führte zu starken Schmerzen und tauben Fingern. Er war monatelang krank geschrieben. Die Krankenkasse blockte Krankentagegeldzahlungen ab. Der Vertrauensarzt empfahl, die schwere Fototasche beim Termin irgendwo abzustellen, eine leichtere Kamera zu nehmen, vielleicht einen Rollkoffer hinter sich herzuziehen. Dass die teure Profi-Ausrüstung geklaut werden könne, man aus einem Rucksack oder Rollkoffer heraus nicht im Gehen arbeiten kann, sei ein mangelnder Organisationsfähigkeit geschuldetes Argument. „Dieser Rat eines mit unserer beruflichen Praxis unvertrauten Mediziners half mir nicht weiter“, sagt Winkler. „Ich trage schon lange wenn möglich einen Rucksack. Mein Arbeitsplatz zu Hause ist ergonomisch. Meine Beschwerden haben sich dennoch verschlimmert.“

Nach einer Kur, die Besserung aber keine Heilung brachte, beantragte er auf Rat seiner Hausärztin bei der Deutschen Rentenversicherung eine Erwerbsminderungsrente. Dieser Antrag, wie auch sein Widerspruch, dem er Beschreibungen seines beruflichen Alltags beilegte, wurden abgelehnt. Nach, wie Winkler sagte, „oberflächlicher medizinischer Begutachtung“, wurde ihm bescheinigt, mindestens sechs Stunden arbeiten, „mittelschwere Arbeiten überwiegend im Stehen, Gehen und Sitzen verrichten und seine Tätigkeit uneingeschränkt ausüben“ zu können. Es bestehe weder volle noch teilweise Erwerbsminderung und auch keine Berufsunfähigkeit.

Ilja Winkler hat inzwischen Klage beim Sozialgericht eingereicht. Sein Anwalt sieht den Ablehnungsbescheid als „rechtswidrig“ an und die Einstufung des Fotografen als „ungelernten Arbeiter“ mit einem Verweis auf Tätigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarkts als fehlerhaft. Er charakterisiert den Beruf als einen, der ein hohes Maß an Kreativität, Wissen und Können erfordert. Auch wenn Winkler keinen Abschluss habe, sei er doch nach zweijähriger Ausbildung und durch sein vertiefendes Volontariat vom Arbeitgeber als Absolvent der Fachhochschule anerkannt worden. Wenn die erworbene Berufskompetenz jedoch aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Erzielung von Einkommen eingesetzt werden könne, liege Berufsunfähigkeit vor.

Winkler wünscht sich vom Gericht eine individuelle und prinzipielle Entscheidung zugleich, weil es vielen Kollegen so wie ihm gehe. Winkler hat ver.di über diese Probleme informiert und die Fotografenvereinigung FreeLens um eine Stellungnahme zum Berufsbild des Fotojournalisten gebeten. *Bettina Erdmann* ■

Buchrezension: Die Online-Redaktion

Die Online-Redaktion: Praxisbuch für den Internet-Journalismus

von Martin Sturmer / Thomas Holzinger

Springer, Berlin; Auflage: 1, 5. Oktober 2009 194 Seiten

Praxisbuch für den Internet-Journalismus

Vorspeise, Wurst, Knäckebrot, Pfefferoni, Nachtisch. Das sind die fünf Kapitel des neuesten Werkes zum Thema Online-Journalismus. Diese originellen Überschriften lassen zwei Dinge ahnen: 1. hier spielt jemand gerne mit Sprache 2. nicht jeder muss den gleichen Geschmack haben.

Die „Vorspeise“ ist nichts anderes als eine Einleitung. Im Schnelldurchlauf werden dem Leser die Entwicklung des Webs und die Zielrichtung des Buches erläutert. Das liest sich gut, ist meist frech und pointiert – oft übertrieben. Beispielzitat: „Die Glaubwürdigkeit des WWW liegt noch immer irgendwo zwischen Bassena-Tratsch und Sterndeutung“.

Spätestens im zweiten Kapitel („Wurst“) wird deutlicht, dass zumindest einer der beiden Autoren etwas zuviel Sprachverliebtheit bzw. auch Selbstdarstellung an den Tag legt. Aufgeblähte, überflüssige (Alltags-)Geschichten brauchen zu lange, um zum Kern (Online-Redaktion, Internet) zu kommen. Praxisbuch? Natürlich beschäftigt sich die „Wurst“ mit essentiellen Dingen wie Zielgruppe, Typografie, Text und Bild. Wertvolle, konkrete Tipps findet man dagegen selten.

Erst mit dem „Knäckebrot“ wird es schlagartig interessanter. Keine ausschweifenden Storys, keine überstrapazierten Metaphern mehr. Das dritte Kapitel ist klar gegliedert und – endlich – praxisorientiert! Es geht um Kundennutzen, Navigation, Barrierefreiheit und gutes Online-Texten. Konkrete Beispiele, Zahlen, Untersuchungen etc. vermitteln einem das, was sich sicher die meisten beim Kauf dieses Buches erwartet haben. Natürlich darf auch Suchgigant Google nicht fehlen. Nützliche Tools wie „Analytics“ etc. werden beschrieben, Gefahren (Datenschutz etc.) nicht verschwiegen. Mehrere Seiten widmen sich dem Thema Communities; und auch neue Strömungen wie Twitter werden besprochen. Schade, dass in diesem sonst so lobenswerten Kapitel Themen wie Suchmaschinenoptimierung und Content Management Systeme viel zu kurz kommen.

Das vierte Kapitel der „Online-Redaktion“ widmet sich abschließend dem wichtigen Thema Internet-Recht. Der Nachtisch (5. Kapitel) entpuppt sich übrigens lediglich als Glossar.

Die Autoren haben es in ihrer Einleitung bezüglich der „kulinarischen“ Kapitelaufteilung selber gesagt: Man solle nur essen, was schmeckt. Das stimmt zweifelsohne. Aber mal ehrlich: Wer für ein 5-Gänge-Menü bezahlt, der wird sich nicht nur aufs Knäckebrot stürzen. Wie auch immer – größter Kritikpunkt am „Menü“ unserer beiden „Internet-Köche“ bleibt, dass der Buchtitel eine klare Erwartungshaltung schürt. Und die wird leider nur teilweise erfüllt – wichtige Dinge fehlen, Unwichtiges wird überhöht. Was Konkurrenz-Bücher wie „Online-Journalismus“ von Gabriele Hooffacker an Nüchternheit und Wissenschaftlichkeit vielleicht etwas zu viel haben, fehlt dem Werk der beiden österreichischen Autoren weitgehend. *Jürgen Liebherr* ■

Aktion für Nguyen Hoang Hai, Vietnam

Blogger ohne Kontakt zur Außenwelt inhaftiert

amnesty
international
Postfach
53108 Bonn
Tel.: 0228 / 98 37 30
www.amnesty.de

Ein Jahr nach seiner Festnahme kamen im April 2009 plötzlich die Gefängniswärter und forderten Nguyen Hoang Hai auf, seine Sachen zu packen. Wenige Minuten später wurde der Journalist und Blogger in das im äußersten Süden Vietnams gelegene Gefängnis Cai Tau verlegt. Dieser Ort liegt neun Stunden von der Hauptstadt Ho-Chi-Minh-Stadt entfernt, in der seine Familie lebt. Kurz darauf wurden die Haftbedingungen erneut verschärft: Seit Juni darf Nguyen Hoang Hai keine Angehörigen mehr empfangen. Seit einigen Monaten gibt es von ihm kein Lebenszeichen mehr.

Die Sorge um Nguyen Hoang Hai kommt nicht von ungefähr. Gerade für politische Gefangene sind die Haftbedingungen in Vietnam hart. Andersdenkende sind in besonderem Maß von Folter und Misshandlung bedroht.

Der heute 57-jährige Nguyen Hoang Hai wurde im April 2008 festgenommen. Fünf Monate später ist er wegen Steuerhinterziehung zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Die Anklage war ganz offensichtlich konstruiert, denn dem Urteil gingen keine Verhöre der Finanzbehörden, sondern 15 Befragungen der Abteilung für Innere Sicherheit und Spionageabwehr voraus. Nguyen Hoang Hai ist Vorsitzender des Vereins Freier Journalisten in Vietnam und unter dem Namen Dieu Cay auch als regierungskritischer Blogger bekannt. Zudem verfasste er mehrere Artikel, in denen er die Achtung der Menschenrechte in seiner Heimat verlangte oder die Außenpolitik des Verbündeten China kommentierte. Die Vereinten Nationen haben die Inhaftierung von Nguyen Hoang Hai als willkürlich und gegen das Völkerrecht verstoßend bezeichnet.

Nguyen Hoang Hai

ver.di
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
www.verdi.de

M-Redaktion
karin.wenk@verdi.de

Was können Sie tun?
Schreiben Sie an den vietnamesischen Minister für öffentliche Sicherheit und fordern Sie die sofortige und bedingungslose Freilassung von Nguyen Hoang Hai. Dringen Sie darauf, dass die Behörden sicherstellen, dass der Journalist in der Haft nicht misshandelt oder gefoltert wird.

Schreiben Sie auf Englisch, Französisch oder Deutsch an:
Le Hong Anh
Minister of Public Security,
Ministry of Public Security
44 Yet Kieu Street
Ha Noi, VIETNAM
Fax: 00 84 – 43 942 02 23, E-Mail:
bc.mfa@mofa.gov.vn (Außenministerium)

Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:
BOTSCHAFT DER
SOZIALISTISCHEN REPUBLIK VIETNAM
S.E. Herrn Tran Duc Mau
Elsenstraße 3
12435 Berlin
Fax: (030) 53 63 02 00
E-Mail: sqvnberlin@t-online.de

Sorge um Europa

„Reporter ohne Grenzen" veröffentlicht Rangliste der Pressefreiheit

Europa könnte seine langjährige Vorbildfunktion verlieren. Zu dieser Einschätzung kommt die Organisation „Reporter ohne Grenzen" (ROG) bei der Erstellung ihrer neuen Rangliste zur Lage der Pressefreiheit in der Welt.

Auf den ersten Blick sieht die Lage in Europa vergleichsweise rosig aus: Die Liste der Länder, in denen es um die Pressefreiheit weltweit am besten bestellt ist, wird weiterhin von den Europäern dominiert. Allen voran von Dänemark, Finnland, Irland, Norwegen und Schweden, die gemeinsam den Index anführen. Erst auf Platz 13 findet sich mit Neuseeland der erste nicht-europäische Staat. Australien, Japan, Kanada und die USA schaffen es ebenfalls noch unter die ersten 20. Beste afrikanische Staaten sind Ghana auf Platz 27 und Mali als 30.

Dennoch ist Jean-François Julliard in Sorge: „Es ist beunruhigend festzustellen, dass demokratische Staaten wie Frankreich, Italien oder die Slowakei jedes Jahr weitere Plätze in der Rangliste verlieren", sagte der ROG-Generalsekretär bei der Vorstellung der Liste in Paris. „Europa sollte eine Vorreiterrolle bei der Gewährung von bürgerlichen Freiheiten spielen. Wie kann man Verstöße gegen die Pressefreiheit in der Welt verurteilen, ohne sich auf dem eigenen Territorium vorbildlich zu verhalten", fragte er.

In Frankreich kritisiert ROG vor allem Ermittlungen gegen Journalisten sowie Durchsuchungen von Redaktionen. Auch die Einmischung von Staatspräsident Nicolas Sarkozy in die Berichterstattung gab Minuspunkte. Das Ergebnis: Nur noch Platz 43. In Italien sorgt vor allem Ministerpräsident Silvio Berlusconi für das schlechte Abschneiden: Die ständige Einmischung in Presse-Angelegenheiten sowie das eigene Medien-Imperium und neue Gesetze hatten ebenso Einfluss auf die Platzierung (49.) wie gewaltsame Übergriffe der Mafia gegen Medienschaffende. Die Slowakei fiel wegen zunehmender Zensur gleich um 37 Plätze auf Platz 44. Schlechtester EU-Staat ist Bulgarien: Neben dem Druck von Politik und Wirtschaft auf die Medien beklagt ROG vor allem die Gewalt der Organisierten Kriminalität.

Außerhalb der EU sieht es teilweise noch schlimmer aus: Die Türkei (122.) hat ihre Reformbemühungen nahezu eingestellt und arbeitet weiterhin mit Willkürparagrafen, die beispielsweise die „Verunglimpfung des Türkentums" unter Strafe stellen. Im dritten Jahr nach der Ermordung von Anna Politkowskaja müssen in Russland (153.) Kreml-kritische Journalisten weiter um ihr Leben fürchten. Verbessert hat sich die Lage in Georgien nach dem Ende des Kaukasus-Krieges und auch in Weißrussland. Um zwei Plätze auf Rang 18 kletterte Deutschland. Grund zur Kritik gaben jedoch das BKA-Gesetz mit der Erlaubnis für Online-Durchsuchungen von Computern sowie Tendenzen zur Pressekonzentration.

Den Index ermittelt ROG jährlich mit einem Fragebogen zu 42 verschiedenen Punkten. Themen sind alle Arten der Verletzung von Medienfreiheit – von Übergriffen auf Journalisten, über Zensur bis hin zu wirtschaftlichem und politischem Druck. Am Ende der Liste findet sich auch 2009 Eritrea wieder. In dem afrikanischen Land gibt es ausschließlich staatlich kontrollierte Medien; alle kritischen Journalisten sind inhaftiert oder ins Exil gegangen. Nur wenig besser ist die Lage in Nordkorea und Turkmenistan. *Harald Gesterkamp* ■

Nichts geht ohne Clarin?

Heftige Kontroversen um neues Mediengesetz in Argentinien

Foto: AP Photo / Alberto Raggio, DyN

Regierungsunterstützer feiern vor dem National Kongress in Buenos Aires am 10. Oktober 2009 den Beschluss des neuen Mediengesetzes

Es sei ein Gesetz, „um den Medien einen Maulkorb anzulegen", giftete *Clarin*, die auflagenstärkste Tageszeitung Argentiniens. „Ein Beispiel für den Kontinent", lobte dagegen Frank La Rue, UNO-Berichterstatter für Meinungs- und Redefreiheit. Eine heftige Kontroverse hat sich am neuen Mediengesetz Argentiniens entzündet. Dieses soll, so die Befürworter, „Vielfalt und Pluralismus" garantieren und deshalb der beängstigenden Konzentration im Mediensektor Grenzen setzen. Es löst ein längst überfälliges Gesetz aus Zeiten der Militärdiktatur (1976 – 83) ab.

Das 1980 von Junta Chef Jorge Videla diktierte Dekret war bis vor kurzem gültig. Offensichtlich war durch das alte Gesetz die Meinungs- und Informationsfreiheit nicht gefährdet, denn kein Medienmogul beschwerte sich. Kein Wunder verbot doch Artikel 4 Radio- und Fernsehwellen an gemeinnützige Organisationen zu vergeben. „Weder Gewerkschaften, noch Universitäten, Nachbarorganisationen und Kooperativen konnten in diesem Land eine TV- oder Radiostation betreiben," erklärt Carlos Gabetta, Chefredakteur der argentinischen Ausgabe von *Le Monde Diplomatique*: Das blieb Unternehmen vorbehalten, die Gewinn machen wollten.

Schweigen über Mord und Folter

„Manchmal ist es notwendig zu schweigen, wenn das Gemeinwohl auf dem Spiel steht", bedeutete Videla den Chefs von *Clarin, La Nación* und *La Razón* und anderer Medien. Sie hielten sich daran. Sie haben nicht nur nicht die Verletzung der Menschenrechte, weder Folter noch Verschwindenlassen, angeklagt, sondern haben die Politik der Gewaltherrscher unterstützt. In Argentinien sind rund 100 Journalisten umgebracht worden, „diese Medien haben darüber absolut kein Wort verloren" (Gabetta). Erst als das Ende der Diktatur heraufdämmerte, begannen viele Medienunternehmer freie Wahlen und Menschenrechte wieder zu entdecken.

Kommunikation wird im weit über 100 Seiten starken Gesetzeswerk nunmehr als „gesellschaftliche Aktivität und öffentliches Gut" begriffen und nicht nur als reines Geschäft. Die Initiative für das neue Mediengesetz („Ley de Servicios de Comunicación Audovisual") war von der linksperonistischen Präsidentin Cristina Kirchner ausgegangen. Es gilt für Rundfunk und Fernsehen, nicht für Printmedien.

Für die Vergabe von audiovisuellen Sendelizenzen war in der Vergangenheit die Kontroll- und Regulierungskommission „Comfer" zuständig. Videla hatte sie mit Militärs, Geheimdienstlern und Unternehmern besetzt. Nunmehr wird die „Autoridad Federal de Servicios Audiovisuales" über Vergabe, Verlängerung und Entzug von Lizenzen entscheiden. Im siebenköpfigen Gremium werden zwei Mitglieder von der Regierung direkt ernannt, drei vom Kongress gewählt und zwei von den Provinzregierungen delegiert. Das sei nichts anderes als ein „Kontrollorgan der Regierung" schmähte daraufhin die mediale und politische Opposition, die während der Gesetzesberatungen eine wütende Medienkampagne entfachte.

Medienmacht ausgespielt

„In 26 Jahren Demokratie hat niemand einen Gesetzentwurf für das Rundfunkwesen vorgelegt, weil es eine Supermacht gibt, die über den verfassungsmäßigen Gewalten stand", konterte Cristina Kirchner. Sie nahm vor allem die mächtige „Clarin-Gruppe" aufs Korn. Diese hat sich über die letzten Jahrzehnte hinweg von einem Zeitungsunternehmen – mit der auflagenstärksten Tageszeitung *Clarin* an der Spitze – zu einem Multimedienkonzern, einem der größten in Lateinamerika, entwickelt. Das Medienimperium umfasst eine Vielzahl von Fernsehkanälen, Radiosendern, daneben wichtigen Printmedien und Lokalradios im Landesinneren. Es beherrscht zu über 70 Prozent den Markt der Kabelanbieter, vor allem mit den Pay-TV-Anbietern „Cablevisión" und „Multicanal". Selbst in der Papierindustrie und im Filmgeschäft ist die „Grupo Clarin" engagiert. „Ohne Clarin kann keiner regieren", heißt es. Das bekam auch Cristina Kirchner zu spüren, als sie die Agrarexportsteuern erhöhte. Die „Clarin-Gruppe" feuerte aus allen medialen Rohren, bis die Präsidentin klein beigeben musste.

Wie die Medienmonopole ihre Macht ausspielen, machte Néstor Kirchner, präsidialer Vorgänger und Ehegatte Cristina Kirchners publik: Zu Beginn seiner Amtszeit 2003 war Claudio Escribano, Chefredakteur der einflussreichen konservativen Zeitung *La Nación*, vorstellig geworden: Wenn sich die Regierung eine gewogene Presse wünsche, solle sie sich von Venezuelas linksorientierten Staatsoberhaupt Hugo Chávez distanzieren, sich wieder Washington politisch und wirtschaftlich annähern und darauf hinwirken, Gerichts-

verfahren wegen Verletzung der Menschenrechte während der Diktatur einzustellen. Nestor Kirchner lehnte ab, die „La Nacion“-Gruppe ging auf Konfrontationskurs zur Regierung.

„78 Prozent des Marktes haben vier Mediengruppen an sich gerissen“, stellte Martin Becerra, Universitätsprofessor und Autor des Buches „Die Herren des Wortes“ fest. Argentinien ist beileibe keine Ausnahme: Zu über 80 Prozent beherrschen private kommerzielle Medienhäuser den lateinamerikanischen Markt der Information, Meinung und Unterhaltung. Sie sind oft verzahnt mit reinen Wirtschaftsunternehmen und politischen Eliten. Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten wie in Deutschland sind auf dem Subkontinent unbekannt. Öffentlich heißt dort staatlich. Und staatliche Sender werden zumeist von der jeweiligen Regierung am politischen Gängelband geführt.

Die Machtballung in der audiovisuellen Landschaft Argentiniens und im milliardenschweren Mediengeschäft wird nun begrenzt. Künftig wird das Rundfunkwesen gedrittelt: in einen kommerziellen, einen staatlichen und – erstmals – einen gemeinnützigen Sektor. Nach Artikel 161 darf ein einziges Unternehmen nicht mehr als zehn Sendelizenzen mit einer Laufzeit von zehn Jahren oder einen Marktanteil von mehr als 35 Prozent besitzen. In einer Stadt darf ein Medienunternehmer nicht mehr als einen terrestischen TV-Kanal betreiben – oder nur einen Kabelkanal. Wer mehr sein eigen nennt, muss binnen Jahresfrist die überzähligen Stationen abstoßen. Die Unternehmer wollten eine „Gnadenfrist“ von drei Jahren durchsetzen. Die „Grupo Clarín“ wird sich von über 200 Sendern trennen müssen. Auch der drittgrößte Kabelnetz-Anbieter „Grupo Uno“ wird mehrere Kanäle verkaufen müssen. Entgegen den ursprünglichen Plänen der Kirchner-Regierung bleibt Telefongesellschaften wie beispielsweise „Telefonica“ der Zugriff auf das lukrative Pay-TV-Geschäft verwehrt.

Fortschritt für Demokratie

Über ein „Attentat auf das Privateigentum“ klagen Argentiniens Medienmogule. Für Francisco de Narváez, rechtslastiger Oppositionspolitiker und Hauptaktionär von „Multimedios Americá“, ist das Gesetz nichts anderes als „ein Versuch des Kirchnerismus, die Medien zu kontrollieren“. Dutzende von Klagen würden gegen das „verfassungswidrige Gesetz“ eingereicht, kündigte der Medienzar an.

„Das ist unser Projekt“ meinte dagegen Nestor Busso, Präsident des „Forums der gemeinnützigen Radios“. Soziale Bewegungen, Kommunikationsprofessoren, indianische Vereinigungen, Kooperativen- und Menschenrechtsorganisationen, kleine und mittlere Radiostationen und TV-Kanäle aus dem Landesinneren hatten an Diskussion und Formulierung des Gesetzes mitgewirkt. Es bedeute „einen entscheidenden Fortschritt für die Konsolidierung des demokratischen Systems“, hob Aidin White, Generalsekretär der Internationalen Föderation der Journalisten (IFJ) hervor. Soziale Bewegungen wünschen sich allerdings Kontrollgremien, in denen gesellschaftlich relevanten Gruppen ein stärkeres Mitspracherecht eingeräumt wird. Es sei noch kein ideales Gesetz, schränkte auch der bekannte Dokumentarfilmer Fernando Pino Solanas ein, aber ein „ wichtiger Schritt“ auf eine weitere Demokratisierung der argentinischen Medienlandschaft zu.

Karl-Ludolf Hübener ■

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

amerika21.de

Informationen aus Lateinamerika sind wieder gefragt. Ausgehend von Venezuela 1999, kamen in den letzten Jahren in vielen Ländern des Kontinents progressive, häufig durch soziale Bewegungen gestützte Regierungen an die Macht. Seitdem wird auch hierzulande in größeren Medien wieder verstärkt über Lateinamerika berichtet. Besonders was Venezuela angeht, dominiert allerdings ein einseitiger Diskurs, der von Schlagworten wie „Populismus“ oder „Autoritarismus“ geprägt ist. Interessante politische Prozesse finden hingegen oft wenig Beachtung.

Um die deutschsprachige Informationslandschaft zu Lateinamerika inhaltlich zu bereichern, gründeten einige Journalisten und Lateinamerika-Experten im Juli 2007 das ehrenamtlich betriebene Internetportal amerika21.de. „Wir haben in Venezuela erlebt, welche positiven Entwicklungen im Bildungsbereich, bei der Gesundheitsversorgung und in der Arbeitswelt in kurzer Zeit erreicht wurden“, berichtet Redaktionsmitglied Malte Daniljuk. „Besonders in den riesigen Armenvierteln dieses reichen Landes erlebt man eine unglaubliche politische Beteiligung. Diese sehr wichtigen Erfahrungen wollen wir auch anderen zugänglich machen.“ Die Seite bietet täglich aktualisierte Nachrichten und Hintergrundartikel, die teilweise auch aus anderen linken Medien stammen. Somit stellt sie eine Ergänzung zu bereits länger existierenden Periodika zu Lateinamerika dar. Berichtete amerika21 zunächst fast ausschließlich über Venezuela, finden mittlerweile auch regelmäßig Nachrichten zu regionaler Integration oder anderen links-regierten Ländern wie Bolivien und Ecuador Platz. Die Schwerpunkte variieren dabei je nach Ereignislage. Nach dem Putsch in Honduras im Juni dieses Jahres etwa rückte das zuvor wenig beachtete Land in den Vordergrund der Berichterstattung. Vorwürfe von Kritikern, wonach die Seite die linken Regierungen Lateinamerikas uneingeschränkt in Schutz nehme, weist Daniljuk zurück: „Wir berichten ganz klar aus der Perspektive der sozialen Bewegungen, und damit auch oft genug kritisch gegenüber einzelnen Maßnahmen der jeweiligen linken Regierungen.“ Da amerika21 einen Beitrag zur Gegenöffentlichkeit leisten wolle, hieße das aber eben auch, der häufig auf Falschmeldungen basierenden Berichterstattung der kommerziellen Medien Paroli zu bieten. „Damit kommen wir automatisch in eine Logik der Gegeninformation, bei der wir scheinbar immer die Position derjenigen einnehmen, die von den bürgerlichen Medien angegriffen werden“, resümiert Daniljuk. Die gravierendsten Fälle werden von der Redaktion in einem Media-Watch-Blog kommentiert. Darüber hinaus bietet das Portal ein Forum für die Vernetzung von Solidaritätsgruppen, Terminankündigungen und seit Anfang des Jahres auch eine spanischsprachige Unterseite. In Zukunft möchte amerika21 die Berichterstattung auf weitere Länder des Kontinents ausweiten.

Tobias Lambert ■

Zweitägiger Streik

ROM. Die Redakteure der italienischen Nachrichtenagentur ANSA sind am 15. Oktober in einen zweitägigen Streik getreten. Damit reagierten sie „gegen geplante personelle Umstrukturierungen“, die auch Jobkürzungen zur Folge haben sollen. Die Journalistengewerkschaft FNSI kritisierte die schwierige Situation im italienischen Medienwesen. Viele Stellen seien bereits gestrichen worden. Die Zahl der Journalistenstellen mit unbefristeten Arbeitsverträgen sinke weiter, dafür würden die Verleger immer mehr schlecht bezahlte freiberufliche Journalisten einsetzen.

Journalisten vermisst

MEXIKO. In einem aktuellen Untersuchungsbericht analysiert Reporter ohne Grenzen (ROG) die Ursachen für die prekäre Situation der Medien in Mexiko. 55 Journalisten wurden seit dem Jahr 2000 getötet, acht weitere werden zurzeit vermisst. Die meisten Verbrechen bleiben unaufgeklärt. Auch die Einführung einer „Sonderstaatsanwaltschaft für Verbrechen gegen Journalisten“ im Jahr 2006 durch die mexikanischen Bundesbehörden änderte bisher nichts an dieser Kultur der Straflosigkeit.

www-reporter-ohne-grenzen.de

Beihilfeverfahren gegen ORF eingestellt

BRÜSSEL. Das Beihilfeverfahren gegen den Österreichischen Rundfunk (ORF) wurde von der EU-Kommission unter Auflagen eingestellt. Österreich habe zugesichert, den öffentlich-rechtlichen Auftrag des ORF zu präzisieren, die Finanzierung auf das erforderliche Maß zu beschränken, vor Einführung neuer Mediendienste eine öffentliche Konsultation durchzuführen und die kommerziellen Tätigkeiten des ORF klar von den öffentlich-rechtlichen Tätigkeiten zu trennen, teilte die Kommission am 28. Oktober in Brüssel mit. Damit stehe die Finanzierungsregelung für den ORF künftig mit den EU-Beihilfevorschriften in Einklang. In der Entscheidung seien erstmals die Kriterien angewandt worden, die die Kommission in ihrer überarbeiteten Rundfunkmitteilung vom Juli 2009 aufgestellt habe, hieß es aus Brüssel. Beschwerden des Verbandes Österreichischer Zeitungen und des Verbandes Österreichischer Privatsender hatten das Verfahren in Gang gebracht.

Radios stillgelegt

Wenige Konsortien beherrschen chilenischen Radiomarkt

In Venezuela beschließt die Regierung, den rechtlichen Status von 34 Radiosendern kurzer und mittlerer Reichweite zu „regulieren“, wenige Frequenzen gehen an kommunale Sender. 32 Familien besitzen und kontrollieren bisher die gesamte venezolanische Radiolandschaft, so dass Lokalradios, die keine kommerziellen Zwecke verfolgen, nicht arbeiten und senden können. In Chile macht die Regierung mit den kommunalen Radiosendern das Gegenteil: Sie erlässt ein Gesetz, das die Existenz der Lokalradios regelt, ihr Funktionieren ohne kommerzielle Gewinne jedoch unmöglich macht.

Mehr als 40 Sender in Chile sind bereits stillgelegt. Ihre technische Ausrüstung wurde konfisziert, und die Radiobetreiber wurden unter Androhung von Gefängnis- und Geldstrafen vor Gericht gestellt. Das Bemerkenswerte ist, dass die Vorgänge in Venezuela der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ Anlass zu zornigen Reaktionen gibt, von zahlreichen Medien in aller Welt aufgegriffen werden mit fanatischen Kommentaren und Anschuldigungen wegen „schwerwiegender Verstöße gegen die Meinungsfreiheit“.

Und was ist mit Chile? Kaum jemand auf der Welt hat etwas von dem regierungsamtlichen Vorgehen gegen die 40 kommunalen Radiosender erfahren noch davon, dass die Mehrheit der Frequenzen im Besitz ausländischer Konsortien sind, noch dass die „Vereinigung der Radiosender Chiles“ (Associacion de Radiosdifusores de Chile (Archi) von der Regierung forderte, gegen die kommunalen Sender vorzugehen. Dabei beruft sich Archi auf ein Gesetz, das 1984 von Diktator Augusto Pinochet erlassen wurde, zufällig in genau jenem Jahr, in dem der Widerstand gegen ihn besonders heftig war. Dieses Gesetz ist immer noch in Kraft.

Die Gruppe der Konsortien, in deren Händen die großen chilenischen Radiosender sind, beeilte sich dieses massive Vorgehen gegen die Lokalradios einzufordern, um zu verhindern, dass sie – sich in einer juristischen Grauzone bewegend – ihren Status konsolidieren und dem Expansionsdrang der wirtschaftlichen Gruppen, die die chilenische Radiolandschaft kontrollieren, Einhalt gebieten können.

Foto: Schapowalow / Robert Harding

Marienstatue neben Funkmast in Chile: Vicuña, Elqui

Eigenartigerweise ist es in Chile möglich, Konzessionen für Frequenzen zu übertragen, anderen zu überlassen, zu vermieten oder anderweitig die Senderechte zu vergeben. So wurde erreicht, dass 36 Gesellschaften im Besitz von mindestens 200 Frequenzen sind. Innerhalb dieser Gesellschaften gibt es zwölf Gruppen, die sich ein und denselben Geschäftsführer und 200 Konzessionen teilen.

Von diesen Gruppen sind drei in der Hand ausländischer Investoren. Das chilenische Parlament informierte darüber, dass diese drei ausländischen Konsortien derzeit mehr als 100 chilenische Sender kontrollieren: Ein kolumbianisches namens „Consorcio Radial de Chile“ besitzt 37 Sender, ein US-amerikanisches kontrolliert mehr als 40 und ein drittes, „Iberomérica Media Partner“, kontrolliert knapp 50 Sender und gehört zur spanischen Gruppe „Prisa“.

Strategisches Ziel der Kommerzsender ist es, die Lokalradios zu verdrängen, da sie befürchten, dass sich ansonsten die Reichweite ihrer Sendungen reduziert. Die Konsortien haben sich die Frequenzen auf unterschiedliche Weise angeeignet. Sobald eine Gruppe die Kontrolle über eine lokale Frequenz übernimmt, wird die Redaktion des kommunalen Senders geschlossen, Sprecher und Journalisten werden entlassen, und der Sender wird in einen Rundfunk verwandelt, der die zentral gesteuerten Sendungen aus der Hauptstadt Chiles wiederholt oder im Ausland produzierte Sendungen übernimmt. Die lokalen Informationen verschwinden und werden durch nationale Sendungen ersetzt, u. a. weil so die Werbung der kommerziellen Ketten mit größeren Reichweiten verkauft werden kann. Das jedoch ist, wie bereits die kommunale Vereinigung der Radiosender Chiles (Associacion de Radios comunales) festgestellt hat, ein eindeutiger Verstoß gegen die Meinungsfreiheit und zum Nachteil der Kommunen in ganz Chile.

Alvaro Rojas, Übersetzung aus dem Spanischen: Elke Kienzle ■

service seminare

Journalismus aktuell

ABP, München. 10./11. Dezember: Kreatives Schreiben – Zeitung II.
AFP, Hamburg. 5. Dezember: Literarisches für Profischreiber.
13. bis 15. Januar: Kreatives Schreiben.
AM, Düsseldorf. 7. bis 11. Dezember: Als Journalist arbeiten – Orientierungskurs.
APB, Tutzing. 14./15. Dezember: Qualität unter Druck – Journalismus im Internetzeitalter.
MAZ, Luzern. 7. bis 11. Dezember: Schreibwerkstatt – Wider das Grau des Schreiballtags.
4. bis 8. Januar: Schreibwerkstatt – Wider das Grau des Schreiballtags.
NA, Hamburg. 7./8. Dezember in Frankfurt: Kreatives Texten.
NK, Rendsburg. 11. bis 13. Dezember: Vom Manuskript zum Verlag – Wie bietet man Verlagen erfolgreich ein Manuskript an?
TA, Augsburg. 8./9. Dezember in München: Textwerkstatt I + II. 10. Dezember in Stuttgart: Rechtschreibung.

Journalistische Themen

ABP, München. 14. bis 18. Dezember: Wissenschaftsjournalismus.
MAZ, Luzern. 9./10. Dezember: Konsumentenjournalismus – Ärger, Tipps und Tests.
MH, Hamburg. 18. bis 20. Dezember: Grundkurs Reisejournalismus. 8. bis 10. Januar: Reisejournalismus.

Journalistische Formen

ABZV, Bonn. 7./8. Dezember in Stuttgart: Das Porträt. 9./10. Dezember in Stuttgart: Interviewtechnik.
AFP, Hamburg. 9. bis 12. Dezember: Das Feature.

Journalismus online

ABP, München. 7. bis 11. Dezember: Online-Texten.
AKAD, Berlin. 12. Januar: Beginn des 3-wöchigen Online-Kurses „Bilder und Bildbearbeitung fürs Web".
DEPAK, Berlin. 10./11. Dezember: Audio und Video Podcasts.
DGB, Hattingen. 13. bis 18. Dezember: Das Internet als Adventskalender – 24 neue Ideen für die (politische) Nutzung des Internets.
JHB, Hagen. 8. bis 11. Dezember: Storyboard für Web-Videos.
MAZ, Luzern. 18. Dezember: Schreibtechniken fürs Web – Das Lesen zwischen den Klicks. 12. Januar: Multimedia III – Produzieren fürs Web. 13. Januar: Multimedia III – Produzieren fürs Web.
NA, Hamburg. 7. Dezember in München: Das Prinzip Wikipedia. 10. Dezember in München: Texten für das Internet.
TA, Augsburg. 15. Dezember in Düsseldorf: Suchmaschinenoptimierung.

Layout / Infografik

BKB, Wolfenbüttel. 4. bis 7. Dezember: Realisieren eigener Bildideen – Fortgeschrittene Photoshoptechniken.
15. bis 17. Januar: Der PC als digitales Fotolabor – Einführung in Photoshop.
IFRA, Darmstadt. 2. bis 4. Dezember: Gestaltung von Gratis- und Anzeigenzeitungen.
JSR, Essen. 14. bis 18. Dezember: Layout – Das Verhältnis von Bild und Text.
MAC, München. Ab 7. Dezember werden an den Standorten München, Stuttgart, Köln, Osnabrück, Hamburg und Berlin zahlreiche mehrtägige Kurse in den Bereichen Grafik, Bildbearbeitung, AV, 3D-Animation, Multimedia und Internet angeboten. Kurse gibt es etwa zu Printdesign, InDesign, Photoshop, Adobe Illustrator, Freehand und QuarkXpress, Flash, Dreamweaver, CSS oder Typo 3. Informationen zu den genauen Terminen bitte im Internet suchen oder telefonisch erfragen (siehe Kasten).
MR, Köln. 12. Dezember: Webseiten gestalten in OpenCms – Einführungskurse Basis I und II.

Volontäre

ABP, München. 7. bis 18. Dezember in Kulmbach: Grundkurs II – Zeitschrift.
7. bis 18. Dezember: Grundkurs Unternehmenskommunikation. 11. bis 22. Januar: Grundkurs I – Zeitschrift.
ABZV, Bonn. 11. bis 22. Januar: Aufbaukurs für Volontäre.
AFP, Hamburg. 4. bis 29. Januar: Kompaktkurs Print.
IFP, München. 10. bis 22. Januar: Grundkurs I.
JHB, Hagen. 11. Januar bis 5. Februar: Volontärseminar.

Fotografie

ABP, München. 7. bis 11. Dezember: Fotoreportage.
AM, Düsseldorf. 5./6. Dezember: Fotos produzieren – Fotografie, Fotos bearbeiten und online stellen.
FES, Bonn. 11. bis 13. Januar in Hamburg: Grundlagen des Fotojournalismus – Sind Bilder noch authentisch?
MH, Hamburg. 11. bis 13. Dezember: Journalistische Porträtfotografie.

Hörfunk

AFP, Hamburg. 7./8. Dezember: O-Töne im Radio.
HFS, Frankfurt. 5. Dezember: Das Kollegengespräch – Trainings-Workshop.
19. Dezember: Moderation im Radio II – für Fortgeschrittene.
MEZ, Berlin. Diverse, frei zusammenstellbare Seminare vor allem zum Radio- aber auch zum TV-, Web- und Printjournalismus unter: www.medienkonkret.de.
MQ, Köln. 10. bis 12. Dezember: Moderationstraining – Grundkurs für Volontäre und Jungredakteure. 15. Dezember: Ablauf der Bewerbungsfrist für die Ausbildung zum Moderationstrainer Hörfunk (Modul I: 26. bis 28. Februar).

Film & TV

AM, Düsseldorf. 7. bis 9. Dezember: Vodcasts produzieren – Filme im Internet.
FHB, Hamburg. 5./6. Dezember: Von Aristoteles bis Vogler – Auf der Suche nach universalen Erzählstrukturen für eine erfolgreiche Story. 11. bis 13. Dezember: Porträtfotografie im Film – Vom Konzept bis zum Lichtsetzen.
9./10. Januar: Dokumentarfilm – Zeigen was wirklich ist.
FHF, Frankfurt. 5. Dezember: Musik im Film – Informationsveranstaltung zu Rechten, Quellen, Kosten.

Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: http://mmm.verdi.de

ABP Fon 089 / 49 99 92 – 0, www.a-b-p.de
ABZV Fon 02 28 / 259 00 – 0, www.abzv.de
ADB Fon 089 / 29 19 53 84, www.buchakademie.de
AFP Fon 040 / 41 47 96 -0, www.akademie-fuer-publizistik.de
AKAD Fon 030 / 61655 – 0, www.akademie.de
AM Fon 02 11 / 43 69 01 50, www.medienverband.de
APB Fon: 081 58 / 256 – 0, www.apb-tutzing.de
BKB Fon 053 31 / 808 – 418, www.bundesakademie.de
COP Fon 02 21 / 739 32 62, www.cop-morrien.de
DEPAK Fon 030 / 44 72 90, www.depak.de
DGB Fon 023 24 / 50 80, www.hattingen.dgb-bildungswerk.de
FCP Fon 089 / 34 07 79 77, www.forum-corporate-publishing.de
FES Fon 02 28 / 883 – 0, www.fes.de
FHB Fon 040 / 399 099 31, www.filmschule-hamburg-berlin.de
FHF Fon 069 / 13 37 99 94, www.filmhaus-frankfurt.de
FM Fon 02 51 / 230 36 21, www.filmwerkstatt.muenster.de
HFS Fon 069 / 92 10 74 05, www.hoerfunkschule-frankfurt.de
IFFMA Fon 089 / 89 39 89 60, www.iffma.de
IFP Fon 089 / 54 91 03 – 0, www.ifp-kma.de
IFRA Fon 061 51 / 733 – 6, www.wan-ifra.org
IP Fon 07 11 / 997 86 91, www.interspherial.com
JHB Fon 023 31 / 365 – 6 00, www.hausbusch.de
JSR Fon 02 01 / 80 41 961, www.journalistenschule-ruhr.de
KFH Fon 02 21 / 222 710 – 0, www.koelner-filmhaus.de
KLARA Fon 030 / 690 415 85, www.KLARAberlin.de
MAC Fon 089 / 544 151 – 74, www.macromedia.de
MAZ Fon 00 41 / 41 / 226 33 33, www.maz.ch
MEZ Fon 030 / 68 30 20 90, www.medienkonkret.de
MFW Fon 089 / 20 333 712, www.muenchner-filmwerkstatt.de
MH Fon 040 / 306 201 140, www.medienbuero-hamburg.de
MQ Fon 02 21 / 29 93 05 – 31, www.medienqualifizierung.de
MR Fon 02 21 / 29 93 05 – 31, www.erzbistum-koeln.de/medien
NA Fon 040 / 41 13 – 28 42, www.newsaktuell.de
NK Fon 043 31 / 14 38 – 11, www.nordkolleg.de
RTL Fon 02 21 / 82 02 – 0, www.rtl-journalistenschule.de
TA Fon 08 21 / 41 90 36 – 0, www.textakademie.de
VSM Fon 089 / 83 51 91, www.videoschule.de

11. bis 13. Dezember: Regieassistenz.
8. bis 10. Januar: Shoot me!
15. bis 17. Januar: Drehplan und Kostenfallen – Produktionsleitung.
FM, Münster. 18. bis 20. Dezember: Licht II – Gestaltung und Synergie.
IFFMA, München. 15. bis 17. Dezember: Location Lighting Workshop.
18. Dezember: Workshop Geräuschemacher – Foley Artist. 18. bis 20. Dezember: HD Cinematography.
19./20. Dezember: The Art of Documentary Story Telling.
IP, Stuttgart.: 5. Dezember: Dialoggestaltung – Schreiben für Kino und TV.
7. Januar: Formatkunde Drehbuch – Schreiben für Kino und TV. 8./9. Januar: Die Reise des Helden – Schreiben für Kino und TV.
KFH, Köln. 5./6. Dezember in Babelsberg/Potsdam: Screenwriting and Story Development Intensiv-Workshop (5. Dezember: Writing Great Melodramas, 6. Dezember: Writing Great Thrillers). 10. bis 13. Dezember in Köln: Dokumentarisch arbeiten. 19./20. Dezember: Der Schnitt im Dokumentarfilm.
MFW, München. 5./6. Dezember: Lichtgestaltung für Film- und Videoprojekte. 5./6. Dezember: Hollywood auf dem Schulhof – Filmprojekte mit Kindern und Jugendlichen. 12./13. Dezember: 5./6. Dezember 2009: Drehbuch-Strukturaufstellung – Der Gruppenkörper als Wahrnehmungsinstrument für Filmschaffende.
RTL, Köln. 12./13. Dezember: Praktikums-TV-Workshop – auf dem Weg zum Volontariat. 7. bis 11. Dezember: TV-Kompaktkurs Video-Journalismus.
VSM, München. 12. Dezember: Videofilmen auf dem Weihnachtsmarkt – Schwierige Lichtsituationen am Beispiel des bayerischen Christkindlmarktes.
9. Januar: Camcorder Videoseminar – Der richtige Umgang mit der DV- oder HDV-Videokamera.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 7. bis 9. Dezember: Medienauftritte professionell gestalten.
14. bis 17. Dezember: Kreatives Schreiben – PR II. 11. bis 13. Januar: Kreatives Schreiben – PR I.
11. bis 13. Januar: Rhetorik.
ADB, München. 7./8. Dezember: Freies Lektorat III – Die bessere Lösung finden und begründen. 14./15. Januar: Verhandlungsführung.
AFP, Hamburg. 10. bis 12. Dezember: Blattmachen – Kundenmagazine.
AKAD, Berlin. 7. Januar: Beginn des 4-wöchigen Online-Kurses „Selbstmarketing für Freiberufler".
COP, Köln. 29./30. Dezember in Bochum: Sinnstiftende Karrieren – Aus Überzeugung erfolgreich: Perspektiven klären, Sinn schöpfen & rhetorische Souveränität schulen.
30./31. Dezember in Hamburg: Nomadenwissen für Medienschaffende – Handlungssicher unter allen Umständen. Weitere Coaching- und Karriereseminare unter: www.cop-morrien.de.
DEPAK, Berlin. 7./8. Dezember: PR-Konzepte I – Grundlagen der Strategieentwicklung.
FCP, München. 7./8. Dezember: Projektmanagement für Corporate Publisher.
14./15. Dezember: Der Geschäftsbericht.
JHB, Hagen. 7. bis 9. Dezember: Pressemitteilungen schreiben.
KLARA, Berlin. 14. bis 18. Dezember: Fortbildung zum Pressesprecher.
7./8. Januar: PR-Grundlagen.
MAZ, Luzern. 4./5. Januar: Arbeitstechnik – Im Druck sein ohne Stress.
MH, Hamburg. 7. bis 11. Dezember: Sprechtraining.
NA, Hamburg. 9. Dezember in München: Die gute Pressemitteilung.
10./11. Dezember in Hamburg: Überzeugend präsentieren.
14./15. Dezember in Hamburg: PR-Konzeption für Fortgeschrittene.
TA, Augsburg. 10. Dezember in Stuttgart: Die erfolgreiche PR-Meldung.

termine

Journalismus

Mode-Medienpreis
KÖLN. Der GermanFashion Modeverband sucht die besten Veröffentlichungen über Mode made in Germany. Prämiert werden Veröffentlichungen in den Kategorien „Damenmode", „Herrenmode" sowie „Wirtschaft und Gesellschaft". Eingereicht werden können etwa Magazin-Bildstrecken, Reportagen, Designer-Porträts oder Branchenberichte aus Publikumszeitschriften, Tageszeitungen, Hörfunk, Fernsehen und Web. Den drei Champions winken Sachpreise. Einsendeschluss: 11. Dezember. Kontakt: GermanFashion Modeverband Deutschland e.V., Petra Bleibohm, Fon: 02 21/77 44 – 130, E-Mail: bleibohm@germanfashion.net, Internet: www.germanfashion.net .

MTA-Journalistenpreis
HAMBURG. Um den großen Anteil der Medizinisch-technischen Assistenten (MTA) an der Behandlung von Patienten zu vermitteln, verleiht der Deutsche Verband Technischer Assistentinnen und Assistenten in der Medizin e. V. (dvta) den Hildegard-von-Morsbach-Preis. Prämiert werden journalistische Arbeiten, die die Arbeit der MTA „sichtbar" machen. Zugelassen werden 2009 erschienene Beiträge aus der Tages- und Wochenpresse. Der Preis ist mit je 1.000 € für die beiden Fachgebiete Laboratoriums-/Veterinärmedizin und Radiologie/Funktionsdiagnostik dotiert. Kontakt: dvta, Geschäftsstelle, Spaldingstr. 100b, 20097 Hamburg, E-Mail: info@dvta.de, Internet: www.dvta.de.

Preis der Deutschen Umweltstiftung
GERMERSHEIM. Gewürdigt werden Journalisten, die sachbezogen, umfassend, objektiv und verständlich aktuelle Probleme des Natur- und Umweltschutzes aufgreifen, recherchieren und einer breiten Öffentlichkeit nahebringen. Eine themenbezogene Ausschreibung findet nicht statt. Dotierung: 2.500 €. Einsendeschluss: 31. Dezember. Informationen: Deutsche Umweltstiftung, Fon: 072 74/47 67, E-Mail: info@deutscheumweltstiftung.de, Internet: www.deutscheumweltstiftung.de/preise/journal.htm.

Hugo-Junkers-Preis
EGELSBACH. Der Hugo-Junkers-Preis wird vom Luftfahrt-Presse-Club e.V. (LPC) ausgeschrieben und prämiert journalistische Arbeiten aller Medien über die Luft- und Raumfahrt. Der Preis wird getragen von der Hugo-Junkers-Stiftung, dem Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V. (BDLI) und dem LPC. Die Vorschläge müssen zwischen dem 1. Januar 2009 und dem 31. Dezember 2009 publiziert worden sein. Dotierung: Insgesamt 10.000 €. Einsendeschluss: 31.Dezember. Kontakt: Luftfahrt-Presse-Club e.V., c/o Diamond Air Services GmbH, Fon: 061 03/40 47 20, E-Mail: lpcoffice@aol.com, Internet: www.luftfahrt-presse-club.de.

DRK-Medienpreis
BREMEN. Das Deutsche Rote Kreuz engagiert sich in den Bereichen der Sozialen Arbeit, der Gesundheit, des Rettungsdienstes, der Genfer Konvention und des Katastrophenschutzes. Mit Unterstützung der Sparkasse Bremen stiftet es einen Medienpreis. Eingereichte Arbeiten sollen sich auf einen der Grundsätze des DRK beziehen lassen: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität. Zugelassen sind Arbeiten aller Mediensparten, die 2009 veröffentlicht wurden. Dotierung: Insgesamt 10.000 €. Einsendeschluss: 31. Dezember. Kontakt: Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Bremen e.V., Fon: 01 73/608 09 59, E-Mail: medienpreis@drk-bremen.de, Internet: www.drkcms.de/drkkvhb/.

Deutsch-Polnischer Journalistenpreis
POTSDAM. Gestiftet von den deutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen sowie den polnischen Wojewodschaften Westpommern, Lebus und Niederschlesien, zeichnet der Preis Beiträge aller Mediensparten aus, die das Wissen von Deutschen und Polen übereinander erweitern, das gegenseitige Verständnis von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft verbessern und das Zusammenleben in der Europäischen Union fördern. Eingereichte Beiträge müssen 2009 publiziert worden sein. Dotierung: In den Kategorien Fernsehen, Hörfunk und Presse jeweils 5.000 €. Einsendeschluss: 15. Januar. Informationen: Manfred Krohe, Fon: 03 31/866 12 82, E-Mail: Manfred.Krohe@stk.brandenburg.de, Internet: www.deutsch-polnischer-journalistenpreis.de.

ALEX-Medienpreises
STUTTGART. Der ALEX-Medienpreis zeichnet eine journalistische Arbeit aus, die das Erlebnis Spielen und die gesellschaftliche Bedeutung des Spiels verständlich darstellt und einer breiten Öffentlichkeit näher bringt. Der Beitrag muss in deutscher Sprache im Zeitraum vom 1.12.2008 bis 30.11. 2009 in Zeitungen, Zeitschriften, im Hörfunk, Fernsehen oder Internet veröffentlicht worden sein. Preisgeld: 1.000 €. Einsendeschluss: 5. Dezember. Informationen: Geschäftsstelle der Spieleautorenzunft, Heinestr. 169, 70597 Stuttgart, E-Mail: geschaeftsstelle@spieleautorenzunft.de, Internet: www.spieleautorenzunft.de.

Karl-Buchrucker-Preis
MÜNCHEN. Die Innere Mission München schreibt den Karl-Buchrucker-Preis aus, um den Stellenwert sozialer Arbeit in der Öffentlichkeit zu fördern. Prämiert werden Veröffentlichungen, die sich in besonderer Weise mit sozialen und diakonischen Themen beschäftigen. Eingereicht werden können Beiträge aus den Bereichen Print, Hörfunk, dokumentarischer Fotografie und Fernsehen, die einen München-Bezug haben. Dotierung: Insgesamt 11.000 €. Einsendeschluss: 10. Januar. Kontakt: Innere Mission München, Klaus Honigschnabel,

Fon: 089 / 12 69 91 – 121, E-Mail: khonigschnabel@im-muenchen.de, Internet: www.im-muenchen1.de.

Axel-Springer-Preis für junge Journalisten
BERLIN. Der Preis für junge Journalisten bis zu 33 Jahren wird in den Kategorien Print, TV, Hörfunk und Internetjournalismus verliehen. Die eingereichten Beiträge sollen aktuellen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sportlichen und/oder gesellschaftlichen Themen gewidmet sein. Berücksichtigt werden Beiträge, die 2009 erstmalig in einem deutschsprachigen Medium veröffentlicht wurden. Dotierung: Je Kategorie insgesamt: 12.000 €.
Bewerbungsschluss: 11. Januar.
Kontakt: Axel-Springer-Preis für junge Journalisten, Axel Springer Akademie, Fon: 030 / 25 91 – 788 05, E-Mail: aspreis@axel-springer-akademie.de, Internet: www.axel-springer-preis.de.

Christophorus-Preis
BERLIN . Mit dem Christophorus-Preis werden Arbeiten zum Thema Sicherheit im Straßenverkehr gewürdigt. Zugelassen sind Beiträge der Kategorien „regionale und überregionale Printmedien", „KFZ-Fachpresse", „Radio- und Fernseh-Beiträge" sowie „Bücher, Magazine, Schülerzeitungen", die in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 publiziert wurden. Die Beiträge sollen auf neuesten Erkenntnissen des Verkehrsverhaltens sowie der Unfallforschung aufbauen. Dotierung: 5.000 € je Kategorie. Einsendeschluss: 15. Januar. Kontakt: Christophorus-Stiftung im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Yvonne Unger, E-Mail: y.unger@gdv.org, Internet: www.gdv.de.

Dr. Georg Schreiber Medienpreis
MÜNCHEN. Der Preis zeichnet Arbeiten aus, die die Berichterstattung im Bereich Gesundheit und Soziales optimieren und den Leser bzw. Hörer animieren, sich mit sozialen und gesundheitspolitischen Themen auseinanderzusetzen. Zugelassen sind Beiträge junger Journalisten bis zu 35 Jahren, die 2009 in einer in Bayern erscheinenden Zeitung oder Zeitschrift veröffentlicht oder von einem Hörfunksender mit redaktionellem Sitz in Bayern ausgestrahlt worden sind. Ein Sonderpreis für Printmedien ist bundesweit ohne Altersbeschränkung ausgeschrieben. Dotierung: Insgesamt 25.500 €. Einsendeschluss: 15. Januar.
Kontakt: AOK Bayern, Zentrale, Fon: 089 / 627 30-146, E-Mail: presse@by.aok.de, Internet: www.aok-medienpreis.de.

Henri Nannen Preis
HAMBURG. Gruner + Jahr und der stern stiften einen Preis für journalistische Bestleistungen aus den Bereichen Print und Online. Gewürdigt werden Arbeiten aus dem Jahr 2009 aus fünf Kategorien: beste Reportage (Egon Erwin Kisch-Preis), beste investigative Leistung, herausragende humorvolle Berichterstattung, beste Foto-Reportage sowie besonders verständliche und anschauliche Dokumentation über einen komplexen, gegenwärtigen oder zeitgeschichtlichen Sachverhalt. Außerdem wird der Henri Nannen Preis für ein publizistisches Lebenswerk und für engagiertes Eintreten für die Pressefreiheit im In- und Ausland vergeben:
Dotierung: Je Kategorie 5.000 €. Einsendeschluss: 15. Januar. Kontakt:
stern und Gruner + Jahr AG & Co. KG, Fon: 040 / 37 03 – 29 02, E-Mail: wettbewerb@henri-nannen-preis.de, Internet: www.henri-nannen-preis.de.

proDente Journalistenpreis
KÖLN. Die Initiative proDente e.V. schreibt den Journalistenpreis „Abdruck" für besonderes Engagement in den Themen Zahnmedizin, bzw. Zahntechnik aus. Die Beiträge der Kategorien Print, Online, Hörfunk und TV müssen 2009 veröffentlicht worden sein. Dotierung: Insgesamt: 10.000 €. Einsendeschluss: 15. Januar. Kontakt: Ina Kluding, Initiative proDente e.V., Fon: 02 21 / 17 09 97 40, E-Mail: Ina.Kluding@prodente.de, Internet: www.prodente.de.

Preis der Stiftung Gesundheit
BERLIN. Ausgezeichnet werden Veröffentlichungen, die gesundheitliches Wissen für Publikum und Patienten anschaulich vermitteln und Zusammenhänge transparent darstellen. Prämiert werden 2009 veröffentliche Beiträge aus Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Fernsehen ebenso wie Multimedia- und Internet-Angebote, Bücher oder das Gesamtwerk von Publizisten. Dotierung: 2.500 €. Bewerbungsschluss: 15. Januar. Information: Stiftung Gesundheit, Fon: 040 / 80 90 87 – 0, E-Mail: info@stiftung-gesundheit.de, Internet: www.stiftung-gesundheit.de.

Film

Deutscher Jugendvideopreis
REMSCHEID. Der Wettbewerb bietet Nachwuchsfilmern bis 25, die noch nicht professionell filmen, die Möglichkeit, sich kreativ einzubringen – im „Allgemeinen Wettbewerb" mit freier Themenwahl oder zum Sonderthema, in dem die Interpretation eines „Wunderlandes" gefragt ist. Animationsfilme haben ein eigenes Forum. Weitere Preise gibt es unter anderem für das beste Gruppenprojekt, das etwa in einem Medienzentrum oder einer Schule entstanden ist. Dotierung: Insgesamt 16.000 €. Einsendeschluss: 15. Januar. Kontakt: KJF-Medienwettbewerbe, Deutscher Jugendvideopreis, Fon: 021 91 / 79 42 38, E-Mail: juvi@kjf.de, Internet: www.jugendvideopreis.de.

Video der Generationen
REMSCHEID. Am Wettbewerb beteiligen können sich Menschen ab 50, die in Deutschland wohnen und nicht bzw. nicht mehr beruflich filmen, Mehr-Generationen-Teams (Alter bis einschl. 25 und ab 50 Jahre) sowie junge Filmemacher bis 25, die sich mit dem Themenbereich „Alter" beschäftigen. Im allgemeinen Wettbewerb mit freier Themenwahl sind alle Themen und Umsetzungsformen möglich. Von besonderem Interesse ist der Blick älterer Generationen auf junge Menschen und ihren Alltag – und umgekehrt. Beim Sonderthema „Viel zu tun" ist der subjektive Blick gefragt – Was ist Ihnen und Euch wirklich wichtig? Wo lohnt es sich, Ideen, Zeit und Energie zu investieren? Dotierung: Insgesamt ca. 8.000 €. Einsendeschluss: 15. Januar. Kontakt: KJF-Medienwettbewerbe, Video der Generationen, Fon: 021 91 / 79 42 38, E-Mail: vdg@kjf.de, Internet: www.video-der-generationen.de.

Rundfunk

LFK-Medienpreis
STUTTGART. Die Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) vergibt den Preis für herausragende Leistungen der in Baden-Württemberg zugelassenen privaten Rundfunkveranstalter. Prämiert werden Hörfunk- und Fernsehbeiträge, die sich durch eine besondere Kreativität und Originalität sowie zielgruppengerechte Ansprache auszeichnen. Feste und freie Mitarbeiter, Volontäre sowie Videojournalisten der Rundfunkveranstalter, freie Produzenten und Autoren sowie Auszubildende bei den Lernradios, Hochschulen und sonstigen Ausbildungseinrichtungen können sich bewerben. Kategorien Hörfunk: Information; Unterhaltung; Werbung, Promotion, Crossmedia; Volontäre; Nichtkommerzielle Veranstalter, Hochschulen, Ausbildungseinrichtungen. Kategorien Fernsehen: Aktueller Beitrag; Hintergrundberichterstattung; Werbung, Promotion, Crossmedia; Videojournalist; Volontäre, Hochschulen, Ausbildungseinrichtungen. Dotierung: Insgesamt 30.000 €. Einsendeschluss: 7. Dezember. Informationen: Axel Dürr, Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK), Fon: 07 11 / 89 25 32 – 74, E-Mail: a.duerr@lfk.de, Internet: www.lfk-medienpreis.de.

Fotografie

RÜCKBLENDE 2009
BERLIN. Zum gemeinsamen Wettbewerb für politische Fotografie und Karikatur laden die Landesvertretung Rheinland-Pfalz und der Bundesverband der Deutschen Zeitungsverleger in Kooperation mit dem Spiegel und der Bundespressekonferenz ein. Bis zum 9. Dezember können Berufsfotografen (Zeitungen und Zeitschriften) und Karikaturisten der politischen Tages-, Wochen- und Sonntagspresse (keine Magazine oder Zeitschriften) ihre Arbeiten online einreichen. Information: Michaela Veith, Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und der Europäischen Union, Fon: 030 / 726 29 – 11 05, E-Mail: mveith@lv.rlp.de, Onlineplattform: www.rueckblende.rlp.de.

C / O Talents 2010
BERLIN. Talents ist ein Programm der Nachwuchsförderung, das junge Fotografen unter 35 Jahren und Kunstkritiker zusammen bringt. 2010 steht die Talents-Reihe unter dem Thema „Me, Myself & The Others". Im Fokus steht das Individuum in seinem sozialen Kontext – die Fotografen sollen in ihren Bildern ihre Sicht auf das Menschsein in all seiner Vielfalt und seinen Formen herausarbeiten. Vier Gewinner erhalten eine Einzelausstellung sowie eine Publikation. Bewerbungsschluss: 31. Dezember. Informationen: C/O Berlin, Postfuhramt Oranienburger Straße 35 / 36, 10117 Berlin, Fon: 030 / 28 09 19 25, E-Mail: info@co-berlin.com, Internet: www.co-berlin.com.

BRIDGES
Fotoprojekt Emscher Zukunft
ESSEN. Das BRIDGES Fotoprojekt der Emschergenossenschaft sucht fotografische Arbeiten, die den Umbau der Emscherregion und die Menschen, die dort leben, auf kreative Weise begleiten. BRIDGES lädt dazu ein, sich zum diesjährigen Thema „US/THEM – Nähe und Distanz" mit Bilderserien oder noch zu

realisierenden Konzepten zu bewerben. Preisgeld: Insgesamt 15.000 €. Bewerbungsschluss: 12. Januar. Kontakt: Emschergenossenschaft / Lippeverband, Silke Wilts, Tel. 02 01 / 104 24 74, E-Mail: wilts.silke@eglv.de, Internet: www.emschergenossenschaft.de, www.lippeverband.de.

World Press Photo 2010
AMSTERDAM. Der renommierte internationale Wettbewerb für Pressefotografen und Fotojournalisten wird jährlich ausgeschrieben. Eingereicht werden können Pressefotos von Berufsfotografen, die im Laufe des Jahres 2009 aufgenommen wurden und zur Veröffentlichung bestimmt sind. Einsendeschluss: 14. Januar. Informationen: Stiftung World Press Photo, Jacob Obrechtstraat 26, NL-1071 KM Amsterdam, Internet: www.worldpressphoto.org.

Varia

Journalistisches Kolloquium Eichstätt
EICHSTÄTT. Der Lehrstuhl für Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt bietet ein Forum, in dem Experten und Insider der Medienbranche aktuelle Probleme der Massenmedien diskutieren. Am 2. Dezember fragt Prof. Michael Rutz (Rheinischer Merkur) „Sterben die Zeitungen aus?". Am 9. Dezember lautet das Thema „Brauchen wir noch Nachrichtenagenturen?", zu dem Dr. Wilm Herlyn (dpa) sprechen wird. Am 13. Januar 2010 referiert Carolin Schuhler (Cosmopolitan) über „Lifestyle, Mode, Lebenshilfe: Frauenzeitschriften heute". Am 20. Januar spricht Pater Eberhard von Gemmingen (ehemals Radio Vatikan) über „Radio Vatikan – ein Geheimsender?". Am 27. Januar befasst sich Dr. Peter Frey (ZDF-Hauptstadtstudio) mit dem Thema „Zwischen Information und Inszenierung: Politik im Fernsehen". Zum Abschluss am 11. Februar referiert ARD-Programmdirektor Volker Herres das Thema „Zwischen Anspruch und Akzeptanz: Programmplanung im Fernsehen". Veranstaltungsort: Raum 211 des ehemaligen Waisenhauses, Ostenstraße 25, Eichstätt. Anfangszeiten siehe www.journalistik-eichstaett.de.

KinderMedienKonferenz
BERLIN / POTSDAM. Bunt, knallig, laut und lustig. Leichte Themen in lockerer Sprache, hier und da ein Comic – fertig ist das Kindermedium. Diesem Schema F rücken Redaktionen zunehmend mit innovativen Ideen zu Leibe. Sie wollen wissen, was Kinder wirklich interessiert, setzen sich mit ihrer Zielgruppe auseinander und schaffen erfolgreiche Kinderseiten, Online-Angebote, Radio- und Fernsehsendungen. Bei einer Veranstaltung der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) in Potsdam / Kleinmachnow diskutieren Kindermedienmacher mit Experten aus Wissenschaft und Politik über Konzepte, Impulse und Trends sowie Qualitätsstandards für Kindermedien. Termin: 2. bis 4. Dezember. Ort: NH Berlin/Potsdam, Zehlendorfer Damm 190, 14532 Kleinmachnow. Kontakt und Anmeldung: Sabine Berthold, E-Mail: berthold@bpb.de, Internet: www.bpb.de.

leute

Gerd Gottlob, bisher Fußball-Live-Kommentator und Sportreporter beim NDR und der ARD, folgte als Leiter des NDR-Programmbereichs Sport (Fernsehen und Hörfunk) auf **Axel Balkausky**, der hauptamtlich ARD-Sportkoordinator in München wurde.

Henry Gross löst als Musikchef von NDR 1 Niedersachsen **Lutz Ackermann** ab, der 40 Jahre lang beim NDR tätig war. Ackermann moderiert weiterhin das „Große Wunschkonzert" (NDR-Fernsehen).

Hamburg Media School: Prof. Dr. **Annamaria Rucktäschel**, u.a. Professorin am Institut für Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation der Universität der Künste Berlin, übernahm die wissenschaftliche Leitung des Masterstudiengangs Journalismus der Hamburg Media School. **Jakob Augstein**, Verleger und Herausgeber von Der Freitag, wurde Leiter des Innovation Lab Print, in dem es in Form eines Think Tank um innovative Modelle für die Zukunft des Zeitungs- und Zeitschriften-Journalismus gehen wird.

Berthold Hamelmann, bisher stellv. Chefredakteur bei der Neuen Osnabrücker Zeitung, wurde neben **Jürgen Wermser** und **Ewald Gerding** weiterer Chefredakteur des Blatts und Geschäftsführender Redakteur.

Markus Hurek übernimmt ab 1. Januar 2010 kommissarisch die Chefredaktion von Cicero (Ringier Verlag). Chefredakteur Dr. **Wolfram Weimer** wechselt zum Burda Verlag. Er wird ab 1. September Chefredakteur des Focus. Bis Mai 2010 steht er der Cicero-Chefredaktion noch beratend zur Seite.

Burkhard Knopke, zuletzt stellv. Chefredakteur bei computerbild.de, folgt als Chefredakteur von autobild.de auf **Christian Müller**, der das Unternehmen verlässt.

Der Journalist **Thomas Knüwer** verlässt das Handelsblatt, um sich mit einer Beratungsagentur selbstständig zu machen. Sein Blog „Indiskretion Ehrensache" führt er unabhängig vom Handelsblatt-Netzwerk fort.

Michaela Kolster, bisher Korrespondentin im ZDF-Hauptstadtstudio, wird zum 1. Januar 2010 Leiterin des ZDF-Studios NRW in Düsseldorf. **Winand Wernicke**, bislang Redakteur und Korrespondent im ZDF-Studio Sachsen-Anhalt in Magdeburg, rückte zum Leiter des Landesstudios auf.

Birgit Lehmann wird Leiterin des WDR-Studios in Düsseldorf. **Christa Cloppenburg** geht in den Ruhestand.

Martina Lüderitz, Chefredakteurin der Zeitschriften Das Goldene Blatt und Neue Welt, sowie **Ingrid Theis**, Chefredakteurin von Frau Aktuell, folgen dem Westdeutschen Zeitschriftenverlag (WZV, eine Tochter der WAZ-Gruppe) nicht von Düsseldorf nach München. Der Standort Düsseldorf wird geschlossen.

Prof. Dr. **Lothar Mikos**, Prodekan des Studiengangs „Medienwissenschaft: Analyse, Ästhetik, Publikum" an der HFF Potsdam-Babelsberg, wurde zum Chair der neu gegründeten Television Studies Section der European Communication Research and Education Association (ECREA, www.ecrea.eu) berufen.

Rainer Schmidt, zuvor u.a. stellv. Chefredakteur bei den Zeitschriften Vanity Fair, Park Avenue und Max, übernimmt zum 1. Januar 2010 die Chefredaktion der Axel-Springer-Musikzeit-schriften Musikexpress (bisher **Christian Stolberg**), Rolling Stone (bisher **Bernd Gockel**) und Sounds. Stellv. Chefredakteur beim Musikexpress wird **Jörg Rohleder**, bei Rolling Stone **Joachim Hentschel**.

Dr. **Michael Schornstheimer**, freier Kultur- und Wissenschaftsjournalist in Berlin u.a. für den ARD-Hörfunk und

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint neun Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke
Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner: Michael Blum (Leiter)
Tel: 030 / 255 94 – 150
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: blum@nwmd.de
Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 14 gültig ab 1.1.2009
M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57
Titelbild: Hermann J. Haubrich, Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,– € einschließlich Versandkosten.
Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur"
verantwortlich: Burkhard Baltzer
„Druck + Papier" verantwortlich: Henrik Müller 030 / 69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:
M 11.2009: 1.11.2009
M 12.2009: 1.12.2009
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Deutschlandradio Kultur, wurde Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Journalistik II der Universität Leipzig. Er leitet die Lehrredaktion Hörfunk und gehört zur Programmdirektion des Lokalradios mephisto 97.6.

Jens Schröter, bisher Leiter der Burda-Außenstelle in Offenburg und Vize-Chef in München, folgte als Leiter der Burda Journalistenschule (München) auf **Ursula Gräfin Lambsdorff**.

Hans-Hermann Sprado, schon von 1994 bis 2000 Chefredakteur des P.M. Magazin, übernimmt diese Position erneut. Er löst **Thomas Vašek** ab, der sich selbstständig macht.

Georg F.W. Tempel, bisher als Verlagsleiter für das Buchprogramm der Egmont Verlagsgesellschaft zuständig, wurde neuer Chefredakteur des Comicmagazins Zack (Mosaik-Verlag, Berlin).

Timon Saatmann bisher bei ProSiebenSat.1 Sportchef von N24 wird zum 1. Januar 2010 Chefredakteur des Sport-Informations-Dienstes SID (AFP) im deutschsprachigen Raum.

preise

Die Akademie für Publizistik (Hamburg) veranstaltete in Kooperation mit der ZEIT-Stiftung Gerd und Ebelin Bucerius den Wettbewerb „Preisfrage". Thema war: „Wozu noch Journalisten?" 1. Preis: **Jennifer Wilton**, Reporterin der Zeitung Die Welt; 2. Preis: **Maria Bernarde Benning**, freie Journalistin in Berlin; 3. Preis: **Frank Keil**, freier Journalist aus Hamburg.

Die BigBrotherAwards werden als Negativ-Preis für gravierende Verstöße gegen Informationsfreiheit und Datenschutz vom FoeBuD (Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs) vergeben. Zu den diesjährigen Adressaten gehören: Das Berliner Organisationskomitee der Leichtathletik-WM „für die umfassende Sicherheitsüberprüfung aller Journalisten, die sich akkreditieren wollten"; die Familienministerin **Ursula von der Leyen** u.a. „für das System zur Inhaltskontrolle des Internets"; Bundesinnenminister **Wolfgang Schäuble** u.a. „für seine obsessiven Bestrebungen, den demokratischen Rechtsstaat in einen präventiv-autoritären Sicherheitsstaat umzubauen"; an Schäuble ging auch der Publikumspreis.

Wie erscheint man / frau in der Rubrik leute / preise?

Durch unsere Auswertung von Pressediensten, Zeitungen, Informationen der Institutionen, Redaktionen, Verbände … oder besser durch eigene kurze Mitteilung an die „Redaktion M": Fax (030) 69 56 36 76 oder per E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Der Bilderbuch-Kanal pikcha.tv wurde im Rahmen der Frankfurter Buchmesse mit dem Books & Bytes-Award ausgezeichnet, den das Online-Magazin NewBook.de für „das innovativste Onlineprojekt im Bereich Buch und Internet" ausgeschrieben hatte.

Mit dem Deutschen Journalistenpreis Börse | Finanzen | Wirtschaft (djp) werden „heraus-ragende Beiträge zu Wirtschafts- und Finanzthemen in deutschen Print- und Online-Medien" prämiert. Zu den Sponsoren gehört eine Reihe von Unternehmen aus der Finanzindustrie. Die Preisträger 2009 – Kategorie Vermögensverwaltung: 1. **Heike Faller** für „Ich gegen den Dax" (Die Zeit); 2. **Christian Rickens** für „Mit langem Atem" (manager magazin); 3. **Maik Rodewald** für „Nichts gegen Derivate!" (Deutsche Pensions- & Investmentnachrichten dpn). Kategorie Private Equity und M&A: 1. **Michael Hedtstück** und **Markus Dentz** für „Es brennt lichterloh" (Finance Magazin); 2. **Philipp Halstrick, John O'Donnell** und **Patricia Uhlig** für „Commerzbank will sich Kapital vom Staat holen" (Thomson Reuters); 3. **Susanne Preuß** für „Wie Porsche eine Marke unter anderen wurde" (FAZ). Kategorie Bank & Versicherung: 1. **Klaus Brinkbäumer, Hauke Goos, Frank Hornig, Udo Ludwig** und **Christoph Pauly** für „Gorillas Spiel" (Der Spiegel) sowie **Uwe Buse** für „Die Grenzen des Anstands" (Der Spiegel); 3. **Wolfgang Bauer** für „Das Schwarze Loch" (Focus). Kategorie Bildung & Arbeit: 1. **Merlind Theile** für „Zwei Leben in Deutschland" (Spiegel Online); 2. **Nikola Sellmair** für „Zwei Kinder. Zwei Welten" (Menschen. Das Magazin); 3. **Mathias Irle** für „Die Treppe der Willigen" (brand eins). Das Preisgeld betrug pro Kategorie 10.000 €. Vom gesamten Preisgeld fließt ein Teil gemeinnützigen Zwecken zu, die von den Gewinnern bestimmt werden.

Der Deutsche Kinderhörspielpreis, dotiert mit 5.000 €, wurde im Rahmen der ARD Hörspieltage an „Feldpost für Pauline" (WDR) von **Maja Nielsen** (Buch) und **Axel Pleuser** (Regie) verliehen. Eine lobende Erwähnung ging an „Wie man unsterblich wird" (WDR) nach dem Buch von **Sally Nicholls** (Bearbeitung und Regie: **Karlheinz Koinegg**). Zu den „Top 5" der Jury gehören außerdem: „Peter Pan" (NDR) von **James M. Barrie / Judith Lorentz** (Text) und **Henrik Albrecht** (Musik); „Hitlers Kanarienvogel" (NDR) von **Sandi Toksvig / Margit Kreß;** „Der Räuber von Kardemomme" (WDR) von **Thorbjörn Egner / Claudia Kattanek**.

Der Deutsche Preis für Naturjournalismus wird von der Deutschen Wildtier Stiftung und der Zeitschrift GEO verliehen. Er ging an **Sabine Böhne** für den Beitrag „Wipfelstürmer" (Stern) und an **Susanne Stockmann** für die Serie „Wilde Tiere in der Großstadt" (tz). Den Sonderpreis „Der wilde Rabe" für Veröffentlichungen in Kinder- und Jugendmedien erhielten Dr. **Pia Heinemann** und **Sabine Flatau** für die wöchentlich erscheinende Kinderbeilage in der Berliner Morgenpost.

Deutscher Sozialpreis 2009 / Medienpreis der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) für soziale Berichterstattung – Print: **Anita Blasberg** und **Marian Blasberg** für „Die verhinderten Retter vom Jugendamt" (Die Zeit); Hörfunk: **Tom Schimmeck** für „Koma-Kicks – Erkundungen unter jungen Kampftrinkern" („Das Feature", NDR Info); Fernsehen: **Simone Grabs** für „Moritz: Wäre cool, wenn sie ein Engel wird ..." (Reihe „Stark! Kinder erzählen ihre Geschichte", ZDF / KI.KA). Das Preisgeld betrug insgesamt 15.000 €.

dpa-infografik award 2009 – 1. Preis (1.000 €): **Gabriele Fehlig, Beate Nowak** und **Jutta Setzer** für die Grafik-Serie „Leichtathletik-WM in Berlin: Springen / Werfen / Laufen" (Berliner Morgenpost); 2. Preis (500 €): **Marina Richter** und **Eicke Häcker** für „So funktioniert das Saarland" (Saarbrücker Zeitung); 3. Preis (300 €): **Ronja Beer** für die Grafik „Wie funktioniert ein Segelboot" (Stern).

Beim Ekotop-Filmfestival in Bratislava werden TV- und Filmproduktionen zu Themen der nachhaltigen ökologischen Entwicklung ausgezeichnet. In der Kategorie Children and Youth wurde die Folge „Wasser – Durstig in Bärstadt" (Regie: **Klaus Gietinger**) aus der Reihe „Löwenzahn" (ZDF tivi) prämiert.

Ernst-Schneider-Preis für Wirtschaftspublizistik 2009 der deutschen Industrie- und Handelskammern – Print / Regionale Printmedien (7.500 €): **Michael Ohnewald** für die siebenteilige Serie „Eine Familie in China" (Stuttgarter Zeitung); Überregionale Printmedien (7.500 €): **Kerstin Kohlenberg** und **Wolfgang Uchatius** für „Wo ist das Geld geblieben?" (Die Zeit); Förderpreis (Weiterbildung im Wert von 5.000 €): **Jan Hildebrand** (Die Welt / Welt am Sonntag). Hörfunk / Große Wirtschaftssendung (7.500 €): **Benjamin Großkopff** und **Arne Meyer** für „Ist der Kunde nicht mehr König, sondern Knecht?" (NDR Info); Kurzbeitrag (5.000 €): **Kerstin Hilt** für „1618: Erstes öffentliches Leihhaus" („Stichtag", WDR). Fernsehen / Große Wirtschaftssendung (7.500 €): **Rebecca Gudisch** und **Tilo Gummel** für „Kindersklaven" (WDR); Kurzbeitrag (5.000 €): **Ingo Blank, Dr. Dietrich Krauß** und **Markus Schmidt** für „Arm trotz Riester: Sparen fürs Sozialamt" (WDR). Hörfunk oder Fernsehen / Wirtschaft in der Unterhaltung oder eine herausragende Sendung anderer Art (7.500 €): **Peter Werse** für „Eis-Heidi" (Reihe „Rach, der Restauranttester", RTL); Technik (7.500 €): **Axel Engstfeld** für „Verrat in Triest" (ZDF / ARTE). Veranstalterpreis (undotiert): Welt am Sonntag für die Beilage „Finanzkrise kinderleicht".

17. Filmfest Hamburg – Art Cinema Award des Internationalen Verbands der Filmkunsttheater (5.000 €): „Soul Kitchen" (Koproduktion NDR) von **Fatih Akin** (Deutschland); Preis der Hamburger Filmkritik: „Cold Souls" von **Sophie Barthes** (USA); Foreign Press Award: „Police, Adjective" von **Corneliu Porumboiu** (Rumänien); TV Produzentenpreis der Senatorin für Kultur, Sport und Medien (30.000 €): **Claudia Schröder** von der Bremedia Filmproduktion GmbH für „Mörder auf Amrum" (ZDF) von **Markus Imboden;** Montblanc Drehbuch-Preis (10.000 €): **Xiaolu Guo** für „She, a Chinese"; Nachwuchspreis Die Elfe (5.000 €): „Before My Eyes" von dem Deutsch-Kurden **Miraz Bezar**; Publikumspreis: „Meet the Elisabeths" von **Lucien Jean-Baptiste** (Frankreich); Regiepreis Michel der Kinder- und Ju-

gendjury (5.000 €): „Leuchtende Sterne" von **Lisa Siwe** (Schweden); Ehrenpreis „Hamburger Filmfestbesteck": Autor und Regisseur **Lars Becker**, Erfinder der Krimireihe „Nachtschicht" (ZDF).

Filmfestival Münster 2009 – Regiepreis des Europäischen Spielfilm-Wettbewerbs (7.500 €): **Pierre Schoeller** für „Versailles" (Frankreich); Großer Preis des deutschsprachigen Kurzfilm-Wettbewerbs (5.000 €): der Animationsfilm „Fallen gelassen" von **Daniel Büttner** und **Max Baberg** (Deutschland); WDR-Förderpreis des Landesstudios Münster (2.500 €): „Regenbogenengel" von **Anna Kasten** (Deutschland); Publikumspreis (1.000 €): die Dokumentation „Wagah" von **Supriyo Sen** (Deutschland); Preis der Schülerjury: der Kurzfilm „Widerstand" von **Baris Aladag** (Deutschland).

Simone Grabs gewann mit „Moritz: Wäre cool, wenn sie ein Engel wird ..." (Reihe „Stark! Kinder erzählen ihre Geschichte", ZDF / KI.KA) den mit 25.000 € dotierten Erich-Kästner-Fernsehpreis 2009, der von der Gesellschaft zur Wahrnehmung von Film- und Fernsehrechten (GWFF) für das beste deutschsprachige Kinder- und Jugendprogramm ausgeschrieben wird.

Schnittmeisterin **Barbara Hennings**, die an der ifs internationalen filmschule köln den Studiengang „Editing Bild und Ton" konzipierend mitgestaltet hat und dort weiterhin als „Patin Filmschnitt" tätig ist, erhält den Ehrenpreis Schnitt 2009, den der Bundesverband Filmschnitt – Editor e.V. vergibt.

Der Schauspielerin **Hannah Herzsprung** wird die Bayerische Europamedaille verliehen.

Hessischer Filmpreis 2009 – Dokumentarfilm (je 32.500 €): „Henners Traum – Das größte Tourismusprojekt Europas" von **Klaus Stern** (Deutschland) und „Das Schreiben und das Schweigen" von **Carmen Tartarotti** (Deutschland / Italien / Österreich); Kurzfilm (10.000 €): „Das grüne Schaf" von **Carsten Strauch**; Drehbuchpreis (7.500 €): **Annette Ernst** und **Heike Kühn** für „Wasserzeichen"; Hochschulfilmpreis (7.500 €): „Spielzeugland Endstation" von **Daniel Stieglitz**. Hessischer Fernsehpreis (undotiert): die Schauspielerin **Nina Kunzendorf** („Tatort: Neuland") sowie die Schauspieler **Florian Bartholomäi** („Bloch: Schattenkind") und **Peter Lerchbaumer** („Der Mann auf der Brücke"). Ehrenpreis des hessischen Ministerpräsidenten: die Schauspielerin **Suzanne von Borsody**. Internationale Literaturverfilmung (10.000 €): **Michael Hoffman** für „The Last Station"; Cinema for Peace Special Award (undotiert): „Women without Men" von **Shirin Neshat**.

Journalistenpreis 2009 des „Weißen Rings", einer Organisation zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern und zur Verhütung von Straftaten. Print: **Michael Ohnewald** für die Reportage „Verlorenes Familienglück" (Stuttgarter Zeitung); TV: **Tim Horlacher** für „Angst vorm bösen Mann – Wie wir unsere Kinder schützen müssen" („Welt der Wunder Spezial", RTL II); Hörfunk: **Norbert Steiche** für den Beitrag „Die Opfer sind die Täter – Der Fall Eschenau" (BR 2). Sonderpreise: **Pieke Biermann** für ihre Kriminalreportagen (Tagesspiegel / RBB Inforadio); **Gita Datta** und **Anne Ruprecht** für „Winnenden aus Sicht der Opfer" (Medienmagazin „Zapp", NDR).

Das Jugendmagazin blue (Osnabrück) wurde beim Young Readers-Wettbewerb der World Association of Newspapers (WANIFRA) in der Kategorie Editorial Strategy mit dem World Young Reader Prize ausgezeichnet. Das crossmediale OScommunity Magazin wurde Ende 2008 als Produkt unter der Dachmarke des Social Networks stayblue von der basecom GmbH & Co. KG und dem Medienhaus Neue OZ gelauncht.

Uwe Kammanns Vertrag als Direktor und Geschäftsführer des Grimme-Instituts (Marl) wurde von der Gesellschafterversammlung um eine zweite Amtszeit bis 2014 verlängert.

Guido Knopp, Leiter der Redaktion Zeitgeschichte und des Programmbereichs Zeitgeschichte / Zeitgeschehen beim ZDF, wurde mit dem Deutschen Fachjournalisten-Preis 2009 ausgezeichnet.

Der Kurzfilmwettbewerb „Grenzüberschreitungen" wurde vom Goethe-Institut und der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" ausgeschrieben, und zwar für Studierende von Filmhochschulen und vergleichbaren Institutionen in Belarus, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Russland, Tschechien und der Ukraine sowie in Israel, Deutschland und den USA. Nach einer ersten Auswahl durch jeweilige Länderjurys sind die Gewinner: **Ester Amrami** (Deutschland), **Beata Calinska** (Polen), **Aron Egal** (Ukraine), **Kristjan Holm** (Estland), **Hilla Lavie** (Israel), **Xenia Udodowa** (Russland), **Wladimir Piskunowitsch** (Belarus), **Tereza Reichova** (Tschechien) und **Inga Zinovjeva** (Lettland).

ver.di-Preis zur DOK Leipzig an Französische Filmemacher

Die sechsköpfige ver.di-Jury vergab beim 52. Internationalen Festival für Dokumentar- und Animationsfilm DOK Leipzig (26.10. bis 1.11.2009) den erstmals mit 2.500 Euro dotierten „Preis der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di – Fachbereich Medien und Kunst". Sie wählte – ebenso wie die Internationale Jury – den Film „Les arrivants" (The Arrivals) von Claudine Bories und Patrice Chagnard aus Frankreich als besten unter den 16 Beiträgen im Internationalen Wettbewerb aus. In der Begründung der ver.di-Jury heißt es: „ Der Film über eine Pariser Anlaufstelle für Asyl suchende Familien besticht vor allem durch seine Nähe zu den Protagonisten – den Asylbewerbern ebenso wie zu den Sozialarbeiterinnen. Diese überspringen mit großem Engagement bürokratische Hürden und geraten dabei selbst an ihre psychischen Grenzen. „Les arrivants" ist ein klarer Appell an die Menschlichkeit." *gl* ■

Der LFM-Campus-Radio-Preis der Landesanstalt für Medien NRW würdigt Programmleistungen der nordrhein-westfälischen Hochschulradios. Kategorie Moderation: **Christoph Ohrem** für „Nachdurst" (Kölncampus); Kategorie Hochschule: **Christoph Kotschate** für „Das Master-Bewerbungschaos" (Radio Q, Münster); Kategorie Wissenschaft: **Marijke Duits** für „Robots – wenn Roboter menschliche Züge annehmen" (Hochschulradio Aachen); Kategorie Spezialsendung: Redaktion von CT das Radio (Bochum) für „60 Jahre – 60 Stunden – Eine Geschichte in Schwarz-Rot-Gold"; Sonderpreis: **Sebastian Poullie** (Kölncampus) für seinen Song „Magister". Die Preise sind mit je 1.250 € dotiert.

LfM-Hörfunkpreis der Landesanstalt für Medien NRW für den privaten Hörfunk – eine Auswahl der Preisträger. Kategorie Information / Bildung / Beratung: **Susan Schwarzbach** für die Reihe „Generation Deutschland – 6 Leben eine Republik" (radio NRW). Kategorie Unterhaltung / Comedy / Satire: **Dirk Matlik** für „Frank Blank – Schuldnerberater aus Leidenschaft" (Radio Bielefeld). Kategorie Projekte / Serie: **Daniela Spengler** für die Beitragsreihe „20 Jahre Gladbecker Geiseldrama" (98.7 Radio Emscher-Lippe); Anerkennungspreis: **Michael Brockordt** für „Michael Brokkordts 80 Fakten über Wuppertal" (Radio Wuppertal 107.4). Kategorie Service und Ratgeber: **Thorsten Ortmann** für „Betrug 2.0 – Abzocke im Internet" (radio NRW). Kategorie Kommunale Berichterstattung – Anerkennungspreis: **Stefan Naas** für „Die Folgen der Abwrackprämie" (Radio Duisburg). Sonderpreis: **Tanina Rottmann** (Radio Gütersloh) für die Moderation einer Morningshow. Die Preise sind mit je 2.500 €, die Anerkennungspreise mit je 1.250 € dotiert.

Der Medienpreis 2009 der Bundestierärztekammer ging an die Tierarzt-Doku „Menschen, Tiere & Doktoren" (Vox).

Der Wettbewerb Metropolitan wird vom gleichnamigen Verein in Hamburg getragen und zeichnet die besten Programme des kommerziellen regionalen Metropolen-Fernsehens in Deutschland aus. 2009 beteiligten sich daran dreizehn Sender mit insgesamt 57 Beiträgen. Die drei Preisträger pro Kategorie sind nicht nach Rangfolge geordnet. Nachrichtensendung: „tv.berlin aktuell" (tv.berlin); „HAMBURG1 Aktuell" (HAMBURG1); „heimat kompakt" (center.tv Köln). Sonderproduktion: „Regionalmagazin – Weltaidstag Spezial (R.TV Karlsruhe); „heimat kompakt spezial" (center.tv Köln); „Hamburger des Jahres 2008" (HAMBURG1). Reportage / Dokumentation: „Top-Thema: Projekt Leih-Oma" (center.tv Düsseldorf); „rhein-main gesundheit – Louis auf der Kinderherzstation" (rheinmaintv); „Motal6-Trip" (center.tv Köln). Werbliche Kundeneinbindung: „Im Henkelmann serviert" (center.tv Ruhr); „HAMBURG1 Live on Tour" (HAMBURG1); „Wärme, Watt, Wasser" (center.tv Köln). Regelmäßiges Magazin: „heimatfilm" (center.tv Köln); „Stadtgespräch" (center.tv Düsseldorf); „Holsten HSV Talk" (HAMBURG1). Moderation: **Angela Knobloch** und **Melanie Bergner** („heimatfilm", center.tv Köln); **Arne Bremer** („Frühcafé", HAMBURG1); Monika Eckes („münchen heute", münchen.tv).

Die Filmemacher **Rick Minnich** und **Matt Sweetwood** gewannen mit

ihrem Film „Forgetting Dad" den mit 2.500 € dotierten William Dieterle Sonderpreis 2009 der Stadt Ludwigshafen am Rhein.

Dem israelischen Dokumentarfilmer **Avi Mograbi** wurde der mit 5.000 € dotierte Konrad-Wolf-Preis 2009 der Berliner Akademie der Künste zugesprochen.

Der Print- und Online-Journalist **Stefan Niggemeier**, u.a. Mitbegründer von BILDblog.de und Autor für die FAS, erhält „für seine hervorragend recherchierten Analysen und klugen Einwürfe zum Medienschaffen in Deutschland" den mit 10.000 € dotierten Hans Bausch Mediapreis des SWR, der von der gleichnamigen Stiftung vergeben wird.

Der n-ost Reportagepreis des Netzwerks für Osteuropa-Berichterstattung wird für herausragende Texte über Mittel- und Osteuropa in deutschsprachigen Medien verliehen. 2009 – 1. Preis (2.500 €): **Michael Martens**, Korrespondent der FAZ, für die Reportage „Die Folterer kommen nachts noch immer" (FAS); 2. Preis (1.000 €): **Nicol Ljubic**, freier Journalist, für „Das Leben hat sie zu Männern gemacht" (Stern); 3. Preis (500 €): **Oliver Bilger**, Volontär bei der SZ, für „Wenn der Wehrdienst wehrlos macht" (Moskauer Deutsche Zeitung).

Der Otto Brenner Preis für Kritischen Journalismus wurde von der Otto Brenner Stiftung für journalistische Arbeiten ausgeschrieben, die das Motto „Gründliche Recherchen statt bestellter Wahrheiten" herausragend umsetzen.
1. Preis: **Marc Thörner** für die Hörfunk-Reportage „Wir respektieren die Kultur – Im deutsch kontrollierten Norden Afghanistans" (Deutschlandfunk);
2. Preis: **Ulrike Brödermann** und **Michael Strompen** für die Dokumentation „Der gläserne Deutsche – wie wir Bürger ausgespäht werden" (ZDF);
3. Preis: **Simone Sälzer** für die 14-teilige Serie „Leben in Würde" (Passauer Neue Presse). Spezialpreis: der Essayist und Kommentator **Christian Semler**, als freier Autor u.a. für die taz tätig. Medienprojektpreis: die Macher des Zeit-Plagiats, das die Mitarbeiter von Attac auf den 1.5. 2010 datierten. Aus der Begründung der Jury: „Mit ihrem Projekt ‚Am Ende des Tunnels' veröffentlichten die globalisierungskritischen Aktivisten von Attac gute Nachrichten aus der Zukunft: Dazu kopierte Attac die Wochenzeitung Die Zeit einschließlich Layout, Schrifttype, hintersinniger Werbung und seriöser Anmutung." Überdies wurden drei Recherche-Stipendien vergeben. Das Preisgeld beträgt insgesamt 45.000 €.

Die bulgarische Journalistin **Lidiya Pavlova**, Reporterin bei der Regionalzeitung Struma, erhält den mit 10.000 € dotierten „WAZ-IFJ Prize for Courage in Journalism", den die WAZ Media Gruppe und die International Federation of Journalists (IFJ) zum ersten Mal vergeben. Pavlova enthüllte unter größten persönlichen Risiken Korruption und mafiöse Kriminalität in der Stadt Dupnitsa, nachdem ihr eigener Sohn Opfer der Gewalt geworden war. Sie nannte Namen und musste unter Polizeischutz gestellt werden.

„Planet Schule", die gemeinsame Online-Plattform des Schulfernsehens von SWR (federführend) und WDR, gewann den zweiten Preis des diesjährigen Japan Preises, der vom japanischen Fernsehsender NHK (Tokio) für die besten Produktionen aus aller Welt im Bereich Bildungs- und Schulfernsehen vergeben wird. „Planet Schule" wurde überdies als bestes „Online-Angebot zum Lernen" in der Kategorie „Kinder ab 10 Jahre" mit dem von der Zeitschrift Eltern Family verliehenen Preis „GIGA-Maus" ausgezeichnet.

Prix Europa 2009 – die prämierten deutschen Produktionen. TV Iris / Bestes Multikulturelles Fernsehprogramm: „Anstoß in Teheran" von **Ayat Najafi, Marlene Assmann** und **David Assmann** (RBB / ARTE); lobende Erwähnung: „Hochburg der Sünden" von **Thomas Lauterbach** (SWR). Hörfunk / Radio Feature: „Lost in Music. Die Cornel Chiriac Story" von **Patrick Banush** (SWR / BR / WDR). Die Preise sind mit je 6.000 € dotiert.

Prof. Dr. **Sabine Rollberg**, Leiterin der WDR-ARTE-Redaktion, erhielt am Rand des Dokumentarfilmfestivals in Leipzig von der Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm (AG DOK) „für ihr hervorragendes Bemühen um den Erhalt und die Pflege des Kino-Dokumentarfilms als Bestandteil öffentlich-rechtlicher Fernsehprogramme" den mit 5.000 € dotierten Preis „Das dicke Fell". Der Preis wird alle zwei Jahre an deutsche Fernsehredakteure bzw. Redaktionen vergeben, die sich über das redaktionelle Alltagsgeschäft hinaus für das Genre Dokumentarfilm einsetzen.

Philip Roth (USA) wurde für sein literarisches Gesamtwerk der mit 10.000 € dotierte Literaturpreis der Tageszeitung Die Welt verliehen.

Bert Strebe erhält für seinen Beitrag „Das Fenster zum Himmel war offen" (NDR Kultur) den mit 5.000 € dotierten Katholischen Medienpreis 2009, den die Deutsche Bischofskonferenz vergibt.

Dem Filmregisseur **Michael Verhoeven** wurde der Preis für Verständigung und Toleranz 2009 des Jüdischen Museums in Berlin zuerkannt: Er habe mit seinen Filmen (u.a. „Die weiße Rose", „Das schreckliche Mädchen") „als Vermittler zwischen Vergangenheit und Gegenwart gesellschaftskritische Debatten initiiert". Der Preis ging auch an die Bosch-Gruppe.

Renate Werner, als freie Autorin und Reporterin vor allem für den WDR tätig, erhielt für ihre Reportage „Kein Brot für Öl – der Biosprit-Boom in Kolumbien" (WDR Fernsehen) den mit 3.000 € dotierten Medienpreis der Deutschen Geographie, der von der Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG) verliehen wird.

Beim 5. Zürich Film Festival wurden auch drei ZDF-Produktionen ausgezeichnet.
Kategorie Deutschsprachiger Spielfilm: „66 / 67 – Fairplay war gestern" (ZDF / ARTE) von **Carsten Ludwig** und **Jan-Christoph Glaser**; besondere Erwähnung: „Schwerkraft" (ZDF / ARTE) von **Maximilian Erlenwein**; Publikumspreis: „Waffenstillstand" (ZDF / ARTE) von **Lancelot von Naso**.

connexx.av feiert 10jährigen Geburtstag!

Allen, die uns in dieser Zeit als Förderer, Kollegin, Mitglied, Expertin und Kritiker unterstützt haben, danken wir herzlich! Soweit wären wir ohne euch nicht gekommen.

Seit 1999 vertreten wir als Teil von ver.di in Berlin, Leipzig, Frankfurt, Hamburg, Düsseldorf/Köln und München Medienschaffende aus Rundfunk, Film, AV-Produktion und Neuen Medien. Unsere Ziele sind gute Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung für selbstständige und angestellte Medienschaffende in diesen Branchen.

Wir haben unzählige Mitglieder individuell beraten. Wir haben etliche Betriebsräte in Medienunternehmen gegründet und sie bei ihrer Arbeit begleitet. Wir haben gemeinsam mit unseren aktiven Mitgliedern Kampagnen entwickelt und umgesetzt. Wir haben uns für die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen auf politischer Ebene eingesetzt. Und wir haben die in der Branche gültigen Tarifverträge verhandelt.

Mit noch mehr Power wollen wir weitermachen. Deshalb mach mit! Denn nur gemeinsam sind wir stark. Gewerkschaftsmitglieder können aktiv mitmischen und an der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen mitwirken.

www.connexx-av.de
mail@connexx-av.de
tel: 0511.12 40 06 02

connexx.av

Die Interessenvertretung von Medienschaffenden.

Rundfunk, Film, AV-Produktion und Neue Medien

ver.di

connexx.av gehört zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)